



Digitized by the Internet Archive
in 2024

D

1

H5

no. 327-

329

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 327 ==

Lord Palmerston und der Schweizer Sonderbundskrieg

Von

Dr. Karl Edinger

=====

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1938

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Inhalt.

	Seite
Einführung	5
I. Teil: Die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Groß- mächte von 1815 bis 1846:	
1. Kapitel: Der Bundesvertrag von 1815	7
2. Kapitel: Die Politik der Mächte und die Schweiz . . .	15
II. Teil: Die Neugruppierung der Mächte im Jahre 1846 und die Politik Palmerstons:	
1. Kapitel: Die liberale Regierung in England und die spani- schen Heiraten	23
2. Kapitel: Palmerston als politische Persönlichkeit . . .	32
III. Teil: Die Politik Palmerstons in der Krise des Schweizer Sonderbundes:	
1. Kapitel: Palmerston und die Interventionspolitik Metternichs	51
2. Kapitel: Die Aktion Guizots und die Mission Mintos . .	70
3. Kapitel: Das Eingreifen Palmerstons	92
4. Kapitel: Die Mission Cannings und das Ende des Sonder- bundes	122
Anhang	157

Die Schweizerische Eidgenossenschaft beruht in ihren heutigen Grundsätzen auf der Bundesverfassung von 1848, die in ihrem Wesen auch in der Revision des Jahres 1874 und in den seitherigen Reformen erhalten geblieben ist. Die Bundesverfassung von 1848 ist ohne die Ereignisse des Sonderbundskrieges und die Bewegungen, die zu ihm führten, nicht zu denken, und einzelne, noch heute geltende Artikel, wie z. B. der Jesuitenartikel, sind nur aus der Kenntnis der damaligen Vorgänge zu verstehen.

Der Bundespakt vom 7. August 1815 hatte die Schweiz in wirtschaftlicher und politischer Ohnmacht erhalten, und die uneingeschränkte Souveränität der Kantone bot der ausländischen Diplomatie stets Gelegenheit und Mittel, Einfluß auf die internen Angelegenheiten zu gewinnen und die innere Zwietracht im Interesse der rivalisierenden Großmächte zu verschärfen. Es war im Ganzen gesehen für die Schweiz eine Zeit tiefer Erniedrigung, sowie geistiger, sozialer und politischer Unfreiheit,¹ die eine grundlegende Revision der Verfassung zu einer Notwendigkeit und nationalen Aufgabe machten. Da aber kein Artikel des Paktes eine Revision vorsah und eine Einstimmigkeit der 25 verschieden interessierten, souveränen Partner sich als unmöglich herausgestellt hatte, blieb der Mehrheit nur die Erzwingung der Reform auf dem Wege der Gewalt übrig. Die Berechtigung zu dieser Maßnahme wird man heute doch wohl hauptsächlich in dem erreichten Resultat suchen können, denn selten mag ein Bürgerkrieg, der aus einer Atmosphäre tiefen Hasses heraus entstanden war, so wenig Blut gekostet und dabei ein für alle Teile so segensreiches Resultat gebracht haben. Die neue Verfassung hat der Schweiz ihre eigentliche historische Existenz wiedergegeben, sie hat durch die Begründung des Bundesstaates aus den 25 Einzelgebilden wieder eine Nation gemacht, ohne

1. Der Zürcher Bluntschli, der als Student 1828 in Berlin eine Rede Schleiermachers, „Über Friedrichs des Großen schriftstellerische Tätigkeit und deren Bedeutung für die allgemeine Kultur“ (Stl. Werke III, 3. Bd. S. 100. Berlin 1835), gehört hatte, schrieb damals nach Hause: „Die ganze Rede war so frei, wie ich noch nichts dergleichen gehört hatte. Aber diese Freiheit fiel niemandem auf, als uns Schweizern. Ein Zeichen der Zeit.“ — J. C. Bluntschli, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben (Nördlingen 1884) I/72.

die durch Wesen und Tradition gerechtfertigten kantonalen Sonderheiten zu vergewaltigen und ohne einen Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen.

Obwohl der Sonderbundskrieg im Wesentlichen von der Schweiz allein durchgefochten wurde, war er doch nicht nur eine ausschließlich schweizerische Angelegenheit, sondern „es war seit der Losreißung Belgiens von Holland wieder die erste große Contravention gegen die Traktate von 1815. — Es war der erste Triumph des Radikalismus, welcher dadurch die weiteste Aussicht auf fernere Erfolge in dem Innern der europäischen Staaten bekam.“² Die Mächte der Restauration versuchten darum unter Metternichs Führung diese Bewegung in der Schweiz aufzuhalten, bevor sie sich in ihren eigenen Staaten gebildet ernstlich auswirken konnte. Die „leidige alte Interventionspolitik“ griff hier zum letzten Male in die internen Angelegenheiten der Schweiz ein.³ Aber dieses letzte Eingreifen endete mit einem völligen Mißerfolg, zum Teil bedingt durch die Entschlossenheit der Bundesbehörden und die innere Schwäche der Mächte selbst, entscheidend beeinflußt aber durch das Dazwischentreten Englands. In diesen entscheidenden Jahren war Lord Palmerston der Leiter der englischen Außenpolitik.

Die nachstehende Arbeit macht sich zur Aufgabe, die Politik Palmerstons in der kritischen Zeit des Schweizer Sonderbundes darzustellen. Sie stützt sich dabei wesentlich auf die Dokumente des englischen Auswärtigen Amtes, die im Public Record Office in London liegen, auf Privatbriefe Palmerstons, soweit sie in den betreffenden Bänden, in den gleichfalls dort verwalteten Nachlaßpapieren von Stratford Canning und von Lord Bloomfield zu finden sind,⁴ sowie auf die einschlägigen Bestände des Preußischen Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem. Der Nachlaß von Lord Palmerston war mir nicht zugänglich; ebenso ist es mir nicht möglich gewesen, den privaten Briefwechsel von Robert Peel, dem damaligen englischen Geschäftsträger in der Schweiz, einzusehen.

2. Leopold von Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen. Leipzig 1873. S. 164.

3. Die Neuenburger Frage in den 50er Jahren ist keine rein interne Angelegenheit mehr.

4. vgl. das Verzeichnis der benützten Akten im Anhang.

I. TEIL.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Großmächte von 1815 bis 1846.

Erstes Kapitel.

Der Bundesvertrag von 1815.¹

Die alte Eidgenossenschaft, die 1798 untergegangen war, ist im Jahre 1815 wieder auferstanden, wenn auch in verändertem Gewande. Die Helvetische Republik vom 17. April 1798 war den Schweizer Verhältnissen nicht angemessen gewesen, die Mediationsakte vom 19. Februar 1803 mit Hilfe der Intrigen der Verbündeten aufgehoben worden. Der Bundesvertrag vom 7. August 1815, der unter dem Druck der gleichen Mächte zustande gekommen war, umfaßte einen Bund lose zusammengehaltener Staaten, die durch den Vertrag mehr in ihrer Eigenheit gesichert, als zu gemeinsamem Handeln befähigt wurden. Die alten Untertanenländer waren allerdings verschwunden, d. h. zusammen mit den früheren zugewandten Orten (darunter Neuenburg) als neue Kantone dem Bunde eingegliedert, und die Stadt Genf war durch französisches und sardinisches Gebiet zu einem Kanton mit Anschluß an schweizerisches Gebiet erweitert worden. Die Souveränität der einzelnen Kantone war durch den Bundesvertrag garantiert worden, und die Kantone trachteten danach, ihre Souveränitätsrechte möglichst stark und unversehrt zu halten. — Organ des Bundes war die Tagsatzung, zu der jeder Kanton (Ort, Stand) zwei Gesandte schickte. Der Sitz der Tagsatzung wechselte in zweijährigem Turnus zwischen Zürich, Bern und

1. vgl. Hermann Oncken, Allgemeine Staatengeschichte, Erste Abt. XXVI: Johannes Dierauer, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, V. Band, 2. Aufl. Gotha 1922, — Hans Schneider, Geschichte des Schweizerischen Bundesstaates, VI. Band, 1. Halbband, Stuttgart 1931. — Ernst Gagliardi, Geschichte der Schweiz, Umgestaltete Ausgabe, 2. Band, Zürich 1937.

Luzern; der jeweilige Tagsatzungssitz war Vorort, und die Regierung dieses Kantons führte die Geschäfte des Vorortes und diejenigen der Tagsatzung zugleich und wurde dadurch jeweils die höchste eidgenössische Behörde. Dieser Turnus ließ keine starke zentrale Gewalt reifen, ja die Tagsatzung selbst glich eher einem kleinen Völkerbund. Sie war eine Konferenz bis auf die Außenpolitik selbständiger Staaten, und die Gesandten der einzelnen Orte stimmten nach Instruktionen, die ihnen jeweils von ihren Regierungen erteilt worden waren. Der Vorort gab den Kantonen darum zum Voraus die Tagesordnung der kommenden Tagsatzung bekannt und ersuchte dabei um Instruktion der Gesandten. Jeder Kanton hatte auf der Tagsatzung eine Stimme, die Halbkantone² eine halbe; die Halbkantons-Stimmen neutralisierten sich aber gegenseitig, wenn die Vertreter der beiden Halbkantone ihre Stimme in gegensätzlichem Sinne abgaben, d. h. die halben Stimmen wurden in einem solchen Falle nicht mitgezählt.

Eine Bundespolitik im eigentlichen Sinne war unter diesen Umständen unmöglich. Erschwerend trat hinzu, daß die Kompetenzen des Bundes und der Kantone in der Verfassung nicht deutlich umschrieben und gegen einander abgegrenzt waren. Und da eine Verfassungsänderung nicht vorgesehen war, und der Bundesvertrag keinen Revisionsparagrafen enthielt, mußte der Versuch einer Revision des Paktes notwendigerweise Streitigkeiten ergeben. Die aufkommende Industrialisierung machte die Forderung nach einer Revision umso dringlicher, da es beim Fehlen einer festen Zentralgewalt immer unmöglicher wurde, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmenden Partikularismen zu beseitigen.³

Die Neugründung von 1815 war mit Hilfe und unter Druck der Kongreßmächte erfolgt. Die Mächte beriefen sich bei ihren Interventionsversuchen später stets auf die Verträge von 1815, und zwar im Wesentlichen auf zwei Punkte: einmal darauf, daß die Souveränität der Kantone durch den Wiener Vertrag garantiert worden sei, ferner darauf, daß die Garantie der schweize-

2. Unterwalden (Ob- und Nidwalden), Appenzell (Inner- und Äußer-Rhoden) und Basel (Stadt und Land; seit 1833).

3. vgl. Eduard Fueter, Die Schweiz seit 1848, Zürich 1928.

rischen Neutralität im Jahre 1815 an bestimmte Bedingungen geknüpft worden sei, die die Eidgenossenschaft zu erfüllen habe.⁴

Zu der Frage der Garantie der Kantonsouveränität ist historisch und staatsrechtlich Folgendes zu bemerken: Das Bestreben und die Bemühungen der Mächte hatten im Jahre 1815 eindeutig das eine Ziel, die Bundesgewalt so stark als möglich zu machen und die foederalistischen Tendenzen der einzelnen Kantone einzudämmen. Das Argument der Mächte, daß die volle Souveränität der Kantone durch den Wiener Vertrag garantiert werden sollte, hatte also keine historische Berechtigung.⁵ Eben- sowenig hatten die Mächte aber aus staatsrechtlicher Begründung ein Recht, bei einer Verletzung der kantonalen Souveränität einzugreifen. Die Souveränität der Kantone war wohl durch den Bundesvertrag garantiert, der Bundesvertrag selbst aber nur von der Eidgenossenschaft aufgestellt und angenommen worden. Von den Mächten ist der Bundesvertrag nicht g a r a n t i e r t worden. Garantiert wurden vielmehr nur die Neutralität der Schweiz und die Unverletzlichkeit des eidgenössischen Gebietes.

Das zweite Argument der Mächte, das ihnen ein Einsprache- recht in interne Angelegenheiten der Schweiz geben sollte, hieß: die Neutralitätsgarantie sei 1815 an gewisse Bedingungen geknüpft worden, die die Schweiz zu erfüllen habe.

Die Schweizer Neutralität war aber nicht 1815 geschaffen worden, sie ist damals vielmehr nur noch einmal bestätigt worden; die Neutralität der Schweiz beruhte auf einer alten Tradition, die zumindest seit dem Westfälischen Frieden allgemein anerkannt war.

4. vgl. Paul Schweizer, Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Frauenfeld 1895, S. 552 f.

5. Nidwalden gegenüber erklärten die Mächte damals (2. Juli 1815), daß sie nur eine Schweiz kennen. (Schweizer, a. a. O., S. 799). — Die Denkschrift der Mächte an die Tagsatzung vom April 1814, deren Verfasser Capodistria war, hatte folgenden Passus:

„L'isolement et la séparation des XIX Etats feraient leur perte. Un faible lien fédéral préparerait leur désunion. La Suisse n'aurait point de système politique... Les puissances auxquelles par occasion ce système serait nuisible, paralyseraient de longue main ces moyens. Etablir donc un fort lien fédéral, c'est maintenir l'indépendance de la Suisse.“

(Schweizer a. a. O., S. 619).

Drei Etappen waren 1815 kennzeichnend für die Verhandlungen über die Schweizer Fragen und die dabei erzielten Resultate: Vorerst setzte das Komitee für schweizerische Angelegenheiten am 16. Januar 1815 seinen Schlußbericht auf. Dieser Bericht, den Metternich zur Begründung seines Einspruchsrechtes zunächst heranzog, enthielt in der Tat die oben erwähnten Bedingungen.⁶ Er war aber in den Schlußakt nicht aufgenommen worden und hatte deshalb auch keine Gültigkeit erlangt. Ferner besagte eine Erklärung des Wiener Kongresses vom 20. März 1815, daß, sobald die Eidgenossenschaft die „*stipulations renfermées dans la présente transaction*“ angenommen hätte, eine Akte aufgestellt werden sollte, welche die Anerkennung und Garantie der schweizerischen Neutralität enthielt.⁷ Schließlich hatte der Schweizer Pictet de Rochemond im Auftrage der Mächte am 3. November 1815 die Neutralitätsakte in Paris entworfen. Sie wurde am 20. November 1815 von den fünf Großmächten angenommen und unterzeichnet. Diese Erklärung enthielt die Garantie der Neutralität ohne jede Bedingung, vielmehr wurde weiterhin die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß die Neutralität und Unverletzlichkeit der Eidgenossenschaft und ihre Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß im wahren Interesse Europas sei.⁸

6. Die betreffende Stelle lautet: „*mais de ne considerer ces engagements comme obligatoires qu'autant que la Suisse en compensation des avantages qui lui étaient réservés, offrirait à l'Europe tant par ses institutions cantonales que par la nature de son système fédératif, une garantie suffisante de l'aptitude de la nouvelle confédération à maintenir sa tranquillité intérieure et par cela même à faire respecter la neutralité de son territoire.*“ (Schweizer a. a. O., S. 553 f.).

7. Die Transaktionen betrafen die neuen Gebietsteile, die erst von der Schweiz anerkannt werden mußten; alsdann konnte die Neutralität erst garantiert werden in der Art, daß sie auch für die neu hinzugekommenen Gebiete Gültigkeit hatte.

8. Die Note schloß sich an den Beschluß vom 20. März 1815 an: „*Ces changements se trouvant déterminés par les stipulations du Traité de Paris de ce jour, les Puissances signataires de la Déclaration de Vienne du 20 Mars font par le présent Acte une reconnaissance formelle et authentique de la neutralité perpétuelle de la Suisse, et Elles lui garantissent l'intégrité et l'inviolabilité de son territoire dans ses nouvelles limites, telles qu'elles sont fixées tant par l'Acte du Congrès de Vienne que par le traité de Paris de ce jour.*“ „*Les Puissances signataires de la Déclaration du 20 Mars reconnaissent authentiquement par le présent Acte que la neutralité et l'invio-*

Die Mächte hatten diese eindeutigen Bestimmungen damals als Schutz gegen die französischen Expansionsgelüste getroffen; wenn die Bestimmungen sich später gegen die österreichischen Bestrebungen richteten, so wurde die Rechtslage dadurch nicht verändert.

Auf den 1815 geschaffenen Grundlagen bot die Schweiz in allen Einrichtungen ein Bild völliger Uneinheitlichkeit. Erst der Bundesvertrag von 1848 brachte ein allgemeines und einheitliches Gewichts-, Maß- und Münzsystem, schuf aus 14 verschiedenen Postanstalten eine eidgenössische Post und beseitigte die Zollschranken, die im Inneren der Eidgenossenschaft zwischen den Kantonen noch bestanden hatten.⁹ Bis dahin war der Verkehr durch Binnenzölle, Weg- und Brückengelder gehemmt gewesen, und die Schweiz drohte in der Zeit des aufkommenden Eisenbahnbaues vom Ausland verkehrspolitisch abgeschnitten und umgangen zu werden. Diese Uneinheitlichkeit bestand nicht nur in allen wirtschaftlichen und verkehrstechnischen, sondern ebenso in allen rechtlichen Fragen. Die Kantone garantierten sich gegenseitig kein Niederlassungsrecht, und die Gerichtsurteile, die ein Kanton ausgesprochen hatte, verloren an der Grenze des Kantons ihre Gültigkeit.

Besonders seit sich eine Industrie vor allem in den protestantischen Gebieten entwickelt hatte, war der Bundesvertrag unhaltbar geworden. Der Widerstand gegen eine Änderung kam zum Teil von den alten privilegierten Schichten, deren Privilegien formell zwar aufgehoben waren, tatsächlich aber oft in der Praxis so weiterwirkten, daß sich in vielen Kantonen beinahe noch das Bild eines Familienregimentes erhalten hatte. Eine Gutsbesitzeraristokratie hatte es in der Schweiz nie gegeben, da jeder Großgrundbesitz fehlte. Auf dem Lande gab es nur den Bauer, dessen Interessen auch meist auf eine Revision gingen, da die Städte vielfach noch eine Art Oberhoheit über das freie Land ausübten. Die privilegierten Schichten waren früher meist in Verbindung mit den Kriegsdiensten entstanden; die

bilité de la Suisse et son indépendance de toute influence étrangère sont dans les vrais intérêts de la politique de l'Europe entière." (Schweizer a. a. O., S. 593. Zur Textfrage vergl. S. 587 f.).

9. J. C. Kern, Politische Erinnerungen, 1833—1883. Frauenfeld 1887. S. 79 f.

Aufhebung dieser Erwerbsquellen¹⁰ zwang zur Suche nach neuen Erwerbsmöglichkeiten.

Die Bürger, die mit der neu aufkommenden Industrie verbunden waren, gehörten der liberalen Partei an und drangen auf Verfassungsreform. Die Industrie (Textilindustrie, Uhrmacherei, Bijouterie, Seidenbandindustrie u. a. m.) war entweder Heimarbeit oder Werkstättenbetrieb. Es war keine großstädtische Industrie; der Arbeiter hatte nebenher oft noch eigenes Land, da der größte Teil der Industrie sich in Dörfern oder kleineren Orten befand. Es fehlte also ein Arbeiter-Proletariat, und die Vorgänge, die zum Sonderbundskrieg und zur Bundesreform führten, hatten deshalb nichts mit den Forderungen einer sozialistischen Revolution gemeinsam. Diese Bewegung hatte ihren Ursprung vielmehr in liberalen und nationalen Motiven, infolge ihrer Auswirkung auf die inneren Zustände benachbarter Staaten wurde sie aber von den legitimistisch-konservativen Mächten als soziale und revolutionäre Bewegung gewertet. Der Name der Schweizer Liberalen, „Radikale“, wurde dem englischen Sprachgebrauch entnommen; jedoch war das mehr eine Gemeinsamkeit des Namens. In ihren Ideen und Tendenzen unterschieden sie sich wesentlich von den „Radicals“.

Die katholische Kirche setzte der Revisionsbewegung, die zentralistischen Charakter trug, den stärksten Widerstand entgegen, vor allem in den Gebieten, in denen ihr Einfluß von jeher unumschränkt gewesen ist, wie in der Inner-Schweiz.

Die Juli-Revolution wirkte in der ganzen Schweiz aufpeitschend und hatte in einer großen Zahl von Kantonen Änderungen der Kantons-Verfassungen zur Folge. Die Revision des Bundesvertrages wurde aber 1832/33 verworfen, ebenso 1840 ein zweiter Entwurf. Man kam zu der Einsicht, daß zuerst die kantonalen Verfassungen in demokratischem Sinne geändert werden müßten, um so den Grund für eine Bundesrevision zu bilden. Träger der Reformidee wurden u. a. die Helvetische Gesellschaft und die Schützenvereine.¹¹ Aber erst als die Sache der Reform

10. Im Gefolge der Julirevolution waren 1830 die sechs Schweizer Regimenter in französischen Diensten entlassen worden.

11. vgl. Gottfried Keller: Das Fähnlein der sieben Aufrechten, Frau Regel Amrain, Gedichte.

vgl. Hans Max Kriesi, Gottfried Keller als Politiker. Frauenfeld 1918.

ein klares und einprägsames Kampfprogramm erhielt, wurde sie zu einer Macht. Dieses Programm entstand aus dem Kampf gegen die Jesuiten. Hinter der Jesuitenfrage, die der Oberfläche näherlag, stand die eigentliche Kernfrage: die Revision. Die Jesuitenfrage riß die Schweiz aber in kurzer Zeit in einen solchen Sturm politischer Leidenschaft hinein, daß es möglich wurde, durch diese Frage die Bundessache zur Entscheidung zu bringen.

Im Kanton Aargau war im Jahre 1841 in den Bezirken der katholischen Minderheit eine Widerstandsbewegung gegen die Regierung entstanden, die zu einem bewaffneten Aufstand führte, der aber von der Regierung mit Hilfe der Nachbarkantone unterdrückt wurde. Die Bewegung hatte sich gegen die liberale Verfassungsreform des Kantons gerichtet. Da die katholischen Geistlichen, insbesondere die geistlichen Orden, als Anstifter und treibende Kräfte der Bewegung angesehen wurden und sich zum Teil auch kompromittiert hatten, wurde im Jahre 1841 die Aufhebung der acht Klöster des Kantons ausgesprochen.¹² Die Klöster waren aber in Artikel XII des Bundespaktes garantiert, die Tagsatzung protestierte deshalb gegen diesen Beschluß und verlangte mit 12 1/2 Stimmen die Wiederherstellung der Klöster, gab sich aber im Frühjahr 1843 mit der Wiederherstellung der vier Frauenklöster zufrieden.

Als Protest gegen diesen Beschluß der Tagsatzung versammelten sich die Kantone des späteren Sonderbundes in Bad Rothen bei Luzern, wo sie am 13. und 14. September 1843 Beratungen abhielten. Treibende Kräfte der Bewegung waren der Luzerner Bauer Joseph Leu von Ebersol und der Luzerner Schultheiß Constantin Siegwart-Müller. Die Frage des Austritts aus der Eidgenossenschaft zur Wahrung von „Freiheit und Religion“, sowie der Plan einer katholischen Zentralbehörde, die Beziehungen zum katholischen und konservativen Ausland aufnehmen sollte, wurden erwogen, und die Berufung der Jesuiten nach Luzern in Aussicht genommen.¹³

12. Muri, Wettingen (Benediktiner). Baden, Bremgarten (Kapuziner). Hermetschwil, Fahr, Gnadenthal, Baden (Frauenklöster). Die Garantie der Klöster war 1815 durch den Nuntius gegen den Willen der meisten Kantone verlangt und veranlaßt worden.

13. Die Jesuiten waren bereits im Wallis, Schwyz und Freiburg.

Die Erregung in der Schweiz stieg, als Luzern im Jahre 1844 bei einem Überfall der katholischen Oberwalliser auf die Liberalen des Unterwallis seinen Pflichten als Vorort nicht nachkam, sondern offen die Sache des Rechtsbruches begünstigte. Als am 24. Oktober 1844 Luzern beschloß, den Jesuiten die kantonale Erziehung zu übertragen, erhob sich ein Sturm der Entrüstung im ganzen Lande, der schließlich zu den beiden Freischarenzügen vom 7./8. Dezember 1844 und 31. März 1845 führte, die allerdings beide ein klägliches Ende nahmen.¹⁴

Die Jesuitenfrage wurde jetzt zu der entscheidenden Frage. Der Orden, der neben seinem Kampf gegen die Andersgläubigen die allgemeine Erweiterung der katholischen Macht auch im Staate anstrebte, hatte in kurzer Zeit die Schweiz in zwei feindliche Lager gespalten. Die gemäßigten Liberalen wurden überall durch die Radikalen aus der Führung verdrängt. In der Tagsatzung vom Juli 1845 fand der Antrag auf Ausweisung der Jesuiten aus dem Gebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft 10 Stimmen. Da zur Mehrheit aber 12 Stimmen gehörten (bei 22 Vollkantonen), mußten die Radikalen in den nächsten Jahren also noch 2 Standesstimmen gewinnen. Am 20 Juli des gleichen Jahres wurde der Bauer Joseph Leu ermordet aufgefunden; man nahm an, daß sein Mörder von Radikalen gedungen worden sei.

Angesichts der drohenden Gefahr einer Jesuitenausweisung schlossen die sieben Orte: Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis am 11. Dezember 1845 ein Sonderabkommen, eine Offensiv- und Defensivallianz. Da die Kräfte dieses Sonderbundes selbst zu gering waren, nahm er die Verbindung mit dem Ausland auf. Da der Bundesvertrag Bündnisse der Kantone unter sich, die gegen Interessen und Existenz anderer Kantone gerichtet waren, verbot, war der Sonderbund als Geheimbund geschlossen worden.¹⁵ Erst im Jahre 1846 wurde

14. Luzern hatte der Verfassung nach das Recht zur Jesuitenberufung. Es hatte aber als Vorort besondere Aufgaben und Pflichten, die aus staatspolitischen Gründen eine solche Berufung verboten. — Die mangelhafte Abgrenzung und Scheidung zwischen weltlicher und kirchlicher Gewalt war auch eine der großen Lücken des Bundesvertrages.

15. Bundesvertrag, Art. VI: „Es sollen unter den einzelnen Kantonen keine dem allgemeinen Bunde oder den Rechten anderer Kantone nachteilige Verbindungen geschlossen werden.“

er durch die Klage liberaler Freiburger an die Tagsatzung bekannt.

Ein Tagsatzungsantrag vom 4. September 1846 forderte die Auflösung des Sonderbundes, weil er gegen Geist und Buchstaben des Bundesvertrages verstoße; dieser Antrag vereinte die gleichen 10 Stimmen auf sich, die den Antrag gegen die Jesuiten unterstützt hatten.¹⁶ Den Radikalen blieb also nichts anderes übrig, als zu versuchen, den Umschwung in zwei Vollkantonen zu erreichen, die bisher gegen den Antrag gewesen waren. Dieser Umschwung trat am 7. Oktober 1846 durch eine Revolution in Genf, im Mai 1847 durch die Neuwahlen im Kanton St. Gallen ein.¹⁷

Zweites Kapitel.

Die Politik der Mächte und die Schweiz.

Obschon durch die Verträge von 1815 die Unabhängigkeit der Schweiz von allen äußeren Einflüssen als im wahren Interesse Europas anerkannt worden war, bildet die Geschichte der Beziehungen der Eidgenossenschaft zum Ausland eine bis zur Februarrevolution beinahe nie abbrechende Kette von Einmischungsversuchen fremder Mächte in die internen Angelegenheiten; die Versuche, Gewalt über die Vorgänge in der Schweiz zu erhalten, häuften sich nach der Julirevolution. Zwei Hauptursachen lagen diesen Versuchen zugrunde. Die Schweiz, d. h. die einzelnen Kantone gewährten aus alter Tradition politischen Flüchtlingen Unterschlupf und Schutz; die konservativen Nach-

16. Für den Antrag waren: Zürich, Bern, Glarus, Solothurn, Schaffhausen, Graubünden, Tessin, Waadt, Aargau, Thurgau (dazu zwei Halbkantone: Baselland, Appenzell-Außerrhoden). Genf und Neuchâtel waren mit dem Sonderbund dagegen. St. Gallen stimmte nicht, da das Parteienverhältnis im Großen Rat 75 : 75 betrug.

17. Das katholische Sonderabkommen knüpfte an Traditionen an, die seit dem „Christlichen Bündnis“ vom 5. Oktober 1586 (Goldener oder bormäischer Bund) sich durchzogen bis in die Tage des Sonderbundes. Diese Bünde hatten die Eidgenossenschaft von je her in zwei getrennte Gruppen gespalten, dem eidg. Staatsgedanken hatten sie den größten Schaden zugefügt und die Bildung einer Nation bis zur Bundesreform des Jahres 1848 immer erneut zum Scheitern gebracht. vgl. Joh. Dierauer, a. a. O., Bd. III, S. 417 f.

barstaaten fühlten sich dadurch in ihrer Ruhe und Sicherheit gefährdet.¹ Dazu kam die immer stärker werdende liberale und nationale Bewegung im Inneren des Landes selber, die für diese Nachbarstaaten leicht zu einem Zündstoff werden konnte und besonders gefährlich für das auf übernationaler Basis ruhende alte Österreich sein mußte, von dessen Staatskanzler Fürst Metternich darum auch die meisten Einmischungsversuche ausgingen, und der bei nahe allen Unternehmungen letzten Endes die treibende Kraft war.

Zwischen Österreich und Frankreich bestand eine alte Rivalität um den Einfluß in der Schweiz, eine Rivalität, die ihre Ursache in der Wichtigkeit der strategischen Lage der Schweiz hatte, — wozu seit der Julirevolution eine Rivalität des Systems trat. Auf diesem „neutralen Schlachtfeld“ wurde der Kampf zwischen den beiden Prinzipien gekämpft. Das absolutistische gegen das liberale Prinzip, für Metternich der Kampf der sozialen Ordnung gegen die Revolution,² zugleich auch ein Kampf Metternichs gegen die nationale Bewegung. Die nationale Bewegung stand im innersten Gegensatz zum System der Donaumonarchie, bedrohte ihren Besitzstand in Italien, Ungarn, Böhmen und in den polnischen Gebieten. Aus dieser Erkenntnis nannte Metternich Italien einen „geographischen Begriff“,³ und gleichzeitig verdächtigte er Frankreich, daß es eine Nationalitätenbewegung in der Schweiz unterstütze, um durch diese einen Teil des Landes unter seinen Einfluß zu bringen.⁴

1. Metternich an den österr. Gesandten in Paris, am 15. März 1845: „La Suisse a, dans la situation actuelle, la valeur d'un égout fortifié. Tout ce que l'Europe renferme d'esprits perdus dans le vague, d'aventuriers, d'entrepreneurs de bouleversements sociaux, a trouvé un refuge dans ce malheureux pays.“ — vgl. v. Metternich, *Nachgelassene Papiere* (Mémoires, documents et écrits divers), Paris 1883, Band VII, S. 91.

2. „Deux éléments sont et seront toujours en lutte dans la société humaine: L'élément positif et l'élément négatif, l'élément conservateur et l'élément destructeur.“ Metternich, „Mon testament politique“, a. a. O., VII, S. 639.

3. „Le mot „Italie“ est une dénomination géographique, une qualification qui convient à la langue, mais qui n'a pas la valeur politique que les efforts des idéologues révolutionnaires tendent à lui imprimer, et qui est pleine de dangers pour l'existence même des Etats dont se compose la Péninsule.“ Metternich, a. a. O., VII, S. 393.

4. „De plus, la France a toujours les yeux fixés sur ce qu'on appelle la Suisse française, dans laquelle on fait entrer aussi le canton de Berne,

Im österreichischen Interesse lag es, das konservative und foederalistische Element in der Schweiz so stark als möglich zu halten, nur die Erhaltung der uneingeschränkten Souveränität der Kantone gab diese Möglichkeit der Beeinflussung aller inneren Angelegenheiten.⁵ Daß die Schweiz durch ihre Verfassung in einem Zustand der Ohnmacht gehalten wurde, der ihr jede einheitliche Stellungnahme dem Ausland gegenüber unmöglich machte, und daß eine starke Bundesgewalt den fremden Einfluß ausschalten würde, erkannten die konservativen Mächte sehr wohl; ihr ganzes Trachten ging darum danach, eine Stärkung der Bundesgewalt mit allen ihnen möglichen Mitteln zu verhindern.⁶ Den Rechtstitel zu solchen Interventionen zogen sie aus einer nicht stichhaltigen Interpretation der Verträge von 1815, unter Heranziehung der Akten, die nie rechtliche Gültigkeit erlangt hatten;⁷ die Schweiz hat es aber bis zum Beginn des Jahres 1848 unterlassen, die Berechtigung dieser Manöver an Hand der Verträge juristisch zu widerlegen. Sie hat den Mächten dadurch ihr Spiel erleichtert, und sie hatte es zu einem großen Teil wiederum dem freundlicher gesinnten Ausland zu verdanken, daß das Versäumnis ihr nicht zum Verhängnis geworden ist.

Als Louis-Philippe im Jahre 1838 von der Schweiz die Ausweisung Louis-Napoléons verlangte und die Schweiz sich weigerte, dem Verlangen nachzukommen, drohte zwischen den beiden Ländern ein schwerer Konflikt, der nur dadurch vermieden wurde, daß Louis-Napoléon auf Anraten seiner Freunde freiwillig das Land verließ.⁸ Die französische Regierung behielt aus

et elle ne veut pas admettre qu'une autre puissance intervienne fût-ce au même titre qu'elle, dans les affaires intérieures de la Suisse appelée française.“... „La France agit et pense comme je viens de le dire, tandis que nous reconnaissons à la Suisse tous les droits d'un corps politique indépendant et que nous n'y admettons pas une subdivision fondée sur les nationalités.“ Metternich, a. a. O., VII, S. 113.

5. vgl. dazu „Die Schweiz und das Ausland“. Herisau 1847. S. 33.

6. Für Metternich bedeutete eine Verfassungsreform, d. h. der Wechsel vom Staatenbund zum Bundesstaat, einen Wechsel in der staatsrechtlichen Persönlichkeit der Schweiz. Vergl. dazu, sowie über Metternich im Allgemeinen: Heinrich von Srbik, Metternich. Der Staatsmann und der Mensch. München 1925.

7. vgl. Seite 8 f.

8. vgl. dazu: Eugène de Budé, Napoléon III et le général Dufour. — Revue des deux Mondes V/20. Paris 1904. S. 581 f.

dieser Affaire die Erinnerung an die „Empfindlichkeit des schweizerischen Nationalgefühls“; auch Guizot hat später darauf hingewiesen, daß er sich in seinen politischen Handlungen dadurch hätte beeinflussen lassen.⁹

Die Aufhebung der Klöster im Aargau führte zu einem Protest des päpstlichen Nuntius, der sein Einspracherecht damit begründete, daß die Garantie der Neutralität die Garantie der Verfassung (die wiederum den Bestand der Klöster garantierte) einschließe. Metternich ließ dem Vorort eine Note überreichen, in der er gegen die Aufhebung des Klosters Muri protestierte, da dieses Kloster eine Gründung der Habsburger sei. Palmerston instruierte Morier, er solle über die Aargauer Angelegenheit schweigen, den beiden streitenden Parteien aber, in unoffizieller Weise, vor Augen halten, wie wichtig für die schweizerischen Interessen eine möglichst rasche Beendigung des Zwischenfalles durch gegenseitigen Kompromiß sei, damit keiner fremden Macht ein Vorwand zur Intervention bleibe.¹⁰ Da Frankreich dem Vorgehen Englands sich anschloß, blieb der Einspruch des Papstes und Österreichs ohne Erfolg.¹¹

Die Berufung der Jesuiten nach Luzern im Jahre 1844 rief im gesamten Ausland peinlichste Überraschung und Bestürzung hervor. Guizot stand selbst im Kampfe gegen die Jesuiten in Frankreich¹² und Metternich erkannte sehr bald die große Gefahr dieses Ereignisses für die konservative Sache, die durch die beiden Freischarenzüge sehr bald so offensichtlich wurde, daß

9. „La susceptibilité des Suisses en fait d'indépendance et de dignité nationale; elle leur est commune à tous, aux catholiques comme aux protestants, aux conservateurs comme aux radicaux, et toute influence qui blesse en eux ce sentiment se perd à l'instant, et nuit au lieu de servir.“ M. Guizot, Mémoires. Paris 1867. VIII, S. 446.

10. F. O. 100/37 Palmerston an Morier, 5. und 24. Februar 1841.

11. Morier machte bei dieser Gelegenheit übrigens die Feststellung, daß zur Zeit der Unterdrückung von Klöstern im Kanton Luzern ein Protest-Versuch des Nuntius durch Österreich und Frankreich unterbunden worden sei, und daß man zu dieser Zeit in Wien und Paris zugegeben habe, daß die Garantie der Neutralität diejenige des Bundesvertrages nicht einschließe. F. O. 100/37 Morier an Palmerston, 26. Januar 1841.

12. Guizot schrieb über die Jesuitenberufung: „au point de vue général de la Suisse, j'avais pressenti le danger d'une telle mesure: elle ne pouvait paraître qu'une sorte de défi jeté par l'opinion catholique et conservatrice à l'opinion protestante et radicale.“ Guizot, a. a. O., S. 431.

er sich dazu entschloß, ein gemeinsames energisches Vorgehen der Mächte gegen die Zustände in der Schweiz zu veranlassen. Er ersuchte in Paris um Vorschläge darüber, was im Augenblick an Maßnahmen eines gemeinsam ausgeübten moralischen Druckes unternommen werden könne.¹³ Guizot ließ den schweizerischen Parteien durch den Gesandten die Mahnung zugehen, im eigenen und im europäischen Interesse Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.¹⁴ Der englische Außenminister Lord Aberdeen hatte in seiner Note vom 11. Februar 1845 eine viel schärfere Stellung eingenommen als Guizot und fand damit Metternichs Beifall, der in seiner Instruktion an den österreichischen Vertreter in der Schweiz mit Bezugnahme auf Aberdeens Note eine gemeinsame Front herstellen wollte, zu der er Rußlands Hilfe sicher wußte.¹⁵ Der zweite Freischarenzug bestärkte dann die Besorgnisse der Mächte in hohem Maße; er veranlaßte Metternich zur ersten Aufstellung eines festen Programmes für die kommenden Auseinandersetzungen. — Guizot und Metternich hatten sich beide ohne Erfolg an den Papst gewandt, um ihn zu einem Verbot der Niederlassung der Jesuiten in Luzern zu bewegen; Gregor XVI. war nicht der Mann, in dessen Sinn dies gelegen hätte.¹⁶

Am 26. April unterrichtete Metternich die preußische Regierung.¹⁷ Als theoretische Basis für ein gemeinsames Vorgehen wollte er folgende Punkte vorschlagen, die als Bedingungen an die Tagsatzung zu stellen wären:

1. Respektierung des Bundesvertrags von 1815 durch die Schweiz.
2. Vollständige Erhaltung der Souveränität der Kantone, als Basis der Bundesidee.
3. Revision des Paktes nur auf gesetzlichem Wege und nach unparteiischer Prüfung der Mängel.

13. Metternich an Apponyi, den österr. Gesandten in Paris, 3. März 1845. Metternich, a. a. O., VII, S. 107 f. u. S. 88 f.

14. Guizot, a. a. O., S. 431 f. 3. März 1845. — Vergleiche auch die englische Aktenpublikation: *Correspondence relative to the Affairs of Switzerland*. London 1847—48. S. 56 (im Folgenden immer zitiert: *Corr. rel.*).

15. *Corr. rel.*, S. 36, 56, 66 u. 72.

16. *Corr. rel.*, S. 53 u. 55.

17. Metternich, a. a. O., S. 111 f.

Er wehrte zum Voraus die Einwände ab, die man in Berlin zunächst vorbringen könnte: „Les Jésuites ont été le prétexte et non le but du soulèvement des radicaux.“ Er beklagte den Fehler, den Luzern begangen habe, indem es die Auseinandersetzung auf ein falsches Geleise geschoben habe. Metternich hatte die ganzen folgenden Jahre hindurch gegen diese Verzerung anzukämpfen, die alle Probleme durch die Jesuitenfrage erhalten hatten, aber es gelang ihm nicht, den Radikalen ihr bestes Agitationsmittel aus den Händen zu schlagen.

Preußens und Rußlands glaubte Metternich bei seinem Vorgehen sicher zu sein, der Erfolg oder Mißerfolg war abhängig von einem Gelingen oder Mißlingen der Einigung mit Frankreich: Die konservativen Partner würden nicht zurücktreten, wenn man sich für die Erhaltung ihrer Sache engagiert hätte, es käme aber darauf an, Frankreich vorher festzulegen und die Initiative ergreifen zu lassen, um selber dann nachzufolgen. Nur zu leicht könnte Frankreich sonst eine gegensätzliche Position einnehmen; Ancona hatte Metternich nie vergessen.¹⁸ Dreimal versuchte Metternich in den nächsten Jahren Frankreich vorzuschicken; zweimal mißlang der Versuch, das dritte Mal hatte er einen unerwarteten, — allerdings auch unerwünschten, — Erfolg.

Am 8. Mai 1845 hatte Metternich seine Vorschläge nach Paris geschickt (die bekannten drei Punkte), ohne allzu große Hoffnung. Apponyi gegenüber sprach er seine Zweifel am 20. Mai sehr deutlich aus: Der König und seine Regierung fürchteten den Krieg. Die Antwort Guizots blieb ausweichend: er sei mit den drei Punkten Metternichs im Prinzip einverstanden, halte den gegenwärtigen Augenblick aber nicht opportun für neue Erklärungen. — Metternich nahm die Aktion für gescheitert. Apponyi erklärte er am 27. Juni 1845, die Lage in der Schweiz habe sich durch die Festigkeit von Genf und St. Gallen gebessert, und unter diesen Umständen wären Vorstellungen der Mächte in der Schweiz nur schädlich, da sie ohne Gegenstand seien. Er behalte sich aber vor, unter Umständen später

18. Als die Österreicher im Januar 1832 in den Kirchenstaat einmarschiert waren, besetzte Frankreich am 22. Februar Ancona und vereitelte dadurch die Aktion.

auf die Vorschläge zurückzukommen.¹⁹ Damit hatte die erste Aktion ihr vorzeitiges Ende gefunden. Die Lage in der Schweiz schien vorläufig gesichert, erst die Genfer Revolution vom 7. Oktober 1846 gab den Anlaß zu einer erneuten Aufnahme der Versuche, ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen.

Guizot hatte befürchtet, daß Metternich auf eine bewaffnete Intervention hinziele: eine solche Sprache würde genau das Resultat bewirken, das man vermeiden müßte; sie würde von der ganzen Schweiz als eine Provokation aufgefaßt werden und auf der nächsten Tagsatzung der Sache der Radikalen mit Sicherheit einen mächtigen Auftrieb geben. Die Mächte hätten zudem nicht das Recht, den Bundesvertrag zu interpretieren; daß die Tagsatzung kein Recht haben sollte, sich mit der Jesuitenfrage als einer Bundesfrage zu befassen, erschiene ihm unsinnig. Guizot warnte Aberdeen, der sich am 3. Juni mit den Vorschlägen Metternichs einverstanden erklärt hatte, und erhielt schließlich von Saint-Aulaire, der Aberdeen Guizots Bedenken mitgeteilt hatte, die beruhigende Versicherung, daß England die Ausweisung der Jesuiten nicht a priori als einen Umsturz des Bundesvertrages ansehen würde. „En attendant, tenez pour certain qu'on ne vous poussera pas, d'ici, plus loin que vous ne voulez aller.“²⁰

Guizot durfte sich nicht zu einer Aktion drängen lassen, bei der Frankreich nicht mittun würde. Die Stellungnahme Aberdeens hatte ihn erschreckt, denn ein so traditionswidriges Vorgehen, an Seite der konservativen Ostmächte, hätte seine

19. Metternich, a. a. O., S. 93 f. und 117 f.

Genf und St. Gallen waren die beiden Kantone, in denen eine radikale Mehrheit erhofft wurde, um mit den 10 bereits vorhandenen 12 Stimmen, d. h. eine Mehrheit für den Beschluß zur Ausweisung der Jesuiten zu erhalten.

20. Guizot, a. a. O., S. 444 f. und Corr. rel., S. 92 f.

Die Note Aberdeens vom 11. Febr. 1845 (Corr. rel., S. 36 f.) war allerdings in sehr drohendem Ton gehalten: Die Vernichtung des Bundesvertrages, gleichwie auf welche Weise dies geschähe, müßte zu einer Rekonstruktion führen, die aber, um eine staatsrechtliche Anerkennung im politischen System Europas zu erhalten, die förmliche Zustimmung der Mächte erhalten müßte, die die Neutralitätsakte vom 20. November 1815 unterzeichnet haben. Es ist im Übrigen interessant, wie richtig Guizot zu dieser Zeit noch die tatsächlichen Verhältnisse durchschaute und wie vernünftig seine Argumentation noch war.

Stellung in Frankreich erschüttert. Immerhin wurden die französischen Garnisonen an der Schweizer Grenze verstärkt, als Demonstration, wie auch Österreich seine Truppen in Vorarlberg um 4000 Mann verstärkt hatte.²¹

Die Agitation in der Schweiz steigerte sich im Laufe der Monate,²² es blieb aber alles ruhig bis in den Spätsommer des Jahres 1846. Die Ereignisse des Herbstes veranlaßten dann die Mächte, sich mit den Schweizer Dingen wieder eingehend zu befassen und zu einer Stellungnahme zu kommen. In der Zwischenzeit hatte aber Europa ein neues politisches Gesicht erhalten, und diese Umwandlung wurde für die Schweizer Dinge entscheidend.

21. Corr. rel., S. 74.

Metternich, a. a. O., S. 109, Anm.

22. vgl. zur Entwicklung der Parteien in der Schweiz:

Gustave Chaudet, *Histoire du Parti radical Suisse*. Berne 1917.

Georges Weill, *L'éveil des nationalités et le mouvement libéral (1815—1848)*. Paris 1930. S. 118 u. 465 f.

Zur Geschichte der Jesuiten in der Schweiz:

Otto Pfülf G. J., *Die Anfänge der deutschen Provinz der neu erstandenen Gesellschaft Jesu und ihr Wirken in der Schweiz 1805—1847*.

Freiburg i. Br. 1922.

Ernst Staehelin, *Der Jesuitenorden und die Schweiz*. Basel 1923.

II. TEIL.

Die Neugruppierung der Mächte im Jahre 1846 und die Politik Palmerstons.

Erstes Kapitel.

Die liberale Regierung in England und die spanischen Heiraten.

Das Jahr 1846 wurde richtunggebend für die Politik überhaupt, und im Speziellen für die Politik, die die Regierungen in bezug auf die Schweiz in der Zukunft verfolgten, denn die Mächte unterzogen ihre Stellung zu den politischen Tagesproblemen einer Neuorientierung, sie nahmen gewissermaßen die Ausgangsstellung ein zu den Ereignissen der Revolutionsjahre.

Zwei Tatsachen sind für uns von Bedeutung:

- I. Der Sturz der Regierung von Sir Robert Peel in England, die Übernahme der Geschäfte durch ein Whig-Kabinett mit Lord Palmerston als Minister des Äußeren, und die neue Außenpolitik Englands.
- II. Die Auflösung der Entente cordiale zwischen Frankreich und England, und das Hinübergleiten Frankreichs in eine anti-liberale Politik.¹

1. Correspondence relating to the marriages of the Queen and the Infanta of Spain. London 1847.

The Cambridge History of British Foreign Policy. (II, F. J. C. Hearnshaw), Cambridge 1923.

John Hall, England and the Orleans Monarchy. London 1912.

K. Hildebrand, Geschichte Frankreichs (1830—1848) 2 Bde. Gotha 1878—79.

P. Thureau-Dangin, Histoire de la Monarchie de Juillet. 7 Bde. Paris 1884—1892.

Elias Regnault, Histoire de huit ans. 1840—1848. 3 Bde. Paris 1851/52.

Das Kabinett von Sir Robert Peel war im Dezember 1845 zurückgetreten; da es aber Lord John Russell nicht gelang, eine Regierung zu bilden, blieben die Tories im Amte bis zum Juni 1846.² In dieser Zeit sicherte Peel zusammen mit den Freihändlern die Aufhebung der Kornzölle; durch diese Tat wurde in England die große Freihandelsepoche eröffnet, die für Englands Handel bestimmend blieb bis zum Frühjahr 1832. Wenige Tage nach diesem Siege fiel die Regierung an einer untergeordneten Vorlage (Irish Coercion Bill), am 26. Juni 1846. Whigs und Schutzzöllner hatten sich zum Sturze der Regierung zusammengetan,³ und Russell übernahm zum zweiten Male, und diesmal mit Erfolg, die Kabinettsbildung.

Im Dezember 1845 war Russell gescheitert, weil er Palmerston nicht in das Kabinett aufnehmen wollte; es zeigte sich, daß ohne Palmerston keine Mehrheit zu gewinnen war, andererseits hatte Lord Grey, der spätere Innenminister, sich geweigert, zusammen mit Palmerston in einer Regierung zu sitzen. Man befürchtete in England allgemein, daß mit Palmerston im Außenministerium die Beziehungen zu Frankreich sich verschlechtern würden. Die Königin wandte sich sofort an Russell und versuchte ihn dazu zu bewegen, Palmerston das Kolonialministerium anzubieten, aber schon Aberdeen hatte ihr begreiflich machen müssen, als sie ihm gegenüber von ihren Sorgen sprach, daß Palmerston bestimmt kein anderes Amt annehmen werde, als das Äußere.⁴

A. Debidour, *Histoire diplomatique de l'Europe. (1814—1878)* 1. Bd., Paris 1891.

D. M. Greer, *l'Angleterre, la France et la Révolution de 1848*, Paris 1925.

Charles C. F. Greville, *A. Journal of the Reign of Queen Victoria (1837—1852)* 2. u. 3. Bd. London 1885.

The Greville Diary. 2 Bände. London 1927.

Chr. v. Stockmar, *Denkwürdigkeiten*. Braunschweig 1872.

2. vgl. Sidney Lee, *Queen Victoria*. London 1902. S. 173.

3. Für die Geschichte der englischen Parteien ist von Bedeutung, daß mit der Aufhebung der Kornzölle die Peeliten sich von den Tories abspalteten, ähnlich wie 1828 die Canningiten „desertiert“ waren. Die Konservativen waren in den nächsten Jahrzehnten so schwach, daß sie keine dauerhafte Regierung bilden konnten.

4. *The Greville Diary*, 13. Dezember 1845.

Aus diesen Gefühlen heraus, daß der englisch-französischen Entente durch Palmerston Unheil drohe, wandte sich Disraeli von Paris aus in einem Brief an Palmerston, um von ihm für den König und Guizot eine beruhigende Zusicherung zu erhalten. Disraeli hatte mit Guizot und dem König gesprochen. Der König fürchtete sich vor kommenden großen revolutionären Bewegungen in Europa; die Aussicht, bald wieder Palmerston als Gegenspieler vor sich zu haben, wirkte auf ihn bedrückend. Disraeli versuchte ihm zu erklären, wie gerade Palmerston zuerst die Verbindung mit Frankreich gesucht habe, als ein Element der nationalen englischen Politik, und er betonte, daß Palmerston Frankreich gegenüber fair handeln werde, nur verlange er Offenheit und Entschlossenheit. Louis-Philippe, für den das ein schwacher Trost war, erklärte sich aber doch für befriedigt; Palmerston dankte Disraeli und ersuchte ihn, bei allen sich bietenden Gelegenheiten im gleichen Sinne zu reden: ein herzliches und wirklich gutes Einvernehmen sollte die Grundlage aller englischen und französischen Politik sein.⁵ Ostern 1846 machte Palmerston dann den längst geplanten Besuch in Paris, und nichts ließ die kommenden Veränderungen voraussehen.

Als Palmerston am 7. Juli 1846 zum dritten Male das Außenministerium übernahm, stand er im 62. Lebensjahr. Ohne daß das Alter ihn in seiner Arbeitskraft oder in seinem Draufgängertum gebrochen hätte, war er ein Mann mit festen und feststehenden Ansichten geworden, von dem man zu wissen glaubte, welche Politik von ihm zu erwarten war. Um seine Abneigung gegen Frankreich wußte man in Paris,⁶ sein Mißtrauen hatte sich durch die Erfahrungen verstärkt. Daß es nicht unbegründet war, zeigt ein Memorandum Metternichs vom Jahre 1846, in welchem er die Resultate gegeneinander zu stellen versuchte, die England und Frankreich durch die Entente cordiale erzielt

5. W. F. Monypenny and G. E. Buckle, *The Life of Benjamin Disraeli*. London 1910—20. 2. Band, S. 338 f.

6. Der franz. Gesandte in London berichtete über eine Aussage Palmerstons, die dieser Aberdeen gegenüber machte. „Ces gens là sont essentiellement envahisseurs, agressifs, provoquants; en toute affaire ils veulent se faire une bonne part, aux dépens des autres. Comment bien vivre avec eux à de telles conditions?“ — Stockmar, a. a. O., S. 432.

hatten. Metternich, der selbst ja ein ähnliches Mißtrauen wie Palmerston gegenüber der Verlässlichkeit Frankreichs hegte, kam zu dem Schluß, daß Frankreich auf allen Linien der profitierende Teilhaber war, während Englands Stellung sich überall verschlechtert habe.⁷ Daß Metternich aber dabei etwas über das Ziel hinausschoß, weil er den kommenden Bruch der Entente und Guizots Schwenkung gewittert hatte, ist weiter nicht verwunderlich.

Die fünf Jahre, von 1841 bis 1846, sind die längste Frist, die Palmerston je ohne Amt zugebracht hat, seit er im Jahre 1807 Marineminister geworden war. Die Zeit seiner Amtsübernahme war reich an aufregenden Vorgängen in ganz Europa, die bei Palmerstons politischer Art eine Fülle von Verwicklungen versprochen. Im Februar war Krakau besetzt worden; in Portugal war im April eine Revolte ausgebrochen, die im Mai das von Palmerston begünstigte Ministerium des Septembristen Palmella zur Regierung brachte;⁸ im Juni wurde Pius IX. in

7. Das Memorandum „Rôle politique de l'Angleterre actuelle“ trägt nur das Datum 1846, muß aber im Spätherbst oder Anfang Winter 1846/47 geschrieben sein. Metternich stellte fest: Frankreich brauchte nach 1830 den Rückhalt Englands als Sicherung gegen einen Angriff der Kontinentalmächte; es ist nicht angegriffen worden, und ebenso wurde durch England der alte französische Kriegsgeist gedämpft, und Louis-Philippe hat sich eine freie Position im Lande schaffen können. England wollte durch die Entente eine Sicherung seiner Stellung auf der iberischen Halbinsel, es will seine Interessen im Mittelmeer pflegen und ausbauen, wie auch anderswo, es will im Orient gegen Rußland stärker auftreten können. England hat diese Ziele nicht erreicht, aber Frankreich hat durch die Quadrupel-Allianz seine Stellung auf der iberischen Halbinsel verstärkt, es hat sich Algier gesichert, ist in Mexiko eigenmächtig vorgegangen, und hat sich in der griechischen Frage auf Seiten Rußlands gestellt.

Metternich glaubte, daß zwischen Frankreich und Rußland eine Interessengemeinschaft sich anbahne, die Palmerston zum Bruch mit Frankreich zwingen werde. Englands Einfluß sei heute nur mehr gering, und es müsse versuchen, ihn durch eine Verbindung mit dem Sultan zu stützen. — Louis-Philippes Stellung in Frankreich sei gesichert, während die Whigs durch Abspaltung der Radikalen schwächer seien als je.

Die letzten beiden Gedanken entsprangen einem Wunsche; die Stellung des Bürgerkönigs war in Wirklichkeit unterhöhlt, — während die Radikalen in England tatsächlich keine Macht bedeuteten (trotz Lebensmittelnot), wie es sich in den nächsten Jahren zeigen sollte. — Metternich war um diese Zeit der umworbene Mann. — Metternich, a. a. O., VII, S. 293.

8. Portugal befand sich seit dem im Jahre 1654 geschlossenen Freundschaftsvertrag in einer gewissen durch den Methuenvertrag von 1703 ver-

Rom zum Papst gewählt, der bald die Welt durch seine Reformversuche in Erstaunen setzen sollte; am 8. Juli veröffentlichte König Christian VIII. von Dänemark den Brief, der den Anstoß zur Aufrollung der Nachfolge in den Fürstentümern gab. Die ersten Pläne Palmerstons, die er im Juli 1846 aufnahm, galten der Auseinandersetzung mit Frankreich. In Italien befürchtete er ein Eingreifen Frankreichs zugunsten der Liberalen gegen Österreich. Das würde ein unerhörtes Anwachsen der französischen Macht bedeuten, das nur dadurch zu verhindern war, daß man den Franzosen zuvorkam, daß Reformen und Verfassungen aus eigenem Impuls durch die betreffenden Regierungen eingeführt wurden.⁹

In gleicher Weise ging Palmerston sogleich an die Wiederaufrichtung eines stärkeren Einflusses in Spanien, mit Frontstellung gegen Frankreich. Palmerston hatte Aberdeen im Parlament wegen der Politik, die Frankreich gegenüber getrieben worden sei, heftig angegriffen. Die Tories hätten im Jahre 1830, als Frankreich Algier eroberte,¹⁰ das ruhig hingenommen, nur um das Ministerium Polignac im Amt zu erhalten. Auf gleiche Weise nähmen sie jetzt alles hin: „but the Government of this country has no right to sacrifice either the honour or the interests of England, in order to continue M. Guizot in power.“ In Spanien habe man die Sache des Regenten einer französischen

stärkten Abhängigkeit von England. England betrachtete Portugal als sein Interessengebiet, besonders Palmerston griff stark in die innere Politik des Landes ein, indem er auch hier durch liberale Verfassungstendenzen die Regierung, und damit Ruhe und Handel zu sichern versuchte. Seine Politik trug ihm den Spott Cobdens ein: „As for her commerce, if that is what you seek, you are sure of that, for the simple reason that you take four fifths of all her port wine, and if you did not, no one else would drink it.“ John Morley, *The Life of R. Cobden*. London 1881 II, S. 12.

9. vgl. Bolton King, *A History of Italian Unity*, London 1899. Greer, a. a. O., S. 163 f.

10. Algier war im Juni 1830 von den Franzosen erobert worden. Zu einer anderen Zeit wäre das für die Regierung als ein großer Erfolg gebucht worden, es vermochte aber 1830 Karl X. und das Ministerium Polignac nicht mehr zu retten. — In gewissem Sinne bietet die Unterwerfung von Abd-el-Kader, Ende 1847, eine Parallele dazu, denn auch sie wurde in der französischen Öffentlichkeit kaum bemerkt, auch damals war die Regierung schon zu unpopulär geworden. — vgl. dazu: Pierre de la Gorce, *Histoire de la Seconde République Française*. Paris 1887 I, S. 22.

Intrige geopfert; das Land fühlte, daß der Regent die Unterstützung Englands verloren hatte, und seine Feinde kamen an die Macht.¹¹ „He fell, and British interests, in my opinion, were sacrificed in his downfall...“ „There has been a great diminution of British influence and consideration in every foreign country. But after the abandonment of Spain by Her Majesty's Government, what weak power can retain any hope of moral support or of effective aid from this country?“ „Influence abroad is to be maintained only by the operation of one or other of two principles — hope and fear.“¹² Also: keine Prinzipien, sondern Realpolitik. Palmerston war gewillt, die Dinge nicht einfach so hinzunehmen und weiterzuführen, wie sie geworden waren; nach seiner Auffassung war es das vornehmste Interesse Englands, den verlorenen Einfluß so rasch als möglich wieder zurückzugewinnen, ohne Rücksicht auf andere Mächte. „We have no eternal allies, and we have no perpetual enemies“, das ist ein Satz, der in seinen Reden und Briefen der nächsten Jahre immer wiederkehrte. Die Enttäuschungen der Entente cordiale waren für ihn entscheidend geworden.

Am 19. Juli 1846 schickte Palmerston seine verhängnisvolle Instruktion an den englischen Gesandten in Madrid,¹³ die der Regierung Louis-Philippes als Entschuldigung und Rechtfertigung der von ihr in Spanien verfolgten Politik erschien.¹⁴ Der eine Teil der Depesche befaßte sich mit der spanischen Politik: Nach 34 jährigem Kampfe um die verfassungsmäßige Freiheit

11. Espartero war 1841—43 Regent durch Verzicht der Königin-Mutter Marie-Christine. Marie-Christine begab sich nach Frankreich, kam aber nach Esparteros Flucht nach England wieder nach Madrid zurück. Wegen absolutistischer Tendenzen hatte sie die Regentschaft niederlegen müssen. Sie setzte den französischen Einfluß in Spanien an Stelle des englischen.

12. „Opinions and Policy of the Right Honourable Viscount Palmerston.“ With a memoir by G. H. Francis. London 1852. — Speech on Foreign Policy of the Peel Government. August 7, 1844.

13. Correspondence relating to the Marriages, S. 280 f. Vgl. auch Guizot, a. a. O., VIII, S. 291 f., Greer, a. a. O. S. 18 f.

14. Lord John Russell, der als Premier seine Billigung zu dieser wichtigen Instruktion geben mußte, erhielt sie zur Einsicht, als er eben sich anschickte, in die Kirche zu gehen. Er klagte später darüber, daß er zur Durchsicht nicht genügend Zeit gehabt habe, sonst wäre die Note nie ausgehändigt worden. — vgl. Palmerston an Russell, 11. Aug. 1846 in: Spencer Walpole, The life of Lord John Russell, London 1891.

herrsche heute in Spanien ein System der Gewaltherrschaft, das denen früherer Zeit beinahe gleich sei. Parlament, Freiheit der Presse und ordentliche Gerichte existieren nur auf dem Papier, nicht in der Praxis. Man müsse hoffen, daß Krone und Minister unter die Herrschaft der Gesetze und der Verfassung zurückkehren, sonst sei man von einem Volksaufstand keineswegs sicher. Die Zustände seien nicht den Absichten gemäß, die England zum Abschluß der Quadrupel-Allianz bewogen hätten. Bulwer solle vorsichtig im Sinne der gegebenen Instruktion wirken, er solle es aber nur bei angebrachter Gelegenheit tun, ohne Widerstand zu erzeugen.¹⁵ Die Depesche war natürlich nicht zur Kenntnisnahme für die spanische Regierung bestimmt. Palmerston hatte sie vertraulich dem französischen Botschafter in London, Jarnac, mitgeteilt, der den Inhalt sogleich nach Paris meldete, von wo er nach Madrid weiter geleitet wurde. Denn der andere Teil der Depesche kam der französischen Regierung, vor allem Louis-Philippe, sehr zustatten. Palmerston nahm darin Stellung zum Problem der Heiratskandidaten der spanischen Königin.¹⁶ Er schrieb, es gebe nur drei Anwärter auf die Hand der Königin von Spanien: Herzog Leopold von Sachsen-Koburg und die beiden Söhne von Don François de Paule. In einem Privatbrief vom selben Tage kam Palmerston auf die Frage zurück: der älteste Sohn von Don François, der Herzog von Cadix, scheide für ihn aus der Wahl aus, es bleiben der

15. Die Quadrupel-Allianz war 1835 zwischen England, Frankreich, Spanien und Portugal geschlossen worden, um nach Ferdinand VII. Tode, die Thronfolge Isabellas gegen den Bruder des verstorbenen Königs, Don Carlos, zu sichern. Es war zugleich ein Kampf für die Verfassung. Mit Isabella II (1833—1868) wurde die weibliche Thronfolge in Spanien eingeführt. Marie-Christine, die nach der Vertreibung Esparteros die Regentschaft für die unmündige Königin wieder übernahm, änderte mit der Regierung Narvaez die Verfassung in absolutistischem Sinne, im Jahre 1845.

16. Louis-Philippe verfolgte mit Guizot zusammen die Pläne der Verheiratung seines jüngsten Sohnes schon seit 1840. In den Jahren 1843 und 1845 hatten Louis-Philippe und Guizot einerseits und Victoria mit Aberdeen andererseits sich in Eu getroffen. Dabei versprach man von englischer Seite, daß man die Kandidatur eines Koburgers nicht unterstützen werde, worauf Frankreich erklärte, daß der Herzog von Montpensier ebensowenig in Frage komme. Der Herzog von Montpensier sollte die Infanta, die Schwester der Königin, heiraten, aber erst dann, wenn die Königin bereits verheiratet war und einen Thronfolger geboren hatte.

Koburger und der jüngere Bruder des Herzog von Cadix, Don Enrique. Spanien solle selbst den geeigneten Kandidaten wählen; die Verheiratung des Herzogs von Montpensier sei für die englischen Interessen eigentlich nicht erwünscht, am besten wäre es, Spanien würde diesen Plan selbst aufgeben. Koburg könne ja die Königin heiraten und Don Enrique die Infantin, oder umgekehrt.

In der Depesche selbst nahm Palmerston für keinen der Kandidaten Partei. Die Königin-Mutter Marie-Christine war im höchsten Maße erschrocken, durch die politischen Ausfälle, die in der Depesche gegen ihr System enthalten waren. Don Enrique war ihr nicht genehm, da er den Progressisten nahe stand. Die französische Diplomatie hatte nun ein leichtes Spiel, sie von der Notwendigkeit der Vorsicht den englischen Vorschlägen gegenüber zu überzeugen.¹⁷ Louis-Philippe und Marie-Christine kamen dahin überein, daß der Herzog von Cadix die Königin, der Herzog von Montpensier die Infantin heiraten solle; Christine drängte auf Beschleunigung, sie wollte Gleichzeitigkeit der beiden Heiraten.¹⁸ Ende August erfolgte die Bekanntmachung der Verlobungen, am 10. Oktober 1846 fanden die beiden Heiraten zu gleicher Zeit statt.

Somit waren die Abmachungen von Eu gebrochen, und die Entente cordiale gehörte der Vergangenheit an.¹⁹ Louis-Philippe

17. Marie-Christine war ursprünglich der Kandidatur des Koburgers nicht unfreundlich gegenübergestanden, auf keinen Fall aber wollte sie Don Enrique. Sie brauchte Geld und suchte vor allem die Unterstützung durch eine der beiden Mächte; mit einer desinteressierten Stellungnahme der Regierungen war ihr nicht gedient. Aus diesen und den innenpolitischen Gründen schloß sie sich dem französischen Vorschlag an.

18. Man hatte es von Frankreich aus sehr geschickt verstanden, der Königin-Mutter die Initiative zu überlassen. Aber in der europäischen Öffentlichkeit wurden Motive und Triebkräfte sogleich durchschaut. Der ganze Handel erhielt dadurch einen anrühigen Charakter, daß man den Herzog von Cadix nicht im Vollbesitz seiner Kräfte glaubte, was durch das spätere Leben der Königin Isabella nicht verdeckt bleiben konnte.

19. An einem Mißverständnis, das über viele Fragen zwischen England und Frankreich aufkommen konnte, war Lord Aberdeen nicht ganz unschuldig. Er stand in enger Freundschaft zu Guizot, die die beiden auch, als Guizot 1848 nach England ging, ständig zusammenführte. Viele der wichtigen politischen Tagesfragen wurden in Briefen zwischen den beiden Ministern besprochen, sodaß die amtliche Korrespondenz oft nicht vollständig instruierte. — vgl. C. F. Greville, *Journal* II, S. 412.

glaubte, einen großen dynastischen Sieg errungen zu haben; in Wirklichkeit hatte er seine Stellung in der französischen Öffentlichkeit geschwächt durch den Bruch der Entente, wie es sich später zeigen sollte, und war in Abhängigkeit von Guizot geraten. Im Interesse seiner Familienpolitik mußte der König Guizot größere Aktionsfreiheit lassen, um von ihm ein Eingehen auf seine Pläne zu erreichen.²⁰

Die Empörung in England war ungemein groß, der Hof, die Parteien und das Volk, alle teilten die gleichen Gefühle. Die Königin schrieb in einem Brief an Königin Amalie, daß man das Resultat sehr bedauere.²¹ Persönlich war sie überzeugt, daß „Our dear Aberdeen“ es nie hätte soweit kommen lassen. — Dennoch meinte sie: „I must do Palmerston the credit to say that he takes it very quietly and will act very temperately about it.“ Diese Feststellung machte nicht nur die Königin, man begegnet ihr auch anderswo.²² Die Ruhe steht zunächst fast in einem gewissen Gegensatz zu der Tatsache, daß Palmerston die Frage der spanischen Heiraten mit einer ungeheuren Zähigkeit immer und immer wieder erörterte, während einer langen Folge

20. Der russische Gesandte in Berlin, Meyendorff, schrieb am 15. Dezember 1847 an Nesselrode: „Une dépêche chiffrée d'Arnim du 12 dit que Guizot trouvant parmi ses collègues des objections contre la marche décidée qu'il veut suivre en Suisse, a dit au Roi, de lui abandonner cette affaire et qu'en retour, lui, Guizot ne ferait pas de difficulté sur l'Espagne. Cette déclaration aurait emporté la pièce et Louis-Philippe a promis ce qu'il voulait, sans tenir compte des avis de Duchatel.“ Und Meyendorff fügte bei: „Reste à savoir, s'il ne songe pas à le trahir, comme il a trahi Thiers.“ Otto Hoetzsch, Peter von Meyendorffs Briefwechsel. Berlin 1923. II, S. 209 f. —

„Clarendon said the King had a monomania on this subject, and that Guizot rather encouraged him than not, in order that by humouring him in this point he might have his own way on all others.“ C. F. Greville, Journal. II. S. 412.

21. vgl. Stockmar, a. a. O., S. 447.

22. „Palmerston in the performance of his duty is, believe me, without a feeling of rancour, altho' a system has been pursued towards him by the French government such as few British ministers have ever been exposed to.... Men of all parties are satisfied with his conduct and revolted by such foreign interference in our concerns.“ Herbert Maxwell, Life and Letters of G. W. F. 4th Earl of Clarendon. London 1913. 13. November 1846. (Die „foreign interference“ war eine französische Intrige, die angestiftet worden war, um Palmerston in England zu Fall zu bringen). — vgl. auch: Philip Guedalla, Palmerston. London 1926. S. 269 f.

von Wochen und Monaten. Es hat den Anschein, als sei dieser Bruch der Entente Palmerston nicht ungelegen gekommen. Daß das Bündnis mit Frankreich für ihn kein Interesse mehr hatte, das haben wir schon gesehen: er nahm mit der Orientierung gegen Frankreich sein Amt auf. Durch diesen Bruch der Entente gewann Palmerston drei Resultate, die für seine kommende Politik äußerst wichtig waren: Frankreich nahm das Odium des Bruches auf sich, die englische Öffentlichkeit stand hinter Palmerston und seiner Politik, und die enge Verbindung zwischen dem englischen und dem französischen Hof war, zumindest für eine längere Zeit, gestört.²³

Für Guizot begann nun eine Zeit neuer Experimente. Des englischen Rückhaltes beraubt, näherte er sich mehr und mehr den Ostmächten. Seine Eitelkeit ließ ihn glauben, daß er damit für Frankreich eine neue und große Periode einleite.

Zweites Kapitel.

Palmerston als politische Persönlichkeit.¹

Während Lord Aberdeen, zuhause ein Politiker des gemäßigten Fortschrittes, in seiner Außenpolitik eine ausgesprochen

23. Königin Victoria und Prinz Albert waren durch wiederholte Zwischenheiraten in enge persönliche Beziehungen zu Louis-Philippe geraten; sie setzten den gegen Frankreich gerichteten Bestrebungen Palmerstons oft starken Widerstand entgegen, so z. B. im Jahre 1840, in dem Handel um Mehemet Ali. Sidney Lee, *Queen Victoria*. London 1902. S. 130.

Es wird oft geltend gemacht, daß eine Verständigung zwischen zwei befreundeten Monarchen die diplomatische Erörterung einer Frage erleichtern und beschleunigen könne. Die negative Seite solcher Familienverbindungen scheint aber mindestens ebenso groß zu sein, denn diese Verbindungen, die oft doch mehr zufälliger Natur sind, stehen in keinem Bezug zur Ratio und den naturgemäßen Interessen und Bindungen des Staates, sie unterstehen seinen Gesetzen nicht, und es entsteht so nur zu leicht durch von außen hereingetragene Interessen eine Diskrepanz zwischen den wahren Interessen der Nation und den vom Hofe angestrebten politischen Richtlinien. — Die Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen Victoria und Albert einerseits, und Palmerston andererseits liefert eine Fülle solcher Beispiele. Diese Bestrebungen des Hofes für einige Zeit in der französischen Richtung unterbunden zu haben, das war für Palmerston im Augenblick ein großer Erfolg.

1. über Palmerston vgl.

H. L. E. Bulwer (Dalling), *The Life of H. J. Temple, Viscount Palmerston*. London 1871 u. 1874.

konservative Richtung² verkörperte, war Lord Palmerston, der Umwelt als „Lord Firebrand“ bekannt und allen Monarchen Europas als Aufwiegler des Volkes gegen den schuldigen Gehorsam verhaßt, zuhause ein ausgesprochen konservativer Politiker.³ „His Liberalism in domestic matters was of a vague pattern, which never wholly lost the colour of his early political associations with the Tories.“⁴ Die Vorstellung von Palmerston als einem Radikalen oder gar Revolutionär ist irreführend. Wenn er in der Außenpolitik eine liberale Richtung einschlug, insofern, als er die liberalen Elemente in Europa zu stützen und zu fördern suchte, so tat er das aus rein realpolitischen Gesichtspunkten, aus dem Interesse Englands heraus, — so wie er es auffaßte.⁵ Als Mensch blieb er immer konservativ, und es ist auch kein Zufall, daß nach seinem Tode im Jahre 1865 in England eine Ära von Reformen einsetzte, die bis zu diesem Zeitpunkt zurückgehalten worden waren.⁶ Daß Palmerston in seiner späteren Zeit den Whigs angehörte, ist für seine politische Einstellung und Willensbildung nicht kennzeichnend; wie die englische Politik bis auf den heutigen Tag mehr eine Politik der leitenden und verantwortlichen Persönlichkeiten, als von Par-

A. E. M. Ashley, *Life and Correspondance of H. J. Temple, Visc. Palmerston.* London 1876 u. 1879.

A. Trollope, *Lord Palmerston*, London 1882.

L. C. Sanders, *Life of Palmerston*. London 1888.

J. Campbell, *Viscount Palmerston*, London, 1892 u. 1906.

Marquis of Lorne, *Viscount Palmerston*. London 1906.

Philip Guedalla, *Palmerston*. London 1926.

2. Aberdeen hatte sich im Jahre 1814 in der Schweiz im Sinne einer reaktionären Politik betätigt. Mit Metternich zusammen hatte er durch Bestechungen den Umsturz der Mediationsakte und den Plan des Bundesvertrages von 1815 herbeiführen helfen.

3. vgl. dazu Grahams Brief an Peel, vom 7. April 1850, in: Ch. St. Parker, *Life and Letters of Sir James Graham*, London 1907. II. S. 104.

John Morley, *The Life of W. E. Gladstone*. London 1903. I. S. 368.

4. Sidney Lee, a. a. O., S- 129.

5. vgl. Erich Marcks, *Die europ. Mächte u. d. 48er Revolution*. H. Z. 142, S. 80.

6. Metternich urteilte sehr scharf über diese doppelte Politik, „tantôt conservatrice 'for home consumption', tantôt révolutionnaire 'for exportation'“, die für die engl. Manufaktur-Industrie geeignet, für jede Politik aber unsinnig sei. — Metternich, a. a. O. VIII, S. 411.

teien ist, so sind viele Reformen, z. B. diejenigen von 1832, 1846 und 1867 von den Tories durchgeführt worden. Der Wechsel von den Tories zu den Whigs war im England des 19. Jahrhunderts eine häufige Erscheinung, auch Gladstone kam ja von den Konservativen her.⁷

Henry John Temple, Viscount Palmerston,⁸ war 1807 Marineminister und 1809 bis 1828 Kriegsminister in einem konservativen Kabinett gewesen; die Erinnerung an die napoleonische Zeit wurde für sein Verhältnis zu Frankreich bestimmend, er ist das Mißtrauen gegenüber Frankreichs aggressiver und sprunghafter Politik nie wieder los geworden.⁹ Die Auseinandersetzung mit Frankreich, bald in Annäherung, bald in Gegensätzlichkeit, erfüllte die ganzen Jahre seiner politischen Tätigkeit. Er blieb im Grunde mißtrauisch, und dieses Mißtrauen konzentrierte sich mit der Zeit immer mehr auf die Person und das System Louis-Philippes; es beherrschte ihn so stark, daß er sich im Dezember 1851 so sehr exponiert hat, um die Rückkehr des Orléans zu verhindern, daß die Königin und Lord Russell die lang ersehnte Gelegenheit ergreifen konnten, um Palmerston zu Fall zu bringen.

Palmerston war, als er 1846 das Außenministerium übernahm, zum dritten Male in diesem Amte, das er mit einer fünfmonatigen Unterbrechung von 1830 bis 1841 inne gehabt hatte. An Kenntnis der europäischen Regierungen und Völker und an Wissen um die Geschehnisse kam ihm in England niemand gleich, und in Europa war ihm nur Metternich darin überlegen.

7. Die englischen Parteien waren um die Mitte des Jahrhunderts nichts weniger denn starre Gebilde. Es fand ein ständiges Hin- und Herfließen statt, viele Bewegungen, wie z. B. die der Freihändler griffen über die Parteischranken hinweg, Freihändler gab es in beiden Lagern, wenn man auch die orthodoxen Protektionisten bei den Konservativen suchen muß.

8. Palmerston wurde 1806 zum ersten Male ins Parlament gewählt, damals für Cambridge. Er war Peer of Ireland; die irischen Peers sind, wenn sie nicht zu den sogenannten „representative peers“ gehören, in Großbritannien (nicht in Irland) wahlberechtigt in das Unterhaus, verlieren aber während der Zeit ihrer Wahlperiode die Vorrechte, die ihnen sonst zukommen.

vgl. F. W. Maitland, *The Constitutional History of England*. London 1908. S. 350.

9. vgl. dazu: *Selections from Private Journals of Tours in France in 1815 and 1818 by the Right Hon. Viscount Palmerston*. London 1871.

Das große Wissen und die Erfahrung, verbunden mit seinem selbstbewußten Charakter, führten dazu, daß Palmerston während seiner Amtszeit das „Monopol“ über die äußere Politik hatte. Dies führte zu ständigen Reibereien mit dem Hof und dem Premierminister, besonders in der Periode von 1846—1851; in Regierungskreisen griff langsam eine Unsicherheit um sich, man hatte das Gefühl, Palmerstons Politik nicht mehr zu verstehen.¹⁰ Russell wurde von den Kabinettsmitgliedern und vom Hofe ohne Erfolg zu einer stärkeren persönlichen Einflußnahme gedrängt.¹¹ Palmerston liebte die Außenpolitik, sie hatte für ihn eine sportliche Anziehungskraft; auch später, als Premier, hat er sich vornehmlich mit der Außenpolitik befaßt.

So einfach Palmerston als Mensch und in den von ihm vertretenen Ideen war, so kompliziert war seine Politik. Disraeli behauptete, Palmerstons Italienpolitik sei um die Hälfte zu geschickt gewesen. Faßt man Palmerston als den Vorkämpfer des liberalen oder revolutionären Prinzips auf, dann kommt man seiner Politik nicht bei. Man könnte weder seine Italienpolitik, noch sein Verhalten in Serbien und Ungarn richtig verstehen. Der Wesensunterschied zwischen ihm und Metternich ist der, daß Palmerston überhaupt nicht der Vertreter eines Prinzips war. Metternich hielt am absolutistischen Prinzip fest bis zu seinem letzten Staatsakt, noch seine Weigerung, zu demissionieren, entspringt diesen Grundsätzen. Palmerston hatte kein Prinzip, seine Nüchternheit und sein Sinn für Tatsachen hätten es ihm unmöglich gemacht. Er war reiner Realpolitiker; er hatte politische Leitsätze, die empirisch gewonnen waren und rein auf den Tatsachen beruhten. Er war der Prototyp des Engländers, der gerade durch die Abwesenheit aller spekulativen Elemente eine natürliche politische Begabung hat. Als Tatsachenmensch war er ein Mann des Kompromisses, und gerade der Kompromiß ist

10. vgl. C. F. Greville, Journal, III, S. 347.

11.„impress upon you the necessity of taking more into your hands the direction of the detailed steps of foreign matters with France.... Nobody can do it but yourself; and it is no easy matter, I am well aware, for you... Nevertheless, nobody but you can do anything, and it seems to me to be essential to the Government that it should be done.“ (Sir Charles Wood an Russell, 22. Sept. 1846.) Spencer Walpole, The Life of Lord John Russell. London 1891.

eines der typischsten Kriterien für Palmerston,¹² und es war reine englische Interessen- und Machtpolitik, wenn er auf dem Kontinent die Sache des Liberalismus vertrat, weil es die Sache Englands war, das in der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung den anderen Ländern um Jahrzehnte voraus war und durch den aufkommenden Liberalismus nur gewinnen konnte. Aber auch als Rationalist war Palmerston von der Güte und Richtigkeit der Sache überzeugt und glaubte daran, daß die Entwicklung zum Konstitutionalismus eine notwendige sei. Die Verbindung der beiden Elemente, des Glaubens und des Interesses, das was man den englischen „cant“ nennt, war bei Palmerston sehr eng. Dadurch, daß er für den Liberalismus eintrat, glaubte er, Frankreich den Wind aus den Segeln nehmen, und, aus dem Gegensatz zu Rußland heraus, die Machtpositionen des absolutistischen Prinzips schwächen zu können.

Palmerstons Politik war im Grunde die Politik einer „splendid isolation“; er war Skeptiker, nie ist seine Achtung vor anderen Staaten oder vor Menschen groß gewesen. Keine mächtige Nation könne je erwarten, daß ihr von anderen Sympathie entgegengebracht wird. Mit Hohn wandte er sich gegen die „romantic notions“ derjenigen, die glaubten, daß Nationen je durch das Gefühl einer Freundschaft zueinander geleitet werden könnten. „The only thing which makes one Government follow the advice and yield to the counsel of another, is the hope

12. Seine Einstellung zum Freihandel ist hierfür ein gutes Beispiel. „By free trade I mean trade free from duties laid on for the purpose of prevention or obstruction, but not trade free from duties laid on for the purpose of revenue, and which, in order to accomplish their purpose, must be so moderate, as not to cripple or impede commercial transactions... I am for a moderate fixed duty.“ G. H. Francis, a. a. O., 27. März 1846.

Die Freihändler Cobden und Bright gehörten zu den grimmigsten Feinden Palmerstons und seiner Politik. Die Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Länder und besonders auch die Einstellung zu Frankreich und Rußland waren nach Cobdens Ansicht für Englands Handel äußerst schädlich, und die heftige Politik war Cobden auch deswegen zuwider, weil die Rüstungen erhöht werden mußten, desgleichen die Steuern. Cobden schrieb an Bright, er und die anderen Freihandelsfreunde möchten doch versuchen: „to prevent the Foreign Office from undoing the good which the Board of Trade has done to the people.“ (24. Okt. 1846).

John Morley, *The Life of R. Cobden*. London 1881. II, S. 10.
vgl. auch: J. A. Hobson, *Richard Cobden*, London 1918.

of benefit to accrue from adopting it, or the fear of the consequences of opposing it.“¹³ Aus diesen Gründen lehnte er auch jeden Schiedsgerichtsgedanken ab: England sei durch seinen Reichtum und seinen Einfluß in der Welt nicht imstande, einen uninteressierten Schiedsrichter zu finden. Vornehmstes Ziel der Außenpolitik sei es, die Interessen des eigenen Landes aufrecht zu erhalten und zu fördern, wie das jede Nation für sich tun soll, ohne daß man sich gegenseitig verurteile, wenn der Weg nicht der gleiche ist. England brauche kein dauerndes Bündnis mit irgend einer Nation, an deren Interessen es sich anhängen müßte. Es sei stark genug, seinen eigenen Weg zu gehen, — es werde jederzeit, solange es mit Recht und Gerechtigkeit vorgehe und sympathisiere, eine andere Macht finden, mit der es ein Ziel gemeinsam anstreben könne. Aufgabe der Außenpolitik sei es, für die Zeit, die zur Erreichung des gesetzten Zieles nötig ist, eine Allianz mit dieser Macht zu schließen und diese nachher wieder zu lösen; ewig und dauernd bleiben nur die eigenen Interessen.

Wenn man die scheinbar in sich widerspruchsvolle Vielfältigkeit der Politik Palmerstons auf ihre Grundtendenzen zurückführt, dann erscheint sie uns einfach. Alle Palmerston'sche Politik hatte einzig und allein das eine Ziel: Hebung der Macht und der Autorität Englands. Die politischen Auseinandersetzungen mit den anderen Mächten vollzogen sich auf zwei wesensverschiedenen Ebenen; es sind zwei Grundideen, die oft zu einer sich vereinen, oft sich überkreuzen und gegeneinander stehen.

I. Der Gegensatz zum absolutistischen Staatssystem.

Hierher gehört Palmerstons Eintreten für den Liberalismus und für verfassungsmäßige Zustände in allen Staaten, das eventuell bis zur Einmischung in innere Angelegenheiten dieser Staaten führte, durch Stützung der liberalen Parteien. Der Natur der Sache nach waren es meist die kleinen Staaten, um die es sich

13. G. H. Francis, a. a. O., Verteidigung seiner Außenpolitik im Unterhaus, 1. März 1848.

hier handelte; Palmerstons Gegner auf dieser Ebene des Systems waren vor allem Rußland, Österreich und Preußen.¹⁴

Seine persönliche Einstellung und Überzeugung war, daß der Absolutismus ein überholtes Prinzip, ein zurückgebliebener, atavistischer Zustand sei. Es war für ihn vollkommen sicher, daß ein Umschwung über kurz oder lang eintreten werde. Würden dem Volke aber nicht zur Zeit genügende Konzessionen gewährt, so glaubte er, liege die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nahe, und dieser gefährde wiederum den Frieden Europas. Der Frieden aber war das Allernötigste, was England für seine Entwicklung und Politik brauchte. Die Revolution konnte man seiner Ansicht nach nur durch die nötigen Reformen bekämpfen. — Es ist für Palmerston kennzeichnend, daß er die Republik als Staatsform ablehnte.

Palmerston folgte der Politik von George Canning.¹⁵ Das Eintreten für konstitutionelle Ideen, für Glaubensfreiheit, Pressefreiheit usf. entsprach zumeist den englischen Interessen, der Kampf um diese Dinge war der Kampf für den englischen Einfluß in Europa. Canning hatte diese Politik in dem sogenannten State Paper of May 1820, das sich auf Spanien bezog, damals noch unter der Leitung von Castlereagh, so formuliert: „Great Britain has perhaps equal power with any other state to oppose herself to a practical and intelligible danger capable of being brought home to the national feeling. When the territorial Balance of Europe is disturbed, she can interfere with effect, but she is the last Government in Europe which can be expected or can venture to commit herself on any question of an abstract character.“¹⁶ Palmerston liebte es, sich als den Schüler George

14. Mit Frankreich stellte sich nach 1846, bis zur Februarrevolution, auch hier ein gewisser Gegensatz heraus, der latent schon früher vorhanden war (Griechenland, Spanien). Es ist aber wichtig zu betonen, daß Palmerston an die Fähigkeit und Geneigtheit Frankreichs zu einer konservativen Politik nie geglaubt hat. In seiner politischen Rechnung — (nicht in seinen diplomatischen Schritten!) — hatte er in der Zeit bis 1848 stets mit Frankreich als einem revolutionären Faktor gerechnet; das System Guizots lag für ihn nur an der Oberfläche.

15. vgl. Harold Temperley, *The Foreign Policy of Canning*. London 1925.

16. vgl. den Briefwechsel zwischen Lord Londonderry and Harold Temperley in *The Times*, 31. August und 2. September 1937.

Cannings zu bezeichnen und sich dessen Wahlspruch zu eigen zu machen, daß für jeden englischen Minister die Interessen Englands das Schibboleth seiner Politik sein sollten.¹⁷

Dieser Palmerston, wie er uns hier entgegentritt, ist der Öffentlichkeit in Europa hauptsächlich bekannt geworden, und man hat die politischen Taten, die mit der Überlieferung der Schule Cannings, d. h. mit dem Eintreten für den Liberalismus in Europa, nicht vereinbar waren, meist zu sehr unterschätzt oder als Inkonsequenz empfunden. Und doch lassen sich Palmerstons Stellungnahme gegen die revolutionären Bewegungen in Ungarn und Serbien, seine Gegnerschaft gegen Griechenland und auch sein Auftreten in China mit diesen Prinzipien nicht vereinigen.

Die Politik der Protektion aller Schwachen, die Palmerston als die natürlichen Verbündeten Englands bezeichnete, und der Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit waren das äußere Gewand, das man der Welt zeigte. Die Begründung seiner Politik findet sich aber nicht durch ein Prinzip „Palmerston believed in settling each question on its individual merits, Canning in a system based on real intellectual principles.“¹⁸

II. Der machtpolitische Gegensatz.

Palmerstons politischer Kampf ist der Kampf um das „Europäische Gleichgewicht“, die Balance of Power. Das britische Reich hatte für ihn zwei Gegner: Frankreich und Rußland.

Die Interessen Englands und Frankreichs kollidierten seiner Ansicht nach in der ganzen Welt, im Mittelmeer, in Spanien, Griechenland, Aegypten, Mexiko usf., die Rivalität ging bis in die entferntesten Konsulatsabteilungen. Hinzu kam die englische Sorge vor der militärischen Kraft Frankreichs. Der Gegensatz zu Frankreich zwang England, Belgiens Unabhängigkeit zu schützen und in Spanien sicheren Einfluß zu haben.

17. vgl. hierzu auch: Theodor Bernhardt, Lord Palmerston. Berlin 1870.

18. Harold Temperley, The Victorian Age in Politics, War and Diplomacy. Cambridge 1928. S. 48.

Der englische Gegensatz zu Rußland war womöglich noch ausgeprägter, er zog sich durch den ganzen vorderen Orient bis nach Indien und Afghanistan. Während man Frankreich durch ein Bündnis zu halten versuchte, war der Gegensatz zu Rußland eine offen anerkannte Tatsache. Die russische Macht einzudämmen, war vielleicht die vornehmste Aufgabe Palmerstons. Hier tritt nun deutlich zutage, daß diese rein machtpolitischen Interessen Palmerstons viel stärker waren als seine vorgeschützten liberalen Tendenzen. Bei einem Widerstreit zwischen den beiden Motiven entschied Palmerston sich immer für die machtpolitische Idee, für die Realpolitik, und gegen das liberale Prinzip.

Der königl. preußische Gesandte in London, Bunsen, der über ein bemerkenswert unvoreingenommenes Urteil und über eine klare Erkenntnis der englischen Realpolitik verfügte, äußerte sich in einer Rechtfertigung seiner eigenen Politik über Palmerston und seine politische Bedeutung: „Wenn dergleichen Leidenschaftlichkeiten einerseits beweisen, daß Lord Palmerston kein vollkommener Staatsmann ist, so habe ich damit auch gesagt, daß in seiner Leidenschaftlichkeit eine Gefahr ruht, vor allem für ihn selbst, aber auch sehr möglicherweise für das Ministerium, dem er angehört, ja für den Frieden Europas. Es ist aber damit auch durch diesen Umstand andererseits eine Gefahr für das Ausland gegeben, sich zu politischen Irrtümern und falschen Berechnungen verleiten zu lassen: Man kann, im Gefühle jener Tatsachen, gar leicht dahin kommen, in Lord Palmerstons Leidenschaftlichkeit und überhaupt in seiner Persönlichkeit den Schlüssel zu suchen für manches, was doch vielleicht nur die von aller Persönlichkeit unabhängige National-Politik Englands ist.“¹⁹

19. G. St. A. A. A. IA Bb ad acta 16. 17. 20. 21. London 25. Jan. 1848. Bunsen wurde wegen seiner „englandfreundlichen“ Politik von Wien und Petersburg aus sehr angefeindet, und von Canitz wurde ihm gerade in der Schweizer Angelegenheit zum Vorwurf gemacht, daß er sich nicht an seine Instruktionen gehalten, sondern eine eigene Politik verfolgt habe. Bunsen rechtfertigte sich, indem er sich bemühte, zu zeigen, daß er, da er den Verhältnissen in London angemessen gehandelt habe, in der Neuenburger Sache Wesentliches erreichen konnte, während Graf Dietrichstein, der österreichische Botschafter, nichts durchgesetzt habe. „Ew. Excellenz legen

Um Rußland einzudämmen, stützte Palmerston, so weit er das vermochte, die Macht Österreichs und der Türkei. Trotz seiner persönlichen tiefen Abneigung vor dem Metternichschen System versuchte er jede Bewegung, die gegen Österreichs Bestand und Kraft drohte, niederzuringen. Nur hieraus ist sein Widerstand gegen die ungarische Revolution zu erklären, den die Ungarn selbst nicht begreifen konnten. Damals ergab sich das groteske Bild, daß die englische Öffentlichkeit für die Revolution in Ungarn Stellung nahm, während Palmerston sie nicht unterstützte.²⁰ Pulszky gegenüber erklärte Palmerston, daß man, wenn Österreich nicht existierte, es erfinden müßte.²¹ Österreich mußte auf alle Fälle stark und als Großmacht erhalten bleiben.²² Wie Österreich war die Türkei ein Bollwerk gegen Rußland. Palmerston war ein Sanguiniker, wenn er etwas unternahm, dann wollte er und glaubte er an den Erfolg. Daß die Türkei schwach war, das hieß für ihn, daß man sie nicht noch schwächer werden lassen durfte. Wie Ungarn Österreich, so wurde Serbien der Türkei untergeordnet, denn eine Gruppe kleiner Staaten konnte die großen nicht ersetzen. In diesen Zusammen-

in dieser Beurteilung der Politik des englischen Cabinettes vielleicht mehr Gewicht auf die Persönlichkeit Lord Palmerston's, als ich, von meinem hiesigen Standpunkte sehen würde, demselben beizumessen.“ Er, Bunsen, habe in seiner „naturhistorischen Betrachtungsweise“ versucht zu erkennen, welches die reale Politik Palmerstons und welches die des Ministeriums ganz allgemein sei, und habe sich über die Elemente Rechenschaft gegeben, die in der Königin, ihrem Gemahl, im Parlament und in der öffentlichen Meinung der Nation vorhanden seien, von denen man eventuell eine andere spätere Politik erwarten könnte, aber er habe alle Spekulationen Petersburgs und des Journal des Débats auf einen Fall Palmerstons und eine Nachfolge der Tories unbegründet gefunden.

20. vgl. Charles Sproxton, Palmerston and the Hungarian Revolution. Cambridge 1919.

Fr. Pulszky, Meine Zeit und mein Leben. Preßburg 1880—83.

21. Pulszky, a. a. O. II, S. 322.

22. „Austria is a most important element in the balance of European power... The political independence and liberties of Europe are bound up, in my opinion, with the maintenance and integrity of Austria as a great European power; and therefore anything which tends by direct, or even remote, contingency, to weaken and to cripple Austria, but still more to reduce her from her position of a first-rate power to that of a secondary state, must be a great calamity to Europe, and one which every Englishman ought to deprecate, and to try to prevent.“ G. H. Francis, a. a. O. 21. Juli 1849.

hang gehören auch der Kampf gegen Mehemet Ali, sowie Palmerstons Verhalten Griechenland gegenüber, das sehr indolent war, besonders wenn es sich um einen griechisch-türkischen Streit handelte. Ein Angriff Rußlands auf die Türkei war für Palmerston schon 1833 ein *casus belli*.

Palmerston kannte den russisch-österreichischen Gegensatz auf dem Balkan und er versuchte darum Österreich möglichst auf dem Balkan und er versuchte darum, Österreich möglichst eine wunde Stelle Österreichs. Österreich könne das Land nicht beherrschen und vor allem liege die Gefahr eines französisch-österreichischen Krieges nahe, denn Frankreich werde auf alle Fälle (trotz Guizot) die Sache der Freiheit in Italien verteidigen. In einer kriegerischen Auseinandersetzung werde Frankreich Österreich schlagen, und Österreichs Existenz als Großmacht werde bedroht sein. Italien werde immer ein Grund zu einer Reibung zwischen den beiden Mächten sein, darum müsse Österreich Italien aufgeben (womit es für Palmerston ohnehin gegen Rußland wertvoller wurde). Auf jeden Fall müsse verhindert werden, daß Italien durch Frankreich befreit werde. Aus diesen Gründen setzte die rege Tätigkeit Palmerstons in Italien ein. Sein Plan ging dahin, Oberitalien zu einem starken Königreich zusammenzufassen.²⁴ Italien sollte sich selbst frei machen, und Frankreich mußte auf alle Fälle neutralisiert werden. Um

23. Metternich, a. a. O., VII, S. 605. „Sur la tendance à pousser l'Autriche vers l'Orient (1858)“. Metternich ist sehr ungehalten über die Versuche, Österreich gegen Osten zu drängen; er meint, das sei der Versuch der revolutionären Parteien, Österreich vom Occident auszuschließen, weil es einen starken konservativen Block darstelle.

24. Die Königin schrieb am 21. Aug. 1848: „Lord Palmerston will have his kingdom of Upper Italy under Charles Albert, to which every other consideration is to be sacrificed.“ Queen Victoria, Letters, London 1907.

Palmerston äußerte sich im Februar 1848 Bunsen gegenüber folgendermaßen über die italienische Frage: ... „Quant aux institutions politiques dont parle la dépêche, on ne peut pas s'attendre à ce qu'un Ministère britannique trouve mal que le Roi de Sardaigne veuille donner une constitution à ses Etats. Le Gouvernement britannique est au contraire convaincu que des institutions, non seulement administratives, mais politiques, sont le seul moyen d'empêcher qu'à la première guerre européenne l'Italie ne tombe sous le joug ou du moins sous l'influence prépondérante de la France et ne passe elle-même par une révolution sanglante.“ — Bericht Bunsens vom 16. Februar 1848. G. St. A. A. A. LA Bb 16. 17. 20. 21.

Österreich vor Frankreichs Angriff zu schützen, plante Palmerston ein Königreich Oberitalien, das die beiden Mächte auseinanderhalten sollte. In etwas überspitzter Form könnte man sagen: Die Befreiung Italiens ist in Palmerstons Rechnung ein Schlag gegen Frankreich.

Von hier aus muß auch Palmerstons Eingreifen in die Schweizer Vorgänge begriffen werden. Die Schweiz war für ihn ein Konfliktstoff zwischen Österreich und Frankreich, und der einzige Weg, dieses Problem aus der Welt zu schaffen, war nur durch die Stärkung der Schweiz selbst möglich und durch ihre Befreiung von dem ausländischen Einfluß. Nach Oberitalien sollte mit der Schweiz ein zweiter Prellblock zwischen den beiden Mächten geschaffen werden, zum Schutze Österreichs.²⁵ Der Besitz der Alpenpässe machte die Schweiz zu einem Verkehrsschnittpunkt, der auch an sich, im Interesse des europäischen Gleichgewichts in vollkommener Unabhängigkeit erhalten bleiben mußte. Die bürgerliche Freiheit, die Fragen der Erhaltung der Verträge und des Schweizer Bundespaktes waren für Palmerstons Politik doch mehr eine Zugabe; sie waren das Feld, auf dem der Kampf sich abspielen sollte. Auf dem Grunde des Problems lag das Ringen um die Erhaltung des Friedens in Europa, die Frage der Eingrenzung der Macht Frankreichs.²⁶

25. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Bericht Bunsens vom 14. April 1853. Danach ist dieser Plan in England weiter ausgebaut worden. Bunsen schrieb darüber im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage:

„Man scheint hier zu wünschen, daß Sardinien und die Schweiz sich auf den Grundsatz der Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit und Freiheit verständigen und eng verbinden möchten. Man verspricht sich von der sardinischen Regierung einen sehr wohlthätigen Eindruck auf die Schweiz.“ „In einem engen Schutzbündnis zwischen beiden erblickt das hiesige Cabinet aber auch eine Schutzmauer, nicht allein gegen despotische Übergriffe Österreichs, sondern auch gegen das hinterlistige Protectionsgelüst Frankreichs. Aus diesen Gründen wird diese politische Idee ohne Zweifel festgehalten werden. Ich glaube, daß sie in Turin und Bern sehr großen Anklang finden und in beiden den Einfluß Englands verstärken werde.“

Fr. Nippold, Chr. C. J. v. Bunsen. Leipzig 1871. III, S. 281.

26. Es ist eigenartig, daß der Deutsche Bund in der Idee Palmerstons keine große Rolle spielte. Palmerston ist mit den deutschen Problemen nie so ganz fertig geworden. Preußen stand ihm zu sehr unter dem Einfluß Rußlands, der Bruch dieser Verbindung war für ihn auch nicht so

Neben dem Eintreten für die Rechte der Völker war es vor allem seine politische Methode, die Palmerston an den Höfen Europas verhaßt und gefürchtet zugleich gemacht hat. Nicht daß seine Sprache besonders grob gewesen wäre, — sie steht an Kraft und Plastik z. B. der des preußischen Königs entschieden nach. Es war die etwas liberale Ausnützung aller Mittel, die ihm zu Gebote standen, die ihn zum „enfant terrible“ der europäischen Politik machten. Palmerston ist weder in seiner Innenpolitik noch in seiner Außenpolitik je sehr wählerisch gewesen in der Wahl der Mittel, wenn er ein Ziel unbedingt erreichen wollte.²⁷ „When people come to the point to which you wish to bring them, you ought not to be too nice about the road which they have chosen for getting there.“²⁸ Vor persönlichen Angriffen scheute er nicht zurück, sondern liebte den Kampf und fühlte sich nur wohl, wenn die europäische Bühne ein bewegtes

sicher wie bei Österreich, und dann wünschte er an sich kein all zu starkes Preußen, das die Herrschaft in der Ostsee an sich reißen würde. Die konservative Politik Friedrich Wilhelms IV. wurde von ihm scharf verurteilt und brachte ihn auch hier in Gegensatz zum Hofe, der „streng preußisch“ war. — Palmerston hat sich wohl bei Gelegenheit zugunsten einer deutschen Einigung ausgesprochen. In einem Memorandum vom 16. Sept. 1847 sprach er davon, daß England und Deutschland die gleichen natürlichen Gegner hätten, Frankreich und Rußland, daß sie beide von ihnen bedroht seien. Er sagte auch, daß für Deutschland die Gefahr in einer Verbindung zwischen Rußland und Frankreich liege, die durchaus möglich sei, wenn in Rußland mal nicht mehr Nikolaus I. und in Frankreich mal nicht mehr Louis-Philippe regierten. — vgl. Memorandum an den Prinz Albert, in: Theodore Martin, *The Life of His Royal Highness the Prince Consort*. London 1875—80. I, S. 447. — Sidney Lee, a. a. O., S. 207 f.

Über Palmerstons Reise in Deutschland, 1844, vgl. Marquis of Lorne, a. a. O., S. 83 f.

27. Der Sekretär an der amerikanischen Gesandtschaft in London warf die Frage auf, ob Palmerston in seinem diplomatischen Verkehr unwahrhaft gewesen sei. Er hatte ihn stark in diesem Verdacht, war aber nach 40 Jahren vom Gegenteil überzeugt: „Palmerston told no falsehoods; made no professions; concealed no opinion; was detected in no double dealing.“ — Die Schwierigkeit im Verkehr mit Palmerston fand er gerade in dessen Unkompliziertheit. „Palmerston was simple — so simple as to mislead the student altogether... The world thought him positive, decided, reckless; the record proved him to be cautious, careful, vacillating.“ *The Education of Henry Adams. An Autobiography*. Boston and New York 1918 S. 164.

28. Aus einem Briefe an Clarendon aus dem Jahre 1857, (H. Maxwell, a. a. O., II. S. 300 —).

Leben zeigte. Er liebte die Politik und die diplomatischen Auseinandersetzungen, das diplomatische Spiel hat er mit artistischer Meisterschaft gehandhabt.²⁹ Er nahm jeden Kampf an, wenn er für ihn einen Sinn hatte, aber es wäre ganz verfehlt, neben dieser sportlichen Kampfeslust die Nüchternheit und Kaltblütigkeit zu übersehen, die Palmerston nie die Kontrolle seiner selbst verlieren ließen. Man hat immer und immer wieder behauptet, — und man trifft diese aus dynastischen Vorstellungen stammende Ansicht noch in ganz neuen Werken —, Palmerston sei in der Schweiz gegen den Sonderbund aufgetreten, um Rache an Guizot zu nehmen für den Affront, den dieser ihm durch die spanischen Heiraten angetan habe. Abgesehen davon, daß diese Anschauung einer dem Engländer fremden Einstellung entspricht, verfälscht sie das Problem. Palmerston ertrug persönlich harte Angriffe, er hat nie aus einer Empfindlichkeit oder Eitelkeit heraus gehandelt. Er handelte überhaupt nicht aus persönlichen Motiven, alle seine Maßnahmen und Unternehmungen sind durch die Staatsraison begründet, so wie er sie aufgefaßt hat. Das Eingreifen in die Schweizer Wirren hatte einzig und allein politische Gründe, und wenn der schließliche Erfolg des Liberalismus in der Schweiz für ihn doch auch ein persönlicher Erfolg war, dann liegt das in der Fähigkeit des englischen Politikers zur Objektivierung der Persönlichkeit.

Liest man die Memoiren dieser Zeit, wie sie in England von beinahe jedem bedeutenderen Politiker vorliegen, dann fragt man sich oft, wer denn nun eigentlich hinter Palmerston und seiner

29. „Every new Minister or Ambassador at the Court of St. James received this preliminary lesson that he must if possible, keep out of Palmerston's reach. The rule was not secret or merely diplomatic. The Queen herself had emphatically expressed the same opinion officially.“ Adams, a. a. O., S. 133.

In ähnlichem Sinne berichtet der Zeitungsverleger Robinson, wie Palmerston von den Journalisten gemieden wurde, weil er sie durch seine Kenntnis der Details und seine joviale Art wehrlos zu machen pflegte. vgl. John R. Robinson, *Fifty Years of Fleet Street*. London 1904. S. 224.

(Palmerston pflegte im Gesandtschaftsverkehr, wenn er sich über eine Vertretung geärgert hatte, seine Mißstimmung oft dadurch auszudrücken, daß er am Ende neuer Instruktionen die Schrift und die Tinte mit der die Berichte geschrieben waren, als unleserlich rügte; z. B. im Falle der Wiener Vertretung ist das wiederholt zu konstatieren.)

Politik stand. In allen Lagern hatte man eine starke Reserve, wenn nicht Ablehnung gegen seine Person. Sie entsprang einem Gefühl allgemeiner Unsicherheit, weil man Palmerstons Politik nicht verstand; man wußte nicht, was er letzten Endes anstrebte. Die Kenntnis europäischer Länder und Verhältnisse war bei dem „average Englishman“ der damaligen Zeit nicht gerade überwältigend, und Palmerston verstand es, sie alle durch eine Fülle von Einzelheiten zu verblüffen. Er scheint es geliebt zu haben, daß ihn niemand recht verstand, denn das war eines seiner Kampfmittel.³⁰ Man kannte Palmerstons Temperament und fürchtete stets, daß er das Land in kriegsrische Verwicklungen hineinziehen werde, trotzdem er ständig seine Friedensliebe betonte.³¹ Seine Taktik im Parlament ging auch darauf aus, über seine letzten Absichten sich auszuschweigen.³² Palmerston verfügte über einen gesunden und trockenen Humor, mit Hilfe dessen er seine Gegner zu treffen suchte, auch hier nicht sehr wählerisch und ohne großen geistigen Aufwand. John Russell und das ganze Kabinett hatten wenig Ahnung, wohin Palmerston sie zu führen gewillt war, denn sie wurden selten und nur unvollkommen orientiert, und Russell war Palmerston in keiner Weise gewachsen.³³ Als Außenminister war Palmerston völliger Autokrat und er unternahm öfters Schritte, von denen er weder

30. vgl. C. F. Greville, Journal, III, S. 347.

31. „They could not charge me with having involved the country in war, because in fact we had maintained peace; and the only thing which was left for them to say was that my policy had a tendency to produce war, and I suppose they would argue that it was quite wrong and against all rule that it did not do so.“ — Marquis of Lorne, a. a. O., S. 89.

32. „Often when he got up to speak no one could have guessed to what opinions he was going to give utterance, and at times they were no wiser when he had got half-way through his discourse. The plate was kept spinning in the air with such dexterity, sometimes one side being visible, and sometimes the other, that lookers-on began to wonder whether the judicious performer had really made up his mind, or whether he was not considering the pros and cons as he went along.“ — Robinson, a. a. O., S. 74.

33. Bezeichnend für die allgemeine Ungewißheit der Öffentlichkeit über Palmerstons wirkliche Absichten war, daß man nach seinem Sturze im Dezember 1851 keine Ahnung hatte, welcher Parteirichtung er sich nun anschließen werde. „The Protectionists and the Radicals both want a leader, and either course is open to him“. Graham an Aberdeen, 25. Dezember 1851. — Chr. St. Parker, a. a. O., II, S. 143.

Russell noch die Königin vorher informierte, die ihn schließlich zu dem bei Hofe bestgehaßten Mann machten.

Der Kampf um die Macht zwischen der Königin und Palmerston hat eine gewisse historische Bedeutung, indem es dem Minister gelang, die Königin während seiner Amtszeit immer mehr aus den Regierungsgeschäften zu drängen,³⁴ und die Königin weinte ihm keine Träne nach, als er 1865 starb. Victoria stand durch Erziehung und Heirat unter einem gewissen deutschen Einfluß und hatte eine hohe Idee von ihrer persönlichen Aufgabe, worin sie von Prinz Albert unterstützt wurde; bei aller geistigen Einfachheit besaß sie großen Arbeitseifer und ein starkes Pflichtbewußtsein. Es ist ihr bleibendes Verdienst, daß sie das Ansehen der Monarchie im eigenen Lande wiederherstellte, obgleich sie in der ersten Zeit ihrer Regierung nicht populär war. — Sie mußte in Palmerston ihren stärksten Gegner finden, der ihr an Wissen und Verstehen so weit überlegen war, daß sie den Kampf allein nicht gewinnen konnte, insbesondere da Palmerston nicht gewillt war, nachzugeben oder entgegenzukommen. Der Prinzgemahl pflegte lange Memoranden über außenpolitische Themen und Probleme abzufassen, die ihn und die Königin beschäftigten. Palmerston hörte sie ruhig und geduldig mit an, aber er handelte nachher genau so, wie er es sich zuvor vorgenommen hatte. Mit der Zeit merkte Prinz Albert auch, daß seine Bemühungen auf Palmerston keinen Einfluß hatten.³⁵

Verfassungsrechtlich gesehen war Palmerston im Rechte, denn die Königin trat mit Auffassungen und Ansprüchen an ihn

34. Der Vorgang des Hinausdrängens der Krone begann schon unter George I. Man führt es zu einem Teil darauf zurück, daß der König der englischen Sprache nicht mächtig war und sich für die englischen Dinge nicht interessierte. Sir Robert Walpole war dann der erste Kabinettschef, der zurücktritt, weil er das Vertrauen des Unterhauses nicht mehr hat, obschon ihm das Vertrauen des Königs erhalten geblieben ist. Walpole hat das mit dem vollen Bewußtsein der Folgen getan; seit dieser Zeit wird die englische Geschichte nicht mehr durch die Thronfolge der Souveräne gegliedert, sondern durch den Wechsel der Ministerien. — vgl. John R. Marriot, *The Mechanism of the Modern State*, Oxford 1927, I S. 185 f.

35. „Palmerston and the Prince were probably in disagreement as to the past history and future destiny of every country in Europe“. Sidney Lee, a. a. O., S. 208.

heran, die der englischen Tradition widersprachen,³⁶ und die den deutschen Verhältnissen entnommen waren. Sie hat vor allem versucht, das Außenministerium unter ihre Gewalt zu bringen; dies entsprach ihren dynastischen Bedürfnissen, mit den ihr befreundeten Monarchen in Europa in engere Beziehungen zu kommen. Palmerston hat ihr das verwehrt. Seiner Auffassung nach hatte ein Minister nur Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament, nicht gegenüber der Krone. Ein Minister, der sich an die Krone binde und nicht dem Parlament gegenüber sich verantwortlich halte, meinte er, der werde mit seinem Sturz auch den der Krone mit sich ziehen. — Der Krone steht in England kein Recht zu, die Arbeit eines Ministers zu kontrollieren oder zu zensieren, und da Palmerston seinen eigenen Weg ging, versuchte die Königin, ihn los zu werden. Sie widersetzte sich jeder Regierungsbildung, in die er einbezogen werden sollte. Im Dezember 1851, als Palmerston so voreilig Napoleon gegenüber sein Einverständnis mit dem Staatsstreich ausgesprochen hatte,³⁷ frohlockte die Königin, denn nun hatten sie und Lord Russell endlich den lang ersehnten Anlaß gefunden, Palmerston zu stürzen. Von Lord Russell behauptete man nachher boshaft, er sehe sich zum ersten Male an der Spitze seines eigenen Kabinetts.³⁸

36. Die Königin hatte keine Exekutivgewalt. „She must sign her own deathwarrant if the two Houses unanimously send it up to her“. Walter Bagehot, *The English Constitution*. London 1867. S. 83. — Vgl. auch: Sidney Low, *The British Constitution*. London 1928.

37. An den Sturz Palmerstons im Jahre 1851 knüpften sich eine Reihe erregter Geschichten über Intrigen, an denen auch der Prinzgemahl sehr aktiv beteiligt gewesen sein sollte. Im breiten Lande war das Ergebnis ein Prestigeverlust für die Krone. — vgl. „Lord Palmerston and Prince Albert“ („Palmerston: what has he done?“) London 1854. — David Urquhart, *The Queen and the Premier*. London 1857. Lytton Strachey, *Queen Victoria*. London 1928. M. Airlie, *Lady Palmerston*. London 1922. II, S. 121.

38. Ch. St. Parker, a. a. O., II, S. 147.
Über Palmerston und Russell:
The Two Great Statesmen. A Plutarchian Parallel between Earl Russell & Viscount Palmerston. London 1862.
August Laugel, *Lord Palmerston et Lord Russell*. Paris 1877.
Über Russell:
Spencer Walpole, *The Life of Lord John Russell*. London 1891.
G. P. Gooch, *The Later Correspondence of Lord John Russell*, London 1925.

Für beide, Russell und Victoria, blieb es ein kurzer Erfolg. Russell wurde kurze Zeit darauf von Palmerston selbst gestürzt, und die Königin mußte sich mit der Zeit davon überzeugen lassen, daß Palmerston „einfach unabsetzbar“ war. Im gleichen Maße, in dem er die Sympathie der Krone verlor, gewann er an Popularität im Lande, vor allem in den Kreisen des Bürgertums. Er, der oft beinahe alle bedeutenden Köpfe im Parlament gegen sich sah, schien unverletzbar. An keine Partei gebunden, verstand er es in meisterhafter Weise, an die Gefühle des Durchschnittsengländers jener Zeit zu appellieren, — oft durch Plattheiten und Gemeinplätze, aber immer mit Erfolg. Die Public Opinion war für Palmerston;³⁹ er wußte genau, in welcher Weise man die Öffentlichkeit erfassen konnte. Seine Popularität beruhte eben auch mit darauf, daß er sich als der Prototyp des Durchschnittsengländers gab. Palmerston erreichte das scheinbar Unmögliche: er machte die äußere Politik in England populär, denn unter seiner Führung gewannen politische Streitigkeiten das Gesicht persönlicher Rivalitäten. Er kannte die menschlichen Eigenschaften und Schwächen seiner Landsleute zu genau, um sich ihrer bei seinen Aktionen nicht virtuos zu bedienen.⁴⁰ Wie er es fertig brachte, in einer Parlamentsdebatte

39. Über Palmerston und die Public Opinion vergleiche:

B. Kingsley Martin, *The Triumph of Lord Palmerston*. London 1924.

40. Das berühmteste Beispiel echt Palmerston'scher Demagogie ist die große *Civis Romanus*-Rede, die Rede, die in der Geschichte der Redekunst im britischen Parlament historische Geltung erlangt hat und als Beispiel dafür dient, wie England die Interessen des britischen Bürgers in der ganzen Welt zu vertreten habe. ... „I fearlessly challenge the verdict which this House is to give on the question whether, as the Roman in days of old held himself free from indignity when he could say „*Civis Romanus sum*“, so also a British subject, in whatever land he may be, shall be confident that the watchful eye and the strong arm of England will protect him against injustice and wrong.“

Daß dieser „British subject“ eigentlich ein in Gibraltar geborener portugiesischer Jude war, war vielleicht ein Schönheitsfehler in dem großen Pathos dieses Appells, Palmerston hatte aber den Erfolg auf seiner Seite und rettete sich mit einer großen Mehrheit aus einer Situation, die für ihn völlig unhaltbar schien. Er hatte sich in der Don Pacifico-Affäre durch sein herausforderndes Vorgehen gegen Griechenland, (das von Rußland und Frankreich gedeckt wurde) so exponiert, daß ein konzentrischer Angriff gegen ihn geführt wurde, in dem er die bedeutendsten Redner des Parlaments gegen sich hatte (Gladstone, Peel, Disraeli, Cobden, Graham, Bright);

der Festlegung seiner Politik aus dem Wege zu gehen, um so die volle Handlungsfreiheit zu behalten, die seinen autokratischen Bedürfnissen entsprach, so vermochte er England davon zu überzeugen, daß nur durch ihn eine sichere Politik geführt und die englischen Belange mit Nachdruck vertreten werden konnten.⁴¹ Die Mißerfolge im Krimkrieg brachten Palmerston 1855 an die Spitze der Regierung; die Königin mußte sich schweren Herzens dazu entschließen, dem Mann, „der unser ganzes Leben verbitterte“, ihr Vertrauen zu schenken. Palmerston blieb Prime Minister, mit Unterbrechung eines Jahres, bis zu seinem Tode am 18. Oktober 1865; noch die kurz zuvor erfolgten Parlamentswahlen hatten eine Mehrheit für ihn ergeben.

auch Russell stand diesem Angriff nicht unsympathisch gegenüber, denn er wäre seinen Außenminister gern los geworden. Nachher mußte er resigniert bekennen, daß der Angriff aus Palmerston den populärsten Mann gemacht habe, und daß er als „der englische Minister“ in die Geschichte seines Volkes eingehen werde. (Juni 1850).

vgl. Ch. F. Greville, *Journal*, III, S. 347 f. u. 361 f.

Ch. St. Parker, a. a. O., II, S. 108 f.

J. A. Hobson, a. a. O. S. 63 f.

John Morley, Cobden, II, S. 73 u. Morley, Gladstone, I. S. 368.

41. Eine interessante Einzelheit dazu liefert die Geschichte der Parlamentsauflösungen. Seit der Reformakte vom Jahre 1832 bis zu Palmerstons Tod war das Parlament fünfmal vorzeitig aufgelöst worden. Viermal ergab sich bei den Neuwahlen eine Mehrheit gegen die auflösende Regierung, nur im Jahre 1857 erhielt die auflösende Regierung eine Mehrheit für sich; damals hatte Palmerston das Parlament aufgelöst.

Berichtigung.

Statt Seite 42 Zeile 7 und 8 lies:

auf dem Balkan und er versuchte darum, Österreich möglichst auf den Balkan zu drängen.²³ Italien war in seiner Anschauung

III. TEIL.

Die Politik Palmerstons in der Krise des Schweizer Sonderbundes.

Erstes Kapitel.

Palmerston und die Interventionspolitik Metternichs.

Die Ereignisse und Zustände in der Schweiz gewannen für Palmerston mit dem Augenblick an Interesse, als die Entente cordiale mit Frankreich entzweigebrochen war. Palmerston sah über die augenblickliche Regierung Frankreichs und ihre Tendenzen weg auf das Land; die Schweizer Angelegenheit konnte in seiner Meinung nach einem anfänglichen Zusammengehen der Mächte leicht zu einem Konfliktstoff werden. 4

Palmerston versuchte, die Mächte zu einer Stellungnahme gegen die Politik zu bewegen, die Frankreich mit den spanischen Heiraten verfolgt hatte, vor allem sollte dafür gesorgt werden, daß kein Nachkomme Louis-Philippes auf den spanischen Thron käme. Aber Metternich wollte sich diese Gelegenheit nicht verscherzen, er hatte das, was sich jetzt anbahnte, schon einige Zeit erwartet. In seiner Antwort auf die Anfragen und Anträge Palmerstons verstand er es geschickt, einer Stellungnahme überhaupt aus dem Wege zu gehen, indem er erklärte, die Einführung der weiblichen Thronfolge sei ohne die drei Höfe von Wien, Berlin und St. Petersburg vollzogen worden, es sei ihnen also nicht wohl möglich, sich zu der Frage der spanischen Heiraten zu äußern, sie müßten sonst gegen die Einführung der weiblichen Thronfolge überhaupt ihren Protest abgeben. Im übrigen sei es letzten Endes die Sache Spaniens selbst, diese Frage zu erledigen.¹ Daß Frankreich nicht un-

1. Metternich, a. a. O. VII, S. 272 f., 277 f., 383 f. und 387 f.

schuldig sei am Bruch der Entente, glaubte Metternich annehmen zu können;² er sah den Grund zu der Streitigkeit in der Rivalität zwischen England und Frankreich um ihren Einfluß in Spanien. Metternich erwartete eine kommende heftige Auseinandersetzung zwischen den beiden maritimen Mächten; für die drei Höfe sei es jetzt das Gegebene, sich vorsichtig beiseite zu halten, bis man gebraucht werde und seine Hilfe teuer verkaufen könne.³

Angesichts der Spannung zwischen England und Frankreich war die völlige Einverleibung Krakaus in das habsburgische Reich, am 6. November 1846, für Metternich kein allzu großes Wagnis.⁴ Die Einverleibung hatte in der europäischen Öffentlichkeit einen gewaltigen Protest hervorgerufen; England und Frankreich konnten sich aber angesichts des soeben Geschehenen zu keinem gemeinsamen Protest zusammenfinden, und Einzelaktionen hatten keinen Erfolg, so sehr man gegen diese Verletzung des Vertrages von 1815 protestierte.⁵

Palmerston war durch Krakaus Fall in seinen Dispositionen unterbunden worden. Die Erregung der Öffentlichkeit in England verlangte eine eindeutige Protestaktion, und die

2. „Ce qui est clair, Monsieur le comte, c'est que dans toutes les phases de sa conduite le Roi Louis-Philippe a suivi un plan, et que le couronnement de ce plan se trouve dans l'union de son fils avec l'Infante, héritière du Trône dans l'ordre de succession établi par la constitution espagnole actuelle et jouissant en même temps d'une riche dot personnelle. — Le Roi a ainsi deux cordes à son arc, dont l'une ne lui fera pas défaut.“ Metternich, a. a. O., VII, S. 280.

3. „Les trois Cours qui occupent la clef de la position doivent rester unies dans l'attitude qu'elles ont eu la haute sagesse de se réserver; elles doivent rester fermes dans cette attitude, et attendre que les Cours qui se sont lancées dans une arène sans limites, en n'ayant ni but deffinissable ni prétexte abouable, viennent à elles pour les aider à sortir d'embarras.“ An Handel (Berlin), 6. Okt. 1846. — Metternich, a. a. O., VII, S. 276.

4. vgl. Metternich, a. a. O., VII, S. 281 f. und S. 359 f.

5. An dieser Stelle muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Neutralitätserklärungen der Schweiz und Krakaus substantiell stark verschieden waren. Im Unterschied zu der Lage inbezug auf die Schweiz wurde die Neutralität Krakaus 1815 künstlich geschaffen, sie schloß eine Garantie und Protektion der Nachbarmächte ein, ebenso wurde Krakaus Verfassung garantiert, und der Präsident und der maßgebende Teil des Verfassungsrates wurden von den Mächten ernannt. Krakau hatte weder Armee, noch Asylrecht. — vgl. dazu: P. Schweizer, a. a. O., S. 613.

Hoffnung, mit Hilfe der drei Mächte Frankreich zum Nachgeben in der Spanienfrage zwingen zu können, war verflogen.⁶

Sowie die englisch-französische Spannung akut wurde, unternahm Metternich im Oktober 1846 einen neuen Versuch, Frankreich zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Schweiz zu bewegen.⁷ Durch den Umschwung zum ausgeprägten Radikalismus in Bern, Anfang 1846, der den Führer des zweiten Freischarenzuges an die Spitze der Regierung gebracht hatte, die 1847 die Geschäfte des Vororts übernahm, und durch die Revolution in Genf vom 7. Oktober 1846 war die Gefahr für die Orte des katholischen Sonderbundes immer bedrohlicher geworden.⁸ Am 4. September 1846 hatten 10 Voll-Kantone dafür gestimmt, daß der Sonderbund als ungesetzlich erklärt werde. Genf fügte nun die elfte Stimme bei; die Aussichten waren fatal geworden, denn es fehlte nur noch eine Stimme, um einen Mehrheitsbeschluß zustande zu bringen.

Metternich versuchte, am 11., 16. und 20. Oktober 1846 von Guizot zwei Dinge zu erreichen: einmal, daß die Gesandten der Garantiemächte als Protest gegen die neue radikale Regierung in Bern nicht, wie üblich, zum Jahreswechsel ihren Sitz nach dem neuen Vorort verlegen, sondern in Zürich bleiben sollten, und dann, daß die Mächte durch separate, aber identische Noten erklären sollten, daß sie nur so lange gewillt seien, mit dem Vorort in freundschaftlichem Sinne zu verkehren, als Tagsatzung und Regierung fest auf ihrer Basis, dem Bundesvertrag von 1815, verharren.

6. Palmerston schrieb erregt darüber in einem Privatbrief vom 17. Nov. 1846 an den englischen Gesandten in Petersburg, Lord Bloomfield: „It is very disappointing to us, that just at the moment when the bad Faith of France was tending to lead us into closer Connection with the 3 Powers, this flagrant violation of Treaty Engagements about to be committed by them will drive us away from the Connection which we were wishing to establish.“ Bloomfield Papiers. F. O. 356/29.

7. Metternich, a. a. O., VII, S. 178 f. 19. Oktober 1846, über die Vorschläge an Frankreich.

8. Metternich hielt den Umschwung in Genf für den ersten Sieg des revolutionären Proletariats. Guizot hatte vor der Genfer Revolution das Wort geprägt, auf das er so stolz war: „Le sort de Loyola en Suisse dépend en ce moment de Calvin.“ (Guizot, a. a. O., VIII, S. 437). Allerdings stimmte das nicht ganz, denn „Schicksalskanton“ wurde schließlich St. Gallen.

Guizot antwortete am 22. Oktober: die Zustände in der Schweiz seien allerdings sehr bedauerlich und besorgniserregend. Das Ziel könne aber nur in einer Befriedung der Schweiz liegen, die ohne Gewalt herbeigeführt werde. Eine Intervention dürfe man aber nicht wagen, da sie dem schweizerischen Nationalgefühl unerträglich wäre und einen großen Widerstand hervorrufen würde. Man müsse abwarten, bis die Lage in der Schweiz so unhaltbar geworden sei, daß der Ruf nach einer Vermittlung von dem Lande selbst ausgehe.⁹

Damit war die von Metternich eingeleitete Aktion ein zweites Mal gescheitert. Guizot wagte in diesem Augenblick noch nicht, von der traditionellen Politik Frankreichs so schroff in ein neues Geleise abzubiegen, der Gegensatz zu England stand noch nicht auf seinem Höhepunkt. Guizot hatte zudem am Beginn des nächsten Jahres die spanischen Heiraten vor den beiden Kammern zu verteidigen, was aller Erwartung nach nicht leicht werden konnte; er hätte nicht im gleichen Augenblick noch den Anschluß von Frankreichs Politik an die der drei Ostmächte verteidigen können, denn diese Wendung mußte noch unpopulärer sein, als Louis-Philippes Heiratspolitik.

Die Gesandten der drei Kontinentalmächte verblieben 1847 nach Metternichs Vorschlag in Zürich, um zu der politischen Stellung des neuen Vororts demonstrativ ihre Mißbilligung auszudrücken. Das Fernbleiben von Bern machte sich für sie selbst später störend bemerkbar, denn sie hatten sich so vom Anschluß an die Geschäfte zu einem großen Teile selber ausgeschlossen. Am 10. Januar überreichten sie die geplanten Erklärungen, die österreichische und preußische identisch, die russische, dem Bedürfnis entsprechend, in etwas verschärftem Tone: Die Mächte seien nur so lange gewillt, die gewohnten freundschaftlichen Beziehungen einzuhalten, als die Bedingungen des Bundesvertrages von 1815 durch die unverbrüchliche Aufrechterhaltung der nur für bestimmt ausgesprochene Bundeszwecke beschränkten Kantonsouveränität gewährleistet sei. — Diese Erklärungen wurden als Provokation aufgefaßt, denn weder war für ihre Abgabe im Augenblick ein Grund vor-

9. vgl. Guizot, a. a. O., VIII, S. 449 f.

handen, da nichts Verfassungswidriges sich ereignet hatte, noch stand den Mächten überhaupt ein Recht zu solchen Kontrollanmassungen zu.

Der Schritt mußte mißlingen, da er nur von dreien der Garantiemächte unternommen worden war. Der neue Präsident Ochsenbein erklärte in seiner Antwort vom 14. Januar 1847, daß diese Eröffnung der Beziehungen reichlich ungewöhnlich sei und der Tradition früherer Vorgänge wenig entspreche. Der Vorort werde die Pflege guter Beziehungen zum Ausland sich stets angelegen sein lassen, über die Leitung der eidgenössischen Geschäfte sei er aber nur den mitverbündeten Kantonen verantwortlich; der Vorort würde jeden allfälligen Einmischungsversuch in die inneren Angelegenheiten der Schweiz entschieden ablehnen.¹⁰

Guizot hatte in der Zwischenzeit Vorkehrungen getroffen, um in Zukunft, wenn die Parlamentsdebatten überstanden waren, ein Zusammengehen mit den drei Mächten in der Schweiz zu erleichtern. Der französische Gesandte in der Schweiz, M. de Pontois, hatte sich bisher stets geweigert, mit den Gesandten der drei Mächte gemeinsam vorzugehen. Guizot berief ihn ab und setzte Graf Bois-le-Comte an seine Stelle. Bois-le-Comte, ein übereifriger, ultrareaktionärer Katholik, stellte sich sofort an die Spitze der den Radikalen feindlichen Diplomaten in der Schweiz; in kurzer Zeit hatte der „Holzgraf“, wie er von den Radikalen genannt wurde, sich durch seine übereifrige Betätigung im konservativen und katholischen Sinne zum unbeliebtesten Manne in allen Kreisen der Mehrheit gemacht, und trug durch seine stets betonte Gegnerschaft das seine dazu bei, die Beziehungen der Schweiz zu Frankreich zu verschlechtern.¹¹

10. vgl. „Communications between the Representatives of Austria, Prussia and Russia, in Switzerland, and the President and Executive Council of Berne, on the Occasion of the Assumption by the Latter.“ Parliamentary Papers. London 1847. (in gekürzter Ausgabe auch in Corr. rel., S. 133 f.).

11. Der frühere Präsident des Zürcher Großen Rats, Bluntschli, ein Liberal-Konservativer, hatte mit Bois-le-Comte ein Gespräch über die Schweizer Fragen, während dessen er ihn von der Notwendigkeit einer Lösung zu überzeugen versuchte. Bois-le-Comte meinte aber, die eidgenössischen Fragen seien einfach nicht zu lösen, darum müsse man sie

Am 15. Dezember 1846 war Bois-le-Comte nach der Schweiz gekommen; in einem Bericht an Guizot schrieb er, es erscheine ihm als sehr angebracht, wenn Guizot sich gleich mit Österreich und dem französischen Kriegsministerium über die Aktion einer bewaffneten Intervention in Verbindung setze, um alle Fragen zu klären. Bois-le-Comte werde in der Schweiz dann den Oberbefehl selbst ausüben, wenn die Truppen nur erst da seien: „une fois en Suisse, il ne peut y avoir, pour tout ce qui est français, qu'une seule direction; tout le reste nous jette dans l'anarchie, et nous venons la combattre, non la faire.“¹² Guizot erschrak, als er diese Depesche erhielt, das Kriegsspiel, von dem Bois-le-Comte träumte, war gerade, was Guizot Frankreich nicht zumuten durfte; dazu war es während der Kammerdebatten noch nicht möglich, irgend welche Schritte in der Schweiz zu unternehmen, die einen unfreundlichen Charakter getragen hätten. „Venez sur-le-champ à Paris et, en laissant M. de Reinhard chargé d'affaires, donnez-lui pour instruction de rester dans un complet statu quo.“¹³ In Paris wurde Bois-le-Comte dann eingehend von Guizot instruiert und zur Vorsicht gemahnt. In der Instruktion betonte Guizot: daß jede Idee an eine Intervention zu vertagen sei, und daß die Verständigung mit England über die Schweizer Fragen trotz Metternichs Bedenken angestrebt werden müsse.

Nachdem auch Louis-Philippe im gleichen Sinne auf Bois-le-Comte einzuwirken versucht hatte, reiste dieser wieder nach der Schweiz zurück.¹⁴

fallen lassen; auch die Jesuitenfrage zu diskutieren sei völlig zwecklos. J. C. Bluntschli, a. a. O., I, S. 421.

12. Bois-le-Comte an Guizot, 6. Januar 1847. Guizot, a. a. O., VIII, S. 463 f.

13. Guizot an Bois-le-Comte, 10. Januar 1847. Guizot, a. a. O., VIII, S. 466 f.

14. Guizot schreibt am Schlusse des Kapitels seiner Memoiren über die Schweizer Vorgänge, er habe zwei Fehler gemacht: 1. er habe sich in Bois-le-Comte getäuscht, der, obschon sehr fähig, als eifriger Katholik zu sehr den Erfolg der kathol. Sache erhoffte. 2. Bois-le-Comte wiederum habe sich aus dieser Hoffnung heraus zu sehr über die tatsächlichen Kräfte der beiden Parteien getäuscht. Guizot, a. a. O., VIII, S. 516.

Man muß dagegen einwenden, daß Guizot von Bois-le-Comtes Maßlosigkeit unterrichtet war, und daß er ihn ja jeder Zeit hätte abberufen können. — Die Memoiren Guizots, die erst viele Jahre nach den Ereignissen geschrieben worden sind, sind mit der bestimmten Absicht einer Rechtfertigung geschrieben.

Man hatte von Seiten der drei Mächte versucht, auch Palmerston zu dem oben erwähnten Schritt zu bringen. Palmerston brauchte seine Weigerung nicht ausführlich zu begründen; in dem schon zitierten Brief vom 17. November 1846 an Lord Bloomfield (siehe Anm. 6 S. 53) schrieb er: „You say that the Emperor is anxious about Switzerland, but what can we do now about Switzerland after what the 3 Powers are going to do about Cracow? They want us to join them in intimating to the Swiss Diet that the Treaty of Vienna requires the Maintenance of Cantonal Sovereignty and that a Unitarian Republic would be contrary to the Treaty; and we are expected to go to Berne with this Declaration in Company with Three Powers who have just determined to violate Five or six articles of the general Treaty of Vienna by destroying the free State of Cracow and adding it to the austrian Dominions This act of the 3 Powers sweeps away all Law in Europe, and establishes the old Faustrecht or Club Law in its stead.“ —

Palmerston war jedenfalls durch den Vorschlag Metternichs nicht überrascht worden. Schon vorher hatte er erkannt, daß die Schweizer Frage von großer Bedeutung für eine Auseinandersetzung sein werde; auch bei ihm erfolgte Ende 1846 — Anfang 1847 eine Klarstellung der Beziehungen zur Schweiz, unmittelbar im Anschluß an die spanischen Heiraten.

In den Akten des englischen Ausw. Amtes liegt vom Oktober 1846 ein vertrauliches, gedrucktes Memorandum vor, das in einem Umfang von 40 Seiten die Einzelheiten der Entstehung der Streitigkeiten in der Schweiz behandelt.¹⁵ Es setzt mit einer Schilderung der Vorgänge im Jahre 1830 ein und enthält von 1841 an die detaillierten Berichte Moriers aus der Schweiz über alle wesentlichen Vorgänge bis zur Revolution in Genf. Zum Schluß ist auf die Möglichkeit einer Wendung in der Stellungnahme St. Gallens hingewiesen, und es wird die Frage aufgeworfen, ob vielleicht in Basel-Stadt eine Revolution, ähnlich derjenigen in Genf, sich ereignen werde. Die Folgen der Regierungsübernahme durch Bern im Jahre 1847 werden als ungewiß

15. „Memorandum. Dissensions and Disturbances in Switzerland. F. O. October 1846. confidential.“ Stratford Canning Papers. F. O. 352/30.

bezeichnet. Dieses Memorandum weist darauf hin, daß das Kabinett, nicht nur Palmerston, sich intensiv mit der Frage beschäftigt haben muß.

Die offizielle Korrespondenz von London nach der Schweiz enthält in diesen Monaten keine Instruktionen von Belang. An kleinen und scheinbar nebensächlichen Dingen läßt sich aber leicht feststellen, welche Politik Palmerston in der Schweiz zu verfolgen gedachte. Der englische Gesandte in der Schweiz, David Morier,¹⁶ hatte eben zwei unangenehme Erlebnisse hinter sich. Sein Sohn war mit einem Postkutscher in tätliche Auseinandersetzung geraten und Morier selbst hatte einen Zusammenstoß mit der Schildwache an einem Berner Stadttor gehabt. Morier verlangte Satisfaktion in beiden Fällen, die erstattete Genugtuung erschien ihm aber völlig ungenügend zu sein. Er beklagte sich wiederholt bei Palmerston, ohne daß Palmerston ihn in dieser Sache einen offiziellen Schritt tun ließ. Die Instruktion vom 23. Oktober 1846, die Moriers Sohn betraf, war recht versöhnlich gehalten und mahnte zur Beruhigung. Am 17., 27. und 30. November lehnte Palmerston einen Schritt ab. „I must still observe that your statement is not sufficiently explanatory of the circumstances to enable me to form a decisive judgement of the case“, heißt es in der Instruktion vom 30. November; Palmerston lehnte Moriers Ansuchen schroff ab und brachte ihn dazu, um einen Urlaub nach England nachzusuchen. Er gedachte ihn in der Schweiz nicht wieder zu verwenden, da Morier für die Verwirklichung von Palmerstons Plänen seine Stellung zuvor viel zu einseitig festgelegt hatte.¹⁷ Im Dezember 1846 verließ Morier Bern.

Das ist der gleiche Palmerston, der in der Don Pacifico-Affäre den Ton des großen Pathos angeschlagen hatte; und an dieser Stelle handelte es sich nicht um eine Privatperson, son-

16. David Richard Morier war seit 1832 „Minister Plenipotentiary to the Swiss Confederation“. Er gehörte den Tories an und hatte in der Schweiz oft den Vermittler zwischen dem französischen Gesandten (Pontois) und denen der Ostmächte gespielt. Für Palmerston war er im Augenblick ein Hemmschuh, da er den Radikalen feindlich gegenüberstand. — vgl. über Morier die Memoiren seines Sohnes: *Memoirs and letters of the Rt. Hon. Sir Robert Morier by his Daughter Mrs. Rosslyn Wemyss*. London 1911.

17. *Switzerland F. O.* 100/47. XVI — XXIII.

dern um den englischen Gesandten. Es war Palmerston hier eben darum zu tun, das Vertrauen der vorörtlichen Kreise zu gewinnen, und Moriers Klagen und Ansprüche kamen ihm sehr ungelegen. Zugleich konnte er sich in diesem Zusammenhang Moriers entledigen. — Morier führte die Geschäfte wohl noch eine Zeitlang von London aus, nach Bern ist er nur vorübergehend, im April 1847, zurückgekehrt. Die Vertretung in der Schweiz lag von nun in den Händen des 25 jährigen Robert Peel, des Sohnes des großen Tory-Führers, der am 11. Mai 1846 von Aberdeen zum Sekretär an der Gesandtschaft in Bern ernannt worden war.¹⁸ In Peel hatte Palmerston einen eifrigen und willigen Schüler, der sehr rasch für die radikale Sache gewonnen war. Er war in den nächsten Jahren ein willfähiges Werkzeug Palmerstons, ohne freilich die Politik seines Meisters wirklich zu verstehen oder zu durchschauen. Für die exponierte Stellung, die Peel einzunehmen hatte, war das nur von Vorteil, daß er sich hemmungslos an die Verfolgung seiner Aufgabe machte; in ernsten und schwierigen Fällen konnte er für kurze Zeit durch einen außerordentlichen Gesandten auf Mission ersetzt werden, wie dies ja auch zwei Mal geschehen ist.

Peel, der wie Bois-le-Comte seinen Wohnsitz in Bern hatte, war auf Palmerstons ausdrückliche Instruktion hin in Bern geblieben und hatte Ochsenbein, im Gegensatz zu den Vertretern der anderen Mächte, den üblichen Neujahrsbesuch gemacht. Als der französische Gesandte im Juni 1847 in einer Audienz Ochsenbein gegenüber eine herausfordernde Sprache anschlug und Peel nachher durchblicken ließ, daß die Stellungnahme der Mächte nicht so einheitlich sei, wie Bois-le-Comte es darzustellen beliebte, beschwerte Morier sich in einem Schreiben vom 18. Juni 1847 bei Palmerston über Peels Vorgehen. Palmerston deckte jedoch Peel vollständig und erklärte sich mit seinem Vorgehen durchaus einverstanden.¹⁹ Morier ersuchte auf

18. Robert Peel, 3rd Bart., (1822—1895) stand von 1844—1850 im diplomatischen Dienst, war von 1850—80 und 1884—86 Mitglied des Unterhauses, von 1861—65 Sekretär für Irland.

19. „... I have to inform you that I see no reason to disapprove of that visit; but on the contrary that I had several months ago authorized Mr. Peel to continue the usual intercourse between H. M.'s Mission and the Vorort.“ — Palmerston an Morier, 6. Juli 1847. F.O. 100/51 XII.

diese Mitteilung hin um eine Audienz bei Palmerston, die am 7. Juli 1847 auch stattfand. Es war die letzte Audienz Morierts bei Palmerston, er galt in der Folgezeit als völlig ausgeschaltet; eine amtliche Mitteilung wurde ihm nicht mehr zugestellt.²⁰

Von einer Instruktion für Peel, auf die Palmerston hier anspielte, ist in den Akten nichts Detailliertes zu finden. Peel war aber von Anfang September bis Mitte Dezember 1846 von Bern abwesend. Palmerston muß ihn in London persönlich instruiert haben,²¹ doch ist darüber nichts Sicheres festzustellen.

20. Unter den Instruktionen, die während der ersten Hälfte des Jahres 1847 noch über die Person von Morier gehen, obschon er selbst nicht mehr in der Schweiz ist, befindet sich auch eine Anweisung an einen Mr. Taylor, der sich durch Maßnahmen der ultraradikalen Regierung der Waadt angegriffen fühlte. In dieser Anweisung, vom 28. Mai 1847, steht die so eigenartige Stelle: „It is obviously the duty of every foreigner to conform himself to the local regulations of the Country in which he happens to live.“ Auch hier die Absicht, alles, auch das Geringste, zu vermeiden, das die Harmonie der Beziehungen stören könnte. Diese Stelle, wie so viele andere, zeigen Palmerston als einen Menschen von geistiger Beweglichkeit und Wendigkeit. Er hat sich auch nie gescheut, in wichtigeren Dingen seine Meinung oder seinen Standpunkt zu ändern, wie das seiner ganz praktischen, durch Erfahrungen gewonnenen politischen Anschauung durchaus entsprach.

21. Nach den Akten ist festzustellen, daß Peel am 28. August 1846 Erlaubnis für einen Urlaub erhielt, angeblich aus Gesundheitsgründen. Peel kann also die Schweiz nicht vor Anfang September 1846 verlassen haben. Der erste Bericht Peels nach Ende seines Urlaubs stammt vom 21. Dezember 1846. In der Zwischenzeit spielte sich dann die Auseinandersetzung Morierts mit den Behörden ab, in welche einzugreifen Palmerston sich weigerte. Morier, ersuchte um Urlaubsgenehmigung. In einer separaten Instruktion an Morier, vom 17. November 1846, wurde Morier dieser Urlaub (Leave of absence) genehmigt, „as soon as Mr. Peel will be back“, da Peel in der Zwischenzeit die Geschäfte führen werde. Morier drängte aber weiter und erhielt schließlich am 30. November 1846 die Erlaubnis, sofort nach England zu kommen und die Geschäfte bis zu Peels Rückkehr in den Händen von Mr. Herries zu lassen. Es ist also nicht anzunehmen, daß Peel während der Urlaubszeit in der Schweiz gewesen ist. — Für die Annahme, daß er während dieser Zeit von Palmerston persönlich Instruktionen über sein künftiges Verhalten in der Schweiz erhielt, spricht die Tatsache, daß Peel später ganz selbständig vorging, z. B., im Gegensatz zu den Vertretern der anderen Mächte, dem Berner Präsidenten am Neujahrstag seine Glückwunschkarte machte. Die schriftliche Instruktion Palmerstons, die ihm ein selbständiges Vorgehen auferlegt, im Gegensatz zu dem seiner Kollegen, stammt vom 29. Dezember 1846. Peel kann diese Instruktion allerfrühestens am 2. Januar 1847 erhalten haben, wahrscheinlich aber erst ein bis zwei Tage später.

Lord Palmerston nahm in der Schweiz einstweilen eine abwartende Stellung ein, die bis Mitte des Jahres 1847 anhielt. Er war auf anderen politischen Schauplätzen Europas vollauf beschäftigt, und erst im Juli und August 1847, als in der Schweiz die kommende Entscheidung greifbar nahe zu rücken schien, und als die italienischen Probleme sich in kurzer Zeit stark zuspitzten, wandte Palmerston seine Aktivität den Schweizer Dingen zu, um in kurzer Zeit durch geschicktes Manövrieren die Fäden des Kräftespieles ganz in seine Hand zu bekommen. Einstweilen hatte er in der Schweiz eine feste und eindeutige Position eingenommen, die während der ganzen Zeit des Zuwartens gehalten wurde, und die die versuchten Aktionen der anderen vier Mächte vorläufig nicht zur Auswirkung kommen ließ. Den Mächten gegenüber war seine Stellungnahme einstweilen dahin definiert, daß Palmerston bestimmt eine Intervention in die inneren Angelegenheiten der Schweiz mitzumachen nicht gewillt war, was sich schon im November 1846 mit voller Deutlichkeit ergeben hatte.²²

Vorläufig befürchtete Palmerston auch noch nichts, er wußte, daß Guizot bis nach Abschluß der Kammerdebatten gebunden war. Die Stimmung gegenüber Frankreich ist im Winter

Diese Instruktion Palmerstons vom 29. Dezember 1846 ist überhaupt die erste Instruktion seit seiner Amtsübernahme, die politische Richtlinien angibt; allerdings beschränkt sie sich auf die beiden Verhaltensmaßregeln, daß Peel in Bern bleiben und den üblichen Verkehr mit der Regierung aufrecht erhalten soll.

Die nächste Instruktion Palmerstons, die neue Richtlinien angibt, stammt vom 3. August 1847. In der Zwischenzeit wurden nur Empfangsbestätigungen der Berichte und allgemeine Informationen über die Politik des Tages, in Form von Kopien des amtlichen Notenwechsels, geschickt. Erst mit dem 3. August 1847 nahm Palmerston die Dinge fühlbar in die Hand.

Es muß unbedingt angenommen werden, daß Peel von Palmerston mündliche Instruktionen empfangen hat, da Schriftliches von Bedeutung in den Akten nicht zu finden ist. (Die Instruktionen in Form von Privatbriefen sind, wenn der Inhalt nicht ganz geheim ist, den Akten meist auch in Abschrift beigelegt).

22. Greer, a. a. O., S. 128. Jarnac an Guizot, 13. November 1846: Palmerston wolle sich nur im äußersten Notfall für irgendeine Maßnahme der Intervention entschließen.

E. Gutknecht, Die Diplomatie des Auslandes in der Schweiz während der Zeit des Sonderbundes. (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft IX/3), Zürich 1917. S. 45.

1846/47 in England sehr unfreundlich gewesen, man hielt sogar einen Krieg nicht für unmöglich.²³ Palmerston lieferte Thiers Material zu einem Angriff auf Guizot über die Frage der Heiraten. Mit Wellington besprach er die militärische Lage des Landes; es wurden Pläne ausgearbeitet für Verstärkung und Neubau von Befestigungen an der Küste, da man eine Truppenlandung befürchtete, die besonders bei Nebel schwer zu verhindern war; das Milizheer sollte in großem Maßstabe ausgebaut werden.²⁴

Louis Philippe hatte sich von Anfang an gegen eine bewaffnete Intervention in der Schweiz gewehrt. Neben einigen persönlichen Erinnerungen, an seine Tätigkeit als Privatlehrer in der Schweiz, während der Flüchtlingsjahre 1792/93, hatte er dafür sehr reale Gründe. Bei den Ostmächten, insbesondere bei Nikolaus I. war er nie sehr geachtet gewesen; er hing um so mehr an der Verknüpfung mit England, weil sein Bürgerthron wesentlich von diesen Beziehungen abhängig war. Louis Philippe und Frankreich brauchten Geld, für eine neue Industrie, für Eisenbahn- und Straßenbauten. Materielles Interesse und Wohlergehen waren die einzigen Garanten seines Thrones, es war kein Adel da, der ihn gestützt hätte, und seine Regierung war zur Verkörperung des „enrichissez-vous!“ geworden. „Au dehors, la paix; au dedans la prépondérance des intérêts matériels.“²⁵ Frankreich war seinem König gegenüber ziemlich

23. Freiherr von Stockmar schreibt, unter dem Datum des 19. Februar 1847: „Ich hatte gestern eine lange Conversation mit Peel. Er glaubt nicht recht an die Erhaltung des Friedens. Er findet offene Feindseligkeit in Guizots's und Broglie's Reden“. Stockmar, a. a. O., S. 77.

24. Daß Englands militärische Vorbereitung nicht vorbildlich war, zeigte sich ja bald nachher im Krimkrieg. — Man plante damals, 1846, die Verstärkung der Miliz in Großbritannien auf 100 000 Mann und in Irland auf 40 000 Mann. — Auf dem Papier standen zu der Zeit 50 — 60 000 Mann, aber England wäre nicht einmal in der Lage gewesen, eine wirkliche Armee von 20 000 Mann dem Feinde entgegenzustellen; man rechnete, daß Frankreich in einer stark nebligen Nacht ohne Weiteres 20 — 30 000 Mann in England an Land bringen könnte. Marquis of Lorne, a. a. O., S. 92 f.

25. Elias Regnault, a. a. O., III, S. 434.
vgl. auch: Pierre de la Gorce, Histoire de la Seconde Republique Française. Paris 1887. I, S. 5 f.

Denis Cochin, Louis Philippe, d'après des documents inédits. Paris 1918.
Marquis of Normanby, A Year of Revolution. London 1857.

gleichgültig, in Wirklichkeit war er der Gefangene seines Volkes. Louis-Philippe und seine mehr konservativ gestimmten Ratgeber, wie Guizot, Broglie und Molé, hatten alles daran gesetzt, dem Thron im Lande eine breitere und sichere Basis zu verschaffen. Man hatte versucht, das Bürgertum zu „aristokratisieren“, aber ohne Erfolg. Aus seiner schwachen Stellung heraus hatte Louis-Philippe zu dem Plan der spanischen Heiraten gegriffen; die Idee der Errichtung einer eigenen Dynastie hatte ihn ganz in ihren Bann gezwungen, sodaß er über ihr Politik und Schicksal seines Landes soweit aus den Augen verlor, daß seine Stellung Guizot und dem Lande gegenüber immer schwächer wurde.²⁶ Frankreich, von einem Fieber der Erwerbslust und Gewinnsucht erfaßt, war in ein System der Korruption hineingeraten, das bis in die höchsten Regierungskreise griff; auch Guizot und einige seiner Minister waren in Skandale verwickelt, — man wußte, daß die Wahlen mit Bestechungsgeldern erkaufte waren, und in den Staatsstellen herrschte eine bisher noch nicht dagewesene Günstlingswirtschaft. Die Bewegung des Radikalismus, die man durch Polizeimaßnahmen zu unterdrücken suchte, schwoll immer mehr an, genährt durch die vielen Skandale und die wachsende Verachtung für das „System des nackten Egoismus“.

In dieser Situation, inmitten einer immer stärker werdenden Bewegung gegen sich, unternahm Guizot seine völlig neue Politik. „L'esprit révolutionnaire est fatal aux grandeurs qu'il élève comme à celles qu'il renverse. La politique qui conserve

26. Wie sehr man auch in London von dem Wunsch Louis-Philippes nach den besten Beziehungen zu England überzeugt war, ergibt sich aus einer Aufzeichnung aus den Greville'schen Memoiren, die zugleich einen Blick auf den Mangel an Ehrgefühl, auf die allein entscheidenden materiellen Interessen im System des Königs, werfen lassen. Unter dem 20. Dezember 1846 notiert Greville, daß der Intimus Louis-Philippes, der Finanzmann James Rothschild nach London gekommen sei. Er habe mit Lansdowne und Clarendon gesprochen.... „and said a great deal about the King's intense desire to be well with England again, asked if we wanted to get rid of Guizot, and intimated that if his fall would facilitate the reconciliation he would be sacrificed without scruple. They have no doubt whatever that he is authorised by the King to convey this to our Government.“ C. F. Greville, Journal III, S. 5.

les États est aussi la seule qui termine et fonde les révolutions.“²⁷ Guizot trug sich mit dem Plane, die neue konservative Politik in Frankreich zu begründen. Von persönlichem Ehrgeiz und Eitelkeit getrieben, wollte er der Eröffner einer neuen Aera europäischer Politik und Geschichte werden, einer Aera, in der Frankreich mit den großen konservativen Mächten sich zusammentun würde, in der Frankreich Mittelpunkt und Leiter des europäischen Gesamtschicksals werden sollte, als Mittler zwischen den Ostmächten einerseits, und England andererseits. Frankreichs Politik sollte die Politik Europas werden, und Guizot sah sich schon im Zentrum des Geschehens, Gegensätze weise ausgleichend und zu harmonischem Klang zusammenführend, zum Ruhme seiner selbst, und zum Wohle Europas. Um Freiheit und Spielraum für seine Pläne zu gewinnen, unterstützte er den König in seinen dynastischen Liebhabereien, und es bietet in der Tat ein eigenartiges Bild, wenn man die nackte Wirklichkeit und Korruption der Zeit mit Guizots hochfahrenden Plänen vergleicht. Etwas von der Gestalt des Don Quixote hat dieser Guizot der Jahre vor 1848. Er gerät vollkommen in den Bann seiner Ideen und verliert darob den Anschluß an die Realitäten seiner Umwelt. Er täuscht sich über Frankreich und sich selbst, wie über seine Stellung im Land und dem König gegenüber. Sein Verhältnis zum König war kein Verhältnis der Treue und Achtung, es war begründet auf der gegenseitigen Wahrung der Interessen: werden die spanischen Heiraten und ihre Folgen dem König mehr Verlust einbringen, als die dynastische Sache rechtfertigt, dann wird der König Guizot fallen lassen. Frankreich, das Land, hatte aber kein Interesse daran, von Guizot an die Ostmächte herangeführt zu werden. Frankreich brauchte englisches Kapital für seine vielen Unternehmungen, die guten Beziehungen zu Großbritannien waren grundlegendes Bedürfnis des französischen Lebens. Eine Verbindung mit den konservativen Mächten, insonderheit mit Rußland, war wider alle französische Tradition und Gefühle. Frankreich hatte seinen Einfluß in Mitteleuropa als Schützer und Verfechter der Ideen der

27. Guizot, *Histoire de la révolution d'Angleterre depuis l'avènement de Charles 1er jusqu'à sa mort*. Bruxelles 1850. S. 83.

Freiheit begründet, es mußte das Gewonnene halten, indem es seine Tradition und Sendung nicht verriet. Italien war der naturgewollte Konfliktstoff zwischen Frankreich und Österreich. Hier auf österreichische Gewaltpolitik eingehen, hieß Frankreichs Sache aufgeben.²⁸ Guizot täuschte sich aber auch über die Stärke seiner eigenen Regierung. Wie der Thron Louis Philippes war Guizots Regiment auf Interessen aufgebaut, die befriedigt werden mußten, und nur der Erfolg konnte sowohl die allgemeine Politik rechtfertigen, als auch die Mißstimmung über alle sittlichen Mängel des herrschenden Systemes niederhalten. Frankreich in die Politik eines konservativen Systemes einspannen wollen, hieß Frankreichs Tradition vergessen, die Notwendigkeiten des Augenblicks unerfüllt lassen und den Weg der Zukunft nicht sehen. Guizot verlor über seinen außenpolitischen Plänen Auge und Ohr für die Innenpolitik; und nie seit dem Jahre 1830 war die Innenpolitik wichtiger gewesen als zu dieser Zeit.

Guizot täuschte sich aber auch über sich selbst. Seine Eitelkeit hatte ihm die große Rolle vorgespiegelt, die ihm in dem neuen politischen System zu spielen bestimmt sei; es fehlte ihm aber schließlich an Kraft und Mut, um den Gedanken die Tat folgen zu lassen. Während er es versäumte, im Inneren für die notwendigen Reformen und Säuberungen zu sorgen, blieb seine Außenpolitik ein abwartendes Zaudern; er wagte zumindest in der Schweizer Sache keinen entscheidenden Schritt, bis er von Entschlosseneren in den Strom der Ereignisse hereingerissen

28. Palmerston hat über der Erscheinung Guizots nie das wirkliche Frankreich vergessen, das ihm allein wichtig war. Auch dies ist ein Zeichen für seine nicht an den Augenblick gebundene, sondern weitschauende Politik; sein Handeln schien oft dem Augenblick nicht zu entsprechen, weil er seine politischen Entscheidungen nach großen, für ihn allgemein gültigen Gesichtspunkten traf. Im September 1847 schrieb er, nach der Okkupation von Ferrara, mit einem Seitenblick auf Metternich, der ihm die Sorgen um Österreichs Sicherheit nicht leichter machte: „Metternich is gone foolish, but I think we shall be able to stop him, and France must go with us in Italian affairs. Metternich thinks he has her in his pocket, because he has had promises from Louis Philippe and Guizot, but public opinion in France must be stronger than the King and his minister, and as they broke their word to us last year about Spain, so will they be compelled to break their word this year to Metternich about Italy.“ Marquis of Lorne, a. a. O., S. 92.

wurde, und seine Stellung in der Mitte zwischen den beiden Polen, die er sich als einen Triumph erträumt hatte, wurde ihm zum Verhängnis.

Dem Plan, eine solche Mittelstellung einzunehmen, entsprach es, daß Guizot Bois-le-Comte nicht mit den Vertretern der drei Ostmächte von Bern abziehen, sondern ihn weiter dort residieren ließ, wo es ihm leichter gelingen konnte, Gegensätze zwischen den Vertretern Österreichs, Rußlands und Preußens und dem Vertreter Englands auszugleichen. Er traute Bois-le-Comte allerdings noch nicht ganz, sondern wies ihn an, jede Bürgerkriegsstimmung entmutigen zu helfen, denn das sei der Zweck eines französisch-österreichischen Zusammengehens.²⁹ Es ergab sich also das neue Bild, daß der französische Gesandte nun die Rolle übernehmen sollte, die früher Morier innegehabt hatte, als Pontois eine entschieden österreich-feindliche Politik vertrat. Aber Bois-le-Comte war nicht der Mann dazu, als Mittler dienen zu können. Er reiste im ganzen Land umher, um Verbindung mit den Regierungen der einzelnen Stände aufzunehmen, und er sorgte dafür, daß man über seine politischen Ansichten und Wünsche nicht lange im Zweifel blieb.

Als die außenpolitischen Debatten in der Deputiertenkammer für die Regierung befriedigend ausgefallen waren, konnte Guizot die Annäherung an Österreich weiterführen, und er sondierte deshalb danach die Stimmung in Wien. Metternich verhielt sich zunächst zurückhaltend, in der Erinnerung an die fehlgeschlagenen Versuche der letzten Jahre. Er zweifelte an der Möglichkeit einer grundsätzlichen Verständigung: das erste wäre, daß Frankreich in der Praxis den neuen Geist zeige. „A-t-on besoin de nous, on n'a qu'à venir et à marcher avec nous; nous ne sortons pas de notre voie, et celle-ci suit la ligne droite.... Tous les gouvernements en peine viennent nous demander secours.“³⁰ Die Erinnerung an die Ereignisse von

29. Guizot an Bois-le-Comte, 26. Februar 1847. Greer, a. a. O., S. 131.

30. Instruktion an Apponyi (Paris) vom 19. April 1847. Die gleichen Zweifel an den seriösen Absichten Frankreichs äußerte Metternich in einer zweiten Instruktion, am 25. Mai 1847. „Ce n'est pas dans la rencontre au point de départ que réside le succès des entreprises, c'est dans celle au point d'arrivée, et ce n'est pas à cet égard que s'entendent les deux Cours.“ — Metternich, a. a. O., VII, S. 331 und 332 f.

Ancona und an das Verhalten Frankreichs waren noch lebendig.³¹ Metternich hielt die Regierung Frankreichs für unstabil: sie sei abhängig von den Kammern, mit einer Regierung, die das Geld und seine Interessen zur Grundlage habe, lasse sich keine konservative Politik treiben, wenn das Volk, wie in Frankreich, das Gelüst habe, überall in der Welt als Führer des Liberalismus aufzutreten.³²

Guizot schickte Klindworth als Unterhändler nach Wien, um eine Einigung über die Tagesfragen zu erreichen, oder zumindest doch eine solche vorzubereiten. Die prinzipielle Frage der ganzen Auseinandersetzung war natürlich die italienische Frage. Guizot versprach, Frankreich wolle Österreich als eine „italienische Macht“ anerkennen und sich selbst diesen Charakter nicht beimessen; der status quo solle in Italien erhalten bleiben, Frankreich wolle weder eine Änderung der Gebietsverteilung noch eine solche der Regierungsform. Es beanspruche nur an drei Punkten ein Mitspracherecht: in Sardinien, als Nachbarstaat, in Neapel, aus Familieninteressen, und in Rom, aus religiösem Interesse.³³

31. „Que l'Autriche ouvre la brèche, et la France suivra ... Cette puissance assumerait le rôle de protectrice de l'indépendance fédérale et de contre-poids aux „idées rétrogrades“ de l'Autriche. Nous ne donnerons pas dans un panneau que, selon son intention, je me plais à l'admettre, le Gouvernement français n'entendrait point diriger contre nous, mais dont l'effet serait mortel pour le parti véritablement conservateur en Suisse, et qui tournerait en définitive contre ceux mêmes qui nous l'auraient tendu.“ Metternich an Apponyi, 20. Juni 1847. Metternich, a. a. O., VII, S. 335 f.

32. Metternich und Palmerston hatten eine ähnliche Meinung von der Unehrllichkeit und Unsicherheit aller französischen Politik. In einem Privatbrief, vom 23. Jan. 1847, an Bloomfield lobte Palmerston die Festigkeit, Sicherheit und Ehrlichkeit Rußlands: „... Whereas in regard to our good Friends Neighbours the French there is no trusting them from week to week or from Day to Day, even when they may have no deliberate intention to play us false. Their Fickleness and vanity and love of splash make them the most uncertain of all allies ... I suppose that Aberdeen used to be persuaded be Guizot to try to make up Matters between Russia and France; and he would if successful have been rewarded for his Pains by the Endeavours which Louis Philippe would immediately have made to detach Russia from England. We shall certainly not fall into the same Error, nor middle and make between the Two, unless they were likely to go to war, which is of Course in the highest Degree imputable.“ Bloomfield Papers. F. O. 356/29.

33. vgl. Metternichs Instruktion an Apponyi, vom 12. April 1847. Metternich, a. a. O., VII, S. 388 f.

Metternich, der der Ansicht war, daß die „absurde Fiktion“ einer Rivalität zwischen Österreich und Frankreich in Italien die gegenwärtigen Zustände herbeigeführt habe,³⁴ zweifelte nicht an der Ehrlichkeit von Guizots persönlichem Wollen; aber es scheine, so meinte er, als ob Guizot stets am Fortschreiten gehindert werde, sobald er sich auf den rechten Weg begeben wolle. „Si le fantôme des tendances de rivalité autrichienne s'évanouit, celui des tendances de rivalité avec l'Angleterre apparaîtra, fort de son droit historique. Ce n'est donc pas sur le terrain politique qu'il faut chercher un remède à la situation. Il en est autrement, bien que dans des limites restreintes, du terrain des principes.“ Frankreich solle seinen guten Willen also zunächst dadurch kundtun, daß es mit Österreich den italienischen Regierungen „de bons conseils“ gebe, zunächst mal in Rom, wo es sehr nötig sei.

Metternich befürchtete besonders stark, daß in der Schweiz die Aktion Frankreichs sich gegen Österreich wenden könnte. Österreich könne auf keinen Fall allein vorgehen, denn das würde einen gewaltigen Sturm hervorrufen und eine bewaffnete Intervention würde mit absoluter Sicherheit den Einmarsch Frankreichs zur Folge haben als Befreier gegen Österreich. Um den Erfolg einer gemeinsamen Aktion zu sichern und keinen Rückschlag zu riskieren, müsse Frankreich vor dem Beginn des Vorgehens festgelegt werden und eindeutig Stellung nehmen: „Il faut que le principe de l'action soit connu, pour que celle-ci soit fructueuse“. Die Gefahr eines Bürgerkriegs sei durch die Wahlen im Kanton St. Gallen (Mai 1847) die eine Mehrheit für die Radikalen ergeben hätten, in unmittelbarer Nähe gerückt. Um diesem Ausbruch zuvorzukommen, wolle man gemeinsame Noten in Bern abgeben und zwar solle Guizot diese Note, die „clair et positive“ sein müsse, selbst abfassen. Auf England müsse man leider wohl verzichten, da von Palmerston kaum ein Zusammengehen mit den vier Mächten zu erwarten sei; es wäre jedoch gut, wenn Guizot versuchen würde, England wenn mög-

34. „La réaction de la France contre l'oppression autrichienne, voilà le grand mot qu'on fait entendre; en exploitant l'idée qu'il renferme, on arrive infailliblement à favoriser les mouvements révolutionnaires dans les Etats italiens.“ Metternich, a. a. O., VII, S. 395 f.

lich doch noch in Einklang mit den anderen Mächten zu bringen.³⁵ Als er am 20. Juni noch keine Antwort von Guizot hatte, riet er, doch wenigstens vorläufig dafür zu sorgen, daß die Gesandten der vier Mächte sich zum Voraus solidarisch erklärten, um ohne Weiteres solche Beleidigungen zu unterdrücken, wie sie jetzt Bois-le-Comte in den radikalen Zeitungen ständig erfahren müsse. Der Übermut der Radikalen sei schon so weit gestiegen, daß man sie nicht mehr anders zähmen könne, als durch eine machtvolle Stellungnahme, die keine Idee eines Widerstandes aufkommen lasse.³⁶

Guizot wagte auf diese scharfen Töne hin, die den Willen zu einer bewaffneten Intervention kundtaten, nicht, sich den Plänen Metternichs ohne Weiteres anzuschließen, auch lehnte er es ab, voranzumarschieren, wie Metternich es mit ihm vorhatte. Frankreichs Vertrauen auf den Erfolg eines solchen Vorgehens sei nicht groß, schrieb Guizot an Flahault, den französischen Gesandten in Wien, im Gegenteil, die Tagsatzung werde, durch eine solche Sprache in ihrem Nationalgefühl gereizt, sich bemühen, die Resolutionen nur umso rascher auszuführen. Die französische Regierung beharre nach wie vor auf ihrem Standpunkt, daß erst ein Ruf um Hilfe, der aus der Schweiz selbst komme, eine direkte Aktion möglich und heilsam machen könne.³⁷

Metternich war über das Ausweichen Guizots empört. „Si l'on ne veut pas éventuellement de l'action, il faut éviter la menace.“ Österreich werde nie dieses alte Phantom der Non-Intervention anerkennen. Die Lage sei schwer, denn eine Macht allein könne nichts erreichen, da, wo ein gemeinsames Vorgehen hätte alles sichern können. Eine Einzel-Aktion wäre nur den Radikalen nützlich, da sie dahinter die Uneinigkeit der Regierungen zu erkennen glaubten: „Si des forces autrichiennes entraient en Suisse pour être suivies par des forces françaises, l'entrée de ces dernières prendrait irrémissiblement l'apparence

35. Instruktion an Apponyi, vom 7. Juni 1847. Metternich, a. a. O., VII, S. 451 f.

36. Instruktion an Apponyi, vom 20. Juni 1847. Metternich, a. a. O., VII, S. 455 f.

37. Guizot an Flahault, 25. Juni 1847. Guizot, a. a. O., VII, S. 456.

d'une force française dirigée contre l'action autrichienne; l'événement serait la reproduction de celui d'Ancône.“³⁸

Der dritte Vorstoß Metternichs schien ebenso scheitern zu wollen wie die beiden früheren. Die Verhandlungen endeten ergebnislos, denn das, was Metternich wollte, das konnte Guizot nicht gewähren. Er wußte genau, daß die Deputiertenkammer ihm kein Geld für Truppen gegen die Schweiz gewähren würde, es lag auch gar nicht in seinem Interesse, als völliger Reaktionsär in der Schweiz aufzumarschieren, das hätte bedeutet, sich hinter Metternich einzuordnen, und so etwas hätte er in Frankreich nicht öffentlich bekennen dürfen, er hätte es vor dem Volk und dem Parlament nicht verteidigen können. — Guizot zauderte, — aber während er zauderte, handelte sein Vertreter in der Schweiz, Bois-le-Comte, und zwang dem Minister schließlich den Weg des Vorgehens auf.

Zweites Kapitel.

Die Aktion Guizots und die Mission Mintos.

Guizots vorsichtige Politik in der Schweiz behagte dem Tätigkeitsdrang von Bois-le-Comte in keiner Weise. Bois-le-Comte hatte sich auf seinen Reisen durch die Schweiz eng mit der Sache des Sonderbundes verbunden, und er war gewillt, von sich aus etwas für die Sache der Konservativen zu unternehmen, ohne erst die Instruktionen Guizots abzuwarten. Am 2. Juni 1847 machte er dem zum Präsidenten des Berner Rats, und damit zum Vorortspräsidenten wiedergewählten Ochsenbein, seinen Antrittsbesuch. Unter Zugrundelegung der Note Guizots vom 2. März 1845, die seinerzeit böses Blut gemacht hatte, trat er dem Präsidenten in einer herausfordernden Sprache entgegen: die Berner Regierung habe Gerechtigkeit und Ruhe nicht mehr aufrecht zu erhalten vermocht, man sehe den Ereignissen mit geringem Vertrauen entgegen, und Frankreich müsse um die 15 000 Landsleute besorgt sein, die in der Schweiz leben. Die

38. Vertraulicher Brief Metternichs an Apponyi, 3. Juli 1847. Metternich, a. a. O., VII, S. 464 f.

Schweiz berufe sich, wie Frankreich auf die Verträge von 1815, in diesen Verträgen sei aber nur eine föderative Schweiz von 22 Kantonen anerkannt. Er warne vor einer Verletzung dieser Verträge: „nous examinerons si en effet nos traités sont atteints Nous nous sommes arrêtés à cette seule résolution, à ce seul mot: nous examinerons. Je suis complètement en mesure d'ajouter que nous le ferons dans un parfait accord d'esprit et d'intention avec les Puissances signataires des mêmes traités, et plus particulièrement avec l'Autriche, placée envers la Suisse dans une position analogue à la nôtre, par la contiguïté de ses frontières“. — Ochsenbeins Antwort, bei seinem Gegenbesuch, war ebenso deutlich und eindeutig: er könne Bois-le-Comte versichern, daß die Schweiz die gegenwärtigen Verträge einhalten werde, und daß die Regierung die Macht habe, die öffentliche Ordnung sicher zu stellen. Die Geschehnisse, auf die angespielt worden sei, seien interne Angelegenheiten der Schweiz; die Schweiz werde jeden Versuch einer fremden Intervention in ihre inneren Angelegenheiten mit aller Macht ablehnen, das Recht der Interpretation des Bundespaktes stehe keiner fremden Macht, nicht einmal einer Minderheit der Kantone zu, sondern einzig und allein dem Bunde selbst.¹

Die Radikalen in der Schweiz sorgten dafür, daß die Sprache Bois-le-Comtes überall bekannt wurde; in ihren Zeitungen begann eine Hetze gegen den „Holzgrafen“, zu der ja auch Metternich Guizot sein Beileid ausgedrückt hat. In Frankreich bemächtigte die Öffentlichkeit sich dieser Dinge, Guizot wurde in der Kammer scharf angegriffen. Odilon Barrot sprach von einer „politique des rénégats“; Frankreich müsse den liberalen Kantonen das sein, was Österreich für die „retrograden“ Kantone sei: „les intérêts du Sonderbund, c'est-à-dire les intérêts de l'anarchie et des principes autrichiennes.“ Guizot hat am 24. Juni 1847 auf die Angriffe hin erwidert, die Majorität in der Schweiz habe nicht mehr die Sympathie der französischen Regierung, die Tagsatzung sei ein Staat, „organisé pour l'agression“. Die Schweiz habe kein Recht, ihre Verfassung zu ändern, „ayant été dictée par les suprêmes arbitres de 1815.“²

1. Beide Reden abgedruckt in: Corr. rel., S. 148—149.

2. vgl. E. Regnault, a. a. O., III, S. 306 f.

Das waren neue und bisher ungehörte Klänge im Namen der Juli-Regierung, aber diese Musik tönte nicht lieblich in den Ohren der Franzosen. Die Berufung auf die Verträge von 1815 und die Erinnerung an die Heilige Allianz waren in Frankreich nie populär gewesen, die Sprache und die Handlungen Guizots erschienen darum auch als ein Verrat an den Taten und Geschehnissen der Vergangenheit. Obschon Guizot es jederzeit vermieden hatte, auf Pläne über eine militärische Intervention einzugehen, weil er um die sichere Weigerung der Kammer wußte, — das Wort „nous examinerons“ wurde als eine Drohung aufgefaßt und man warf Guizot vor, er steuere auf eine bewaffnete Intervention zu. In den französischen Zeitungen erschienen Briefe von Schweizer Liberalen; man war empört über Guizot und Bois-le-Comte, die in kurzer Zeit die große Freundschafts-Tradition zwischen Frankreich und den jungen, freiheitlichen Elementen in der Schweiz zu vernichten drohten. Guizot ließ sich durch die Angriffe wohl soweit einschüchtern, daß er ein schroffes Vorgehen in der Schweiz nicht wagte, er hatte aber nicht das Ohr, die wahre Stimmung im Lande zu hören und dessen sich bewußt zu werden, daß die Kammer, die durch Korruption und eine an die „rotten boroughs“ in England erinnernde Wahlkreisverteilung für ihn vorteilhaft zusammengekommen war, Frankreich und den Gefühlen und Anschauungen des Volkes längst nicht mehr entsprach.

Guizot stand vor der Alternative; es gab nach dem Geschehenen nur zwei Möglichkeiten, um mit Anstand aus der Sache heraus zu kommen: Abberufung Bois-le-Comtes oder Identifizierung der Politik Guizots mit dessen Stellungnahme. Der Gesandte hatte sich zu sehr exponiert, daß man über die Ereignisse weg zur Tagesordnung hätte schreiten können; die Angelegenheit war eine europäische geworden, und Metternicht hatte sich am 20. Juni bereits für Bois-le-Comte ausgesprochen.

Eine Abberufung wäre angesichts der Zusammenhänge gleichbedeutend gewesen mit einer Aufgabe der neuen, großen konservativen Politik. Guizot beschloß, Bois-le-Comte zu decken. Vielleicht war er dem Gesandten dankbar dafür, daß dieser ihn zum Handeln zwang; man weiß das nicht, doch scheint Guizot sich erst nach langer Überlegung schlüssig gewor-

den zu sein, denn seine Antwort erfolgte erst einen vollen Monat nach dem Besuch Bois-le-Comtes bei Ochsenbein. Zwischen den beiden Daten liegen die Debatten in der Deputiertenkammer.

Am 2. Juli 1847 schickte Guizot seine Antwort auf die Ausführungen Ochsenbeins.³ Man muß diesen Zeitpunkt in seiner Wichtigkeit festhalten, denn hier liegt der Ausgangspunkt für die Aktionen, die die Mächte im Laufe des nächsten halben Jahres unternehmen, oder zu unternehmen versuchen. Mit diesem Tag wechselt das Aktions-Zentrum von Wien nach Paris: Guizot ist endlich dazu gezwungen worden, die Rolle zu übernehmen, die er sich selbst zugedacht hatte und die Metternich, allerdings mit Hinterabsichten, ihm hatte zuschieben wollen.⁴

Die Instruktion vom 2. Juli 1847, die für die Öffentlichkeit gedacht war, war in höflichem Ton gehalten: Die Vernichtung der Kantonsouveränität würde eine Annullierung der auf dem Pakt von 1815 beruhenden Verträge bedeuten; die Regierung des Königs behalte sich volle Freiheit der Untersuchung und der Entschließung vor, welche Haltung sie angesichts eines ausgebrochenen Bürgerkrieges einnehmen werde. Von Rechtes wegen seien die Mächte befugt, eine neue Ordnung der Dinge nicht anzuerkennen, bevor sie deren Legitimität und Folgen in ihrem Interesse reiflich erwogen hätten. Man habe der Schweiz Gebietserweiterung und Neutralität zuerkannt, als einem Lande, dessen Ruhe und innerer Friede im höchsten Interesse Europas liege. Wenn die Schweiz sich außerhalb der Verträge stelle, dann seien die Mächte, bei der Lage der Schweiz, berechtigt, sich als ihrer vertraglichen Bindungen ledig zu betrachten. Die Stellungnahme entspringe einzig und allein dem tiefen Wunsche, daß das Glück des Landes und die Stellung der Schweiz in Europa nicht erschüttert werden.

Bois-le-Comte glaubte bei Übergabe der Note, diese noch durch einige Bemerkungen über eine bewaffnete Intervention

3. Abgedruckt in: Corr. rel., S. 155 f.

4. In seinen Memoiren, die er „Mémoires pour servir à l'histoire de mon temps“ nennt, verschweigt Guizot diese Geschehnisse, wie so vieles andere. Von dem Bericht über den Besuch von Bois-le-Comte in Paris, im Januar 1847, als er von Guizot und dem König auf „abwarten“ verpflichtet wurde, springt Guizot unmittelbar zu den ersten Verhandlungen in London, im Juli 1847, die dann in breiter Ausführlichkeit wiedergegeben werden.

würzen zu müssen, was Ochsenbein zu der Antwort veranlaßte: wenn die Mächte *va banque* spielen, so werden wir mitspielen. — Der Präsident erklärte, daß er angesichts der Erregung im Lande die Note nicht veröffentlichen wolle, worauf Bois-le-Comte erwiderte, er habe diese Mitteilung nicht Herrn Ochsenbein persönlich, sondern dem Präsidenten der Tagsatzung gemacht; und nachdem Ochsenbein die Note auch nach sechs Tagen noch nicht bekannt gegeben hatte, wurde sie durch Bois-le-Comte in einem Organ des Sonderbundes veröffentlicht.

Von Metternich, der in seiner Person die Reaktion zu verkörpern schien, hatte man in den Schweizer radikalen Kreisen nie etwas anderes als schärfste Gegnerschaft erwartet. Von Frankreich aber hatte man auf Grund einer gemeinschaftlichen Tradition bisher stets ein betont freundschaftliches Verhalten, wo nicht aktive Unterstützung, erhofft.

Umso größer waren Enttäuschung und Erbitterung, die auch sofort wieder auf Frankreich zurückwirkten. Guizot hatte einen politisch-strategischen Fehler begangen, der sich sogleich rächte; er hatte gerade das getan, was Metternich hatte vermeiden wollen, weil es wirkungslos bleiben mußte und unpolitisch war: Guizot war ganz allein vorgegangen und seine Aktion blieb daher ohne den erwünschten Erfolg. Der Schritt zeigte die Mächte in Uneinigkeit und erleuchtete blitzartig die Schwierigkeiten, die ihrem gemeinsamen Vorgehen entgegenstanden. Man wußte jetzt um die wahre Stimmung in Frankreich, man wußte, daß Guizot nicht Frankreich war, und man sah, daß England nicht mitmachte. Der englische Geschäftsträger tat inzwischen das Seine, um Ochsenbein begreiflich zu machen, daß natürlicherweise nicht alle Mächte die gleiche Einstellung den Schweizer Dingen gegenüber hätten. Peel stand seit dem feierlichen Auszug der Gesandten der drei Ostmächte Ochsenbein und den Radikalen ganz allein gegenüber, da Bois-le-Comte fast andauernd auf Reisen war; diese Tatsachen erwiesen sich für die Sache der Konservativen später als verhängnisvoll.⁵

5. Es muß hier, mit Bezugnahme auf Anm. 21, S. 60, beigelegt werden: In dem Aktenband F. O. 100/51 im Public Record Office in London, der die Instruktionen an Morier und Peel für das Jahr 1847 enthält,

„La France est maintenant disposée et propre à la politique de conservation . . . Il y a deux courants contraires dans notre France actuelle: l'un, à la surface et dans les apparences, encore révolutionnaire; l'autre, au fond et dans les réalités, décidément conservateur. Le courant du fond prévaudra. L'Europe a grand intérêt à nous y aider.“ So schrieb Guizot in einem Brief an Metternich, vom 18. April 1847. Er teilte Länder auf, in solche, da man die Revolution beenden oder ihr zuvorkommen müsse, und in solche, da man die Staaten in ihrem augenblicklichen Zustand erhalten müsse. „Ce n'est qu'avec le concours de la France, de la politique conservatrice française, qu'on peut lutter efficacement contre l'esprit révolutionnaire et anarchique dans les pays où il souffle.“⁶

Im Sinne dieser Politik begann Guizot nun das Spiel nach zwei Seiten, mit dem er die Gegensätze der beiden Parteien ausgleichen und sie zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollte. Guizot redete sich und der Öffentlichkeit ein, daß der neue Kurs in Frankreich eine Sache auf weite Sicht sei. Aber es zeigte gleichzeitig seine Ängstlichkeit und Unsicherheit, daß er sich jetzt nach England wandte, um dort Verhandlungen über ein Zusammengehen in der Schweiz aufzunehmen. Nach den Demütigungen, die er im Gefolge der spanischen Heiraten von England zu erdulden hatte, ist dieser Schritt ihm sicher nicht

fehlen die beiden Instruktionen: Peel Nr. 3 und Peel Nr. 4. Peel Nr. 2 ist vom 12. Jan. 1847, Peel Nr. 5 vom 30. Juli 1847. — Im April 1847 übernimmt Morier wieder die Geschäfte, zunächst noch in Bern, später dann in London, die Instruktionen der Zwischenzeit sind alle an Morier gerichtet, bis zu der letzten, früher erwähnten, vom 6. Juli 1847. — Es ist nicht möglich festzustellen, wann die beiden in den Bänden fehlenden Instruktionen abgesandt wurden, weil nirgends auf sie Bezug genommen wird, ebensowenig ist es möglich zu konstatieren, was ihr Inhalt gewesen sein mag. Da aber die eigentliche politische Agitation Palmerstons in der Schweiz erst Anfang August einsetzte, erscheint ein Inhalt von politisch wesentlicher Bedeutung nicht wahrscheinlich. Am wahrscheinlichsten ist wohl die Annahme, daß die beiden Stücke eine Anzeige, daß Morier seinen Posten wieder übernehmen wird, und eine Anzeige vom Ende von Morierts Verwendung enthalten; die sonstigen Instruktionen an Peel sagen nichts über diese Sache aus.

6. Metternich a. a. O., VII, S. 400 f. Der Brief Guizots vom 18. April 1847 war an Metternich direkt gerichtet. „Plus j'entrevois votre esprit, plus j'éprouve le besoin et le désir de le voir tout entier . . . Je ne connais pas de plus grand plaisir que l'intimité avec un grand esprit.“

leicht gefallen; daß er eine so starke Persönlichkeit wie den Herzog von Broglie⁷ mit der Vertretung in London neu betraute, war in diesem Zusammenhang wohl auch ein Zeichen dafür, daß er gerade diese starke Persönlichkeit dort am rechten Platz hielt.

Die Verbindung zu England sollte eine Sicherung sein gegen die Gewalt, mit der Metternich ihn zu sich herüberziehen wollte. Guizot hatte Angst, durch eine zu enge Verbindung mit den Ostmächten weiter geführt zu werden, als ihm lieb sein konnte; — und sie sollte zugleich eine Rückversicherung sein, gegenüber Frankreich und seinem König, denn der Gegensatz zu England hatte gedroht, Guizot verderblich zu werden.

Guizot hatte Metternich am 25. Juni 1847 eine ausweichende Antwort gegeben; — schon am 25. Januar hatte er an Flahault, den französischen Gesandten in Wien, inbezug auf die Schweiz geschrieben, es wäre sehr wichtig, in der delikaten Frage Englands Ansichten und Entschlüsse einzuholen.⁸ Broglie war über die Schweizer Angelegenheiten genau informiert; gleich nach seiner Ankunft in London, am 4. Juli, brachte er dieses Thema in einer Audienz bei Palmerston zur Sprache. Palmerston meinte, man könne die Schweiz nur damit bedrohen, daß man ihr die Neutralität entziehe, falls versucht würde, durch Aufhebung der 22 Kantone eine unitarische Republik einzuführen; dieser Plan existiere aber einstweilen erst in den Gedankenängen von Metternich. Broglie wies auf die Schwierigkeiten für Frankreich hin: Frankreich würde gewiß den Gedanken einer bewaffneten Intervention, mit dem Metternich spiele, nur im äußersten Notfall anerkennen; es könnte aber durch ein alleiniges Vorgehen von Metternich zum Handeln gezwungen werden. Aus diesem Grunde sei eine vorherige Verständigung mit England so überaus wichtig, denn Metternich werde seine krieglerischen Gelüste aufgeben und die Schweiz werde sich fügen, wenn die fünf Mächte einheitlich vorgingen; in der Schweiz werde die englische Stimme besonderes Gehör finden, da man

7. Der bisherige französische Botschafter in London, Sainte-Aulaire, trat um diese Zeit in den Ruhestand. Am 1. Juli 1847 übernahm Broglie die Vertretung Frankreichs in Großbritannien.

8. Guizot, a. a. O., VIII, S. 456 u. 468.

dort auf Englands Beistand rechner. — Palmerston stellte die naive Frage, ob denn Frankreich nicht vom Papste die Zurückziehung der Jesuiten erreichen, und ob Metternich nicht die katholischen Kantone veranlassen könne, ihren Sonderbund aufzulösen, der doch verfassungswidrig sei. Als Broglie die beiden Möglichkeiten verneinte, sagte Palmerston, die Interventionsidee sei England verhaßt; das zeige sich jetzt aus dem Echo, das die portugiesischen Vorgänge in England fänden, es müßte noch viel schlimmer sein bei einer Sache wie der schweizerischen, die England so völlig fremd sei. Palmerston verneinte allerdings die Möglichkeit einer Mithilfe nicht, als Broglie ihn direkt danach fragte; die Sprache müsse aber freundschaftlich und ganz allgemein sein, auf alle Fälle ohne jede drohende Nuance. Broglie ging mit dem Versprechen, daß alle französischen Vorschläge wohlwollend in Erwägung gezogen würden.⁹

Das Spiel wiederholte sich am 7. Juli, drei Tage später. Broglie las Palmerston die Note vor, die Guizot am 2. Juli 1847 an Bois-le-Comte gerichtet hatte.¹⁰ Palmerston erklärte, diese Instruktionen erschienen ihm als sehr weise; persönlich hätte er nichts gegen ähnliche Instruktionen an seinen Gesandten in der Schweiz einzuwenden, er müsse darüber aber noch mit seinen Kollegen sprechen. Allerdings müßte der Ton der Note milder sein: „Vous pouvez parler plus haut que nous; le voisinage vous en donne le droit; mais nous pouvons cependant dire à peu près la même chose.“¹¹ Broglie zeigte sich befriedigt. Er drückte das Guizot gegenüber aus: die Verschiedenheit in der Sprache sei zwar ärgerlich, wichtig aber sei, daß Englands Stellung und die seiner Gesandtschaft in der Schweiz in Zukunft anders werden, daß das Einzelgängertum aufhören werde.¹²

9. Broglies Bericht vom 5. Juli 1847; Guizot, a. a. O., VIII, S. 468 f.

10. Palmerston ersuchte um eine Abschrift dieser Note, die ihm am 11. Juli von Broglie zugesandt wurde. Corr. rel., S. 154.

11. Guizot, a. a. O., VIII, S. 475.

Es ist fraglich, ob Palmerston diese Argumentation zu einem späteren Zeitpunkt wiederholt hätte. Sie konnte sehr leicht zu seinem Nachteil gebraucht werden, wie ja auch Metternich später England dadurch auszuschalten versucht, daß er die „Etats limitrophes“ die Rolle der „Cours signataires“ übernehmen lassen will, in einem fortgeschrittenen Stadium des Konferenzplanes. — Metternich, a. a. O., VII, S. 516.

12. Broglies Bericht vom 7. Juli 1847. Guizot, a. a. O., VIII, S. 474 f.

Liest man die Darstellung, die Guizot von diesen Unterhandlungen in seinen Memoiren gegeben hat, dann fällt einem auf, wie fern dem französischen Minister jede Ironie war, und wie wenig er diplomatisch über der Situation stand. Während Palmerston, ohne sich in irgend einer Richtung festzulegen, alles erfahren hatte, was er wissen wollte, — nämlich das, daß Guizot seine Unterstützung suchte, — ließ sich dieser durch die ganz allgemeinen und unbestimmten Hoffnungen, die Palmerstons scheinbares Entgegenkommen in ihm geweckt hatte, dazu verleiten, die englische Mitwirkung in seine Pläne einzugliedern. Weil Guizot die Bemerkung Palmerstons, daß Englands Sprache bestimmt milder sein würde, als diejenige der anderen Staaten, nicht richtig zu deuten wußte, konnte das große „Mißverständnis“ aufkommen, das später zum Scheitern der gemeinsamen Aktion führen sollte.

Guizot erwartete gerade von der Verschiedenheit im Tone zwischen den französischen und den englischen Instruktionen eine Festigung seiner Stellung bei den anderen Kabinetten.¹³ Dadurch daß Palmerston sich nicht band, nichts Eindeutiges versprach, aber alles erwarten ließ, konnte er langsam die überlegene Stellung einnehmen. Durch Vorschläge zu einer Lösung, die er in Paris und Wien machte, hielt er den Meinungsaustausch aufrecht und ging in der Zwischenzeit seinen Weg in der Schweiz unbeirrt weiter. England hatte keine Lebensinteressen in der Schweiz und konnte an diesem Orte nichts gewinnen, aber England hatte die höchsten Interessen an einer Aufrechterhaltung des Friedens, der für Wirtschaft, Handel und Finanzgeschäfte unerläßlich war. Es ist ganz abwegig zu glauben, Palmerston habe in der Schweiz aus Umsturzfreude oder um sich an Guizot für Spanien zu rächen, die Partei der Radikalen ergriffen und das Feuer geschürt. Palmerston hatte erkannt, welche Gefahr der gegenwärtige Zustand der Schweiz für den Frieden Europas und damit für das Interesse Großbritanniens

13. „J'étais très-convaincu que la différence de langage entre le cabinet anglais et nous serait grande; mais son refus de se joindre à nous eût été, en Suisse, d'un bien plus mauvais effet, et la différence de langage entre nous et l'Angleterre nous fortifiait auprès des cabinets du continent au lieu de nous affaiblir.“ — Guizot, a. a. O., VIII, S. 475.

bedeutete, und sah seine Aufgabe in der Sicherung des Friedens; ein dauerhafter Friede schien ihm aber nur durch die Vernichtung des österreichischen und jesuitischen Sonderbundes gesichert zu sein, und dieses Ziel verfolgte er darum mit aller Bestimmtheit. — Vielleicht wurde Palmerstons Entschlußkraft gestärkt durch die etwas einseitige Auffassung, die er von den Schweizer Verhältnissen hatte. Bis zum Sonderbundskrieg kannte er die Schweiz wenig und interessierte sich für die Zustände des Landes nicht allzusehr. Die Fragen der Jesuiten und des Sonderbundes hielt er für entscheidend, dem Problem der Verfassungsreform, das doch eigentlich das Grundproblem war, maß er keine größere Bedeutung bei. Dies zeigt sich aus allen seinen Instruktionen und aus seiner ganzen Politik; erst nach dem Ende des Sonderbundskrieges, als die Verfassungsfragen ihm ernsthafter entgegentraten, fing er an, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen. — Daß er gewillt war, in der Schweiz den Radikalen zum Sieg zu verhelfen, das zeigte sich bald deutlich.

Am 5. Juli 1847 war die Tagsatzung in Bern mit einer Rede Ochsenbeins eröffnet worden, die in ungewöhnlich scharfem und ausfallendem Ton gehalten war. Ochsenbein sprach in einem Überblick über die politische Lage Europas; der Fall Polens habe Europa eine große und nicht heilen wollende Wunde geschlagen, die Zerstörung der Republik Krakau sei eine Schande für die Zivilisation, — an der Isar geschähen „unmögliche“ Dinge und am Tajo habe man die Unabhängigkeit einer Nation mit Füßen getreten. — Für einen politischen Führer in einem neutralen Staate eine ungewöhnlich unneutrale Rede! — Ochsenbein sprach dann von der Notwendigkeit einer Verfassungsrevision in der Eidgenossenschaft. Die Mächte hätten zwar schon lange mit einer Intervention gedroht, obschon ihnen der Rechtstitel dazu fehle, die Souveränität des Volkes verbiete aber jede fremde Einmischung. Nicht der Pakt sei garantiert, sondern der Gebietsstand. Sollte aber trotz allem eine fremde Intervention versucht werden, dann werde die Schweiz sich für Freiheit und Unabhängigkeit bis zum letzten Blutstropfen wehren.¹⁴ Die fremden Gesandten — (diejenigen der drei Ostmächte hatten

14. Die Rede Ochsenbeins ist abgedruckt in: Corr. rel., S. 151 f.

an der Eröffnung nicht in Person teilgenommen) — mußten diese Rede als eine Provokation auffassen; nur Peel machte eine Ausnahme. —

Palmerston, der eine Abschrift dieser Rede, mit einem Bericht Peels, vom 5. Juli, am 12. Juli erhalten hatte, instruierte Peel am 3. August 1847: „I have to desire you to take an opportunity of expressing to M. Ochsenbein the pleasure which Her Majesty's Government have derived from learning his determination to do all in his power to maintain the internal tranquillity of Switzerland. The high official position which he occupies must afford him great means of carrying his views in this respect into effect, and the known energy of his character affords a guarantee that those means of influence will be used to the utmost to calm conflicting passions, and to prevent differences of opinion from leading to inter-cantonal contests.“ Die Instruktion schloß mit der Hoffnung, daß es nicht zu dem befürchteten Bürgerkrieg kommen werde.¹⁵ Die Absicht, die Palmerston mit dieser Instruktion verfolgte, ist ohne Weiteres klar, und in deren Sinne war es auch, daß Palmerston es vermied, an dem Ausfall Ochsenbeins gegen die englische Politik in Portugal Anstoß zu nehmen oder gar Kritik zu üben. Die Instruktion an Peel, die als Antwort auf die Rede Ochsenbeins abgefaßt wurde, ist mehr als drei Wochen nach Empfang von Peels Abschrift der Rede durch einen neuen Bericht Peels vom 25. Juli¹⁶ ausgelöst worden. Am 2. August erfuhr Palmerston, daß die Tagsatzung mit 12 ²/₂ Stimmen den Sonderbund für verfassungswidrig erklärt hatte.¹⁷ Die dadurch geschaffene Zuspitzung der Schweizer Verhältnisse veranlaßte ihn einzugreifen, da die Lage in Mitteleuropa auch an anderer Stelle zur gleichen Zeit für den Frieden bedrohlich geworden war.

Österreich hatte am 17. Juli 1847 einen Teil der Stadt Ferrara besetzt, am gleichen Tage, da das Komplott einer Gegen-

15. Switzerland. F. O. 100/51. XIV. Corr. rel., S. 158 f.

16. Corr. rel., S. 157 f.

17. Die Separat-Allianz wurde von der Tagsatzung nach zweitägiger Debatte am 20. Juli 1847 als aufgelöst erklärt, da sie mit dem Bundesvertrag vom 7. August 1815 unvereinbar sei. Bernhard Meyer hatte noch am Tage zuvor erklärt, der Sonderbund werde sich nicht auflösen.

revolution in Rom gescheitert war. Die österreichischen Garnisonen in Italien waren seit Anfang des Jahres ständig verstärkt worden. Palmerston war von Wien und Turin aus durch seine Vertreter vor den kommenden Unruhen in Italien gewarnt worden; in Turin befürchtete man einen österreichischen Einfall in den Kirchenstaat (Romagna) und nach Toskana. Der Einmarsch in Ferrara, dem am 13. August die völlige Okkupation des ganzen Stadtgebietes folgte, rief in Italien ungeheure Empörung hervor. Palmerston sah voraus, daß Guizot gegen die Besetzung von Ferrara zu protestieren gezwungen sein werde, was im September 1847 auch geschah; der Konflikt Österreich—Frankreich Italiens wegen schien in greifbarer Nähe gerückt, daher mußte Palmerston in der Schweiz eingreifen. — Es ist von Bedeutung, daß um die gleiche Zeit die Kämpfe in Portugal ein Ende gefunden hatten. Die Junta hatte sich am 7. Juli 1847 ergeben, der Frieden war damit wiederhergestellt und Palmerston bekam dadurch freie Hand in Zentraleuropa.

Als Peel Ochsenbein seinen Besuch abstattete und Palmerstons Instruktion vorlas, zeigte sich der Tagsatzungspräsident sehr erfreut über diesen neuen „Bundesgenossen“.¹⁸ Palmerston hatte gehofft, durch Anreizung von Ochsenbeins Eitelkeit diesen zu einer ruhigen und besonnenen Auffassung von den Möglichkeiten und Zielen der Schweizer Politik zu bringen. Es zeigte sich aber bald, daß man in Bern diese Instruktion ganz anders aufgefaßt hatte. Die Radikalen glaubten, darin eine unbedingte Gutheißung und Unterstützung ihrer Politik zu sehen, und sie sorgten für eine ausgiebige Verbreitung von Palmerstons Stellungnahme.¹⁹ Palmerston hatte in der Folgezeit ständig mit dem blinden Glauben an eine unbedingte Hilfe Englands in den Schweizer radikalen Kreisen zu kämpfen.²⁰

18. Peels Bericht vom 14. August 1847. Corr. rel., S. 164.

19. Ochsenbein hatte Peel während der Unterredung um eine Abschrift dieser Instruktion gebeten; Peel wurde von Palmerston zu der Überreichung autorisiert. Palmerston an Peel, 31. August 1847. Switzerland. F. O. 100/51. XIX. Corr. rel., S. 167.

20. Der Glaube an Palmerstons Hilfe wurde damals zum Allgemeingut für die Liberalen, und er blieb auch erhalten. Im Jahre 1848 schrieb der Schweizer Berichterstatler der Neuen Rheinischen Zeitung: „Im übrigen ist er — (Munzinger) — ein gemäßigter Fortschrittsmann à la Furrer und ver-

Am 3. September 1847 wurde die Ausweisung der Jesuiten aus dem ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft beschlossen, am 9. September vertagte sich die Tagsatzung bis zum 18. Oktober des gleichen Jahres. In der Zwischenzeit wollte man versuchen, die Streitigkeiten auf gütlichem Wege zu schlichten; sollten diese Versuche mißlingen, dann hatte man nach dem 18. Oktober über die Ausführung und Durchführung der Resolutionen Beschluß zu fassen.²¹

Palmerston wandte sich an Österreich und an Frankreich: die Mächte möchten doch ihr Möglichstes tun, um die 7 Kantone zur Aufgabe ihres Sonderbundes und zur Wiedereinordnung unter die Autorität des Bundes zu bewegen; desgleichen sollten sie versuchen, den Papst zur Rückrufung der Jesuiten zu bewegen.²² Palmerstons Rufe mußten in Wien auf taube Ohren stoßen. Metternich hatte kein Interesse an der Schweiz an sich — wie es Louis-Philippe und Guizot zum Teil doch hatten — in keiner seiner Instruktionen oder Betrachtungen wäre ein Verständnis für die schweizerischen Verhältnisse zu finden. Für ihn war es eine System- und Prinzipienfrage, was geschehen sollte. Die souveränen Kantonsrechte, die in der Schweiz die verlotterten Zustände schützten und dutzenderlei Möglichkeiten für fremde Einmischung und Intrigen boten, hatten für ihn den „Wert eines Prinzips“.²³ Die verfassungsmäßige Wandlung der Eidgenossenschaft war für ihn gleichbedeutend mit einer Änderung in der staatsrechtlichen Persönlichkeit der Schweiz; die konservativen Elemente mußten daher in jedem Falle gestützt werden.²⁴

Die Sonderbundskantone waren arm; selbst in Luzern herrschte Knappheit an Geld. Dazu kam in diesem Jahre eine

langt, die Schweiz soll sich nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern, und die große europäische Politik Gott und Lord Palmerston überlassen.“
Neue Rheinische Zeitung, 29. November 1848.

21. vergl. dazu Peels Berichte vom 5. Sept. 1847 in: Corr. rel., S. 168 f. und vom 10. Sept. 1847 in: Corr. rel., S. 171.

22. Palmerston an Normanby, 17. August 1847 und Palmerston an Ponsonby, 17. August 1847, in: Corr. rel., S. 161 u. 162.

23. „...les droits souverains des cantons, qui pour nous ont la valeur d'un principe.“ Metternich, a. a. O., VII, S. 97.

24. vergleiche dazu: Heinrich von Srbik, Metternich. München 1925. II, S. 160 f.

Lebensmittelnnot. Bernhard Meyer und Siegwart-Müller versuchten, von Österreich ein Darlehen von 500 000 Gulden zu erlangen; Metternich konnte den sieben Kantonen schließlich, nach wiederholter Mahnung, im November 1846, ein einmaliges, unverzinsliches Darlehen von 100 000 fl. zukommen lassen. Er versuchte vergeblich, durch Androhung von Zwangsmaßnahmen (Handelsboykott, Auswanderungsbeschränkung) die Kantone Graubünden und Tessin von dem Beitritt zum Tagsatzungsbeschuß abzuhalten. Hingegen bewirkte der Einfluß Metternichs, daß das Haus Rothschild ein Anlehen, um das von der Tagsatzungsmehrheit angesucht worden war, ablehnte.²⁵ Die militärischen Verbindungen des Sonderbundes mit Österreich führten schließlich zu der Sendung von 3000 Gewehren (aus Mailand). In österreichischen Militärkreisen rechnete man schon längere Zeit damit, daß aus den Schweizer Unruhen ein europäischer Krieg entstehen würde; Truppenverschiebungen konnte man nur in beschränktem Maße vornehmen, da die Situation in Italien sehr gespannt war, und diese Truppen blieben letzten Endes auch völlig unwirksam. Der Sonderbund hatte schon lange versucht, Österreich stärker persönlich an einen kommenden Kampf zu binden, und man hatte in Wien auch um die Entsendung eines Generals als Oberbefehlshaber für die Truppen der sieben Orte nachgesucht. Im Sommer 1846 schickte Metternich den Fürsten Friedrich von Schwarzenberg in die Schweiz, der aber schließlich bei Ausbruch des Kampfes nicht die oberste Leitung, sondern aus freiem Willen nur eine beratende Stelle beim Oberstkommandanten einnahm, um die Gefühle der Bevölkerung nicht zu provozieren.²⁶ Auch Frankreich schickte Waffen an den Sonderbund, durch Neuenburger Gebiet, die aber abgefangen wurden;²⁷ desgleichen hatte Sardinien, dessen Politik

25. „Das betreffende Schreiben der Tagsatzung an das Haus Rothschild nebst der darauf erteilten abschlägigen Antwort ist von dem Chef dieses Hauses dem Fürsten Metternich mitgeteilt worden, welcher sich mit der Antwort sehr befriedigt erklärt hat.“ Es handelte sich um die Summe von 2 Millionen Gulden. Bericht des kgl. preußischen Gesandten beim Deutschen Bund, Dönhoff, Frankfurt 11. Nov. 47. G. St. A. A. A. IA Bm 16.

26. vgl. die Angaben über Quellen und Literatur in den Arbeiten von Joh. Dierauer und Hans Schneider (vgl. S. 7, Anm. 1).

27. vergl.: Corr. rel., S. 186 f. (Peels Bericht vom 14. Okt. 1847). Die

inbezug auf die Schweiz in dieser Zeit jede Einheit vermissen ließ, Waffen geschickt.

Der Versuch Palmerstons in Wien vom 17. August 1847²⁸ schlug fehl. Ponsonby berichtete am 21. September, Metternich hätte den Kantonen von Palmerstons Vorschlag Kenntnis gegeben, diese hätten aber sofort auf das Bestimmteste abgelehnt.²⁹ Metternich verhehlte nicht, daß er an einen Erfolg dieses Schrittes nie geglaubt habe; er habe es aber für seine Pflicht gehalten, dem Präsidenten des Sonderbundes Palmerstons Wünsche zu unterbreiten. — Metternich war sich über den Inhalt der Antwort des Sonderbundes keinen Augenblick im Zweifel gewesen, und er fand, sie zeige das Recht der sieben Orte, „d'une manière tout à fait victorieuse à mes yeux.“³⁰

Eine Stellungnahme von Österreich und Frankreich gegen den Sonderbund wäre von großer Bedeutung gewesen und hätte wahrscheinlich den Krieg unmöglich gemacht, da die sieben Kantone, ganz auf sich allein gestellt, sich zum Kampfe kaum stark genug gefühlt hätten. In Österreich, wie in Frankreich, machte man den großen Fehler, daß man die militärische Kraft des Sonderbundes viel zu hoch einschätzte; in Preußen und Rußland dachte man teilweise ähnlich. Obschon die Kantone des Sonderbundes nur über den vierten bis fünften Teil aller Einwohner der Schweiz verfügten, glaubte man auf die alte Tapferkeit der inneren Orte bauen zu können, umsomehr als die beiden Freischarenzüge für die Radikalen so kläglich geendet hatten. Man vertraute auf die natürliche Sicherung der inneren Orte und des Wallis durch die bergige Struktur des Landes und spekulierte auf die Uneinigkeit im radikalen Lager: Der Krieg könne also sehr wohl wie die Freischarenzüge mit der Niederlage der Radikalen enden; zumindest aber würde er lange

Unterstützung eines Sonderbundskantones war durch Tagsatzungsbeschluß verboten worden.

28. Am 9. August 1847 hatte Palmerston schon einen ähnlichen Vorschlag in Wien gemacht. — Corr. rel., S. 159.

29. Corr. rel., S. 172. — Am 29. Sept. schickte Ponsonby an Palmerston Metternichs schriftl. Antwort und die sehr ausführliche Erwiderung des Sonderbundes. Abgedruckt in: Corr. rel., S. 175 f.

30. Metternichs identische Depeschen nach Paris, Berlin und Petersburg (29. September 1847). — Metternich, a. a. O., VII, S. 482 f.

dauern, sodaß sich leicht eine Gelegenheit zum Eingreifen ergeben werde.

Palmerston versuchte noch einmal, dem Kriegausbruch zuvorzukommen. Lord Minto, der eben in Spezialmission nach Italien ging, sollte den Weg über die Schweiz nehmen und dort mit aller Kraft und Besonnenheit für Ruhe und Frieden reden und zugleich versuchen, die Befriedigung der liberalen Forderungen durchzusetzen. — Am 15. und 18. September hatte Palmerston die Berichte Peels über die Tagsatzungsbeschlüsse erhalten, die die Jesuitenausweisung und Vertagung betrafen. Die schriftlichen Instruktionen an Minto³¹ stammen vom 18. September; sie erreichten Minto aber erst in Turin, als er die Schweiz schon wieder verlassen hatte. Minto traf bereits am 18. September in Bern ein und hatte am Tage darauf eine Unterredung mit Ochsenbein, den er zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu bewegen versuchte:³² Ein Angriff auf Luzern könne leicht Österreich gegen den Bund ins Feld führen, und das würde für die Unabhängigkeit der Schweiz sehr gefährlich sein. Ochsenbein erwiderte, der Sonderbund könne unmöglich lange Widerstand leisten, und gegen eine fremde Invasion sei die Schweiz gerüstet. Er werde gewiß alles tun, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen, aber Sonderbund und Jesuiten müßten verschwinden. Minto erwiderte, daß er vom Papst die Rückziehung der Jesuiten zu erlangen hoffe; Ochsenbein erklärte daraufhin, daß das die befriedigendste Lösung sein würde. Der Engländer war der Auffassung, daß durch die Aufhebung der jesuitischen Niederlassungen in der Schweiz der Friede erhalten werden könnte. „There would remain no object for the Sonderbund, which would immediately be dissolved.“³³ Minto

31. Minto Mission. F. O. 44.

32. Minto hat in Bern nur nach allgemeinen mündlichen Instruktionen verhandelt und war durch Peel bei Ochsenbein eingeführt worden, da auch sein Beglaubigungsschreiben ihn erst in Turin erreichte. Mintos irrige Auffassung von der alleinigen Wichtigkeit der Jesuitenfrage wurde auch durch Peel gestützt; vergl. Peels Bericht vom 23. Sept. 1847 über Mintos Besuch bei Ochsenbein in: Corr. rel., S. 173.

33. vgl. Mintos Bericht an Palmerston aus Turin, vom 4. Okt. 1847. — Corr. rel., S. 183 f.

Minto hatte die gleiche Ansicht auch in einem Privatbrief an seinen Schwiegersohn, den Premier Lord John Russell ausgesprochen, am 20. September

war in dieser Auffassung auch durch den Kanzler des Bundes bestärkt worden, einen Anhänger der Konservativen, der ihm gesagt hatte, daß keine Pläne zum Ausbau der Bundesgewalt vorhanden seien, die öffentliche Meinung tendiere vielmehr zur kantonalen Unabhängigkeit. Palmerston wurde also auch hier nochmals falsch orientiert: die Jesuitenfrage erschien als das Hauptproblem und die Frage der Verfassungsrevision schien nur die Folge der durch die Jesuitenumtriebe entstandenen Mißstimmung zu sein. — Trotz der geringen Kenntnis, die man in London von den Schweizer Zuständen hatte, war die Einschätzung der Kampfkraft der beiden feindlichen Gruppen doch richtiger als diejenige der anderen Kabinette. Minto hatte in Turin Gelegenheit, den päpstlichen Gesandten zu sprechen und ihm seine Besorgnisse und Vorschläge zu unterbreiten, und Corboli Bussi versprach ihm, dem Papste davon Mitteilung machen zu wollen. Am 22. Oktober instruierte Palmerston Minto erneut, beim Papste die Zurückrufung der Jesuiten durchzusetzen oder zumindest zu erreichen, daß der Papst irgend einen Schritt zur Vermeidung des Bürgerkrieges in der Schweiz unternehme: „Your Lordship will not omit to press strongly upon the consideration of the Papal Government, that an Ecclesiastical Power like that of Rome must above all things desire to prevent war, and to preserve peace among all mankind.“ Der Papst habe die Möglichkeit und auch die moralische Verpflichtung, die Ursachen, die zum Kriege führen könnten, mit einem Entschluß zu beseitigen.³⁴

Palmerston glaubte alle Veranlassung zu haben, einen solchen Entschluß des Papstes möglichst rasch auf diese Weise herbeizuführen: am Tage vor der Redaktion dieser letzten Instruktion an Lord Minto, am 21. Oktober, hatte er Peels

1847, — „I think, as I have told Palmerston, that the affairs of this country may be peaceably settled if we can hold out of fair prospect of the Pope's intervention in withdrawing the Jesuits from every part of Switzerland. This would be acceptable to a great majority on both sides. But Austria opposes it, and France here as elsewhere fans the flame of discord. So that I fear we cannot calculate upon any assistance from them at Rome in persuading the Pope to interpose his authority.“ G. P. G o o c h, The later Correspondence of Lord John Russell 1840—1878. London 1925.

34. vgl. Corr. rel., S. 171 f., 183 f., 188 f.

Bericht vom 16. erhalten, in welchem sein Vertreter ihm mitteilte, daß nun auch St. Gallen und Graubünden (ersteres allerdings mit geringer Mehrheit) beschlossen hätten, den Tagsatzungsbeschluß zur Anwendung von bewaffneter Gewalt zu unterstützen, wenn der Sonderbund sich dem Beschluß vom 20. Juli nicht freiwillig unterziehe. Mit den Stimmen dieser beiden Orte hatte die Partei in der Tagsatzung, die für den Kampf war, eine Mehrheit hinter sich, und der Ausbruch des offenen Bürgerkrieges schien nun für die Zeit nach Zusammentritt der Tagsatzung gewiß zu sein.³⁵ Aus einer irrigen Auffassung heraus glaubte Palmerston, den Ablauf der drohenden Ereignisse durch einen Schritt in Rom doch noch aufhalten zu können; sein Hauptziel sollte es in der Folge sein, übereilte Schritte zu verhindern, die fremden Mächte hinzuhalten und für Unterhandlungen in Rom Zeit zu gewinnen. Sollten diese fehlschlagen, dann mußten die fremden Mächte unter allen Umständen von einer Einmischung in die Schweizer Handel ferngehalten werden; die Tagsatzung allein würde den Sonderbund rasch niederzwingen, und der Friede Europas bliebe in diesem Falle gesichert.

Man hat der Minto-Mission zu allen Zeiten in dem politischen Spiel der Kräfte vor Ausbruch der Februar-Revolution eine Bedeutung zugeschrieben, die sie inbezug auf die Vorgänge in der Schweiz nie hatte. Es lag nicht in Palmerstons Interesse, in der Schweiz sich politisch festlegen zu lassen und in seiner Handlungsfreiheit an Kräfte gebunden zu sein, die er nicht kontrollieren konnte und über die ihm keine Machtmittel zu Gebote standen. Die Schweiz an sich interessierte ihn nicht, sie war kein Interessengebiet Englands; hätte Palmerston daran gedacht, mit den Radikalen in der Schweiz gemeinsame Politik zu machen, dann hätte er die Verhältnisse des Landes und seine Zustände unbedingt besser kennen müssen, als es damals bei ihm der Fall war. Die Überschätzung der Wichtigkeit der Mission Lord Mintos wurde durch die sanguinischen Hoffnungen und Freudebekundungen hervorgerufen, die die Radikalen in der Schweiz daran knüpften, und die auszumalen sie nicht müde wurden. Hier, in

35. Peels Bericht vom 16. Oktober 1847 in: Corr. rel., S. 187.

dem großen und so nicht beabsichtigten Auftrieb, den sie der radikalen Sache brachte, liegt auch die eigentliche Bedeutung dieser Mission für die Vorgänge in der Schweiz selbst. Gewiß hatte Palmerston durch die Entsendung Mintos auf die Wichtigkeit, die er den Vorgängen in der Schweiz beimaß, hinweisen und der Regierung des Vorortes sein Vertrauen ausdrücken wollen; er hatte aber nicht mit den Folgen gerechnet, die dieser Schritt nachträglich für ihn zu haben schien. Für den Tagatzungspräsidenten war die Mission Mintos eine schmeichelhafte Bestätigung von Palmerstons Wohlwollen, wie Peel es ihm Anfang August übermittelt hatte; Ochsenbein drückte Minto gegenüber die Genugtuung aus, die dieser Besuch ihm bereitet habe, er sprach sehr offen über die Wohlgesinntheit, die die britische Regierung der Schweiz bewiesen habe, und Minto glaubte das Vertrauen, das man England entgegenbrachte, trotz einiger Einschränkungen, die er machte, nicht völlig unwirksam machen zu dürfen. Er machte den Präsidenten zwar darauf aufmerksam, daß Englands „good offices“ an gewisse Grenzen gebunden seien; aber Ochsenbein schien das nicht allzu wichtig zu nehmen; jedenfalls verfehlte er nicht, öffentlich bekannt zu machen, wie sehr England an der Unabhängigkeit der Schweiz interessiert sei, und wie sehr es einer fremden Invasion in das Gebiet der Eidgenossenschaft ablehnend gegenüberstehe. In der radikalen Presse wurden denn auch sogleich extreme Folgerungen aus diesem Besuch gezogen, die an den Höfen und bei den Regierungen der fremden Mächte einige Überraschung hervorriefen, und Palmerston sah sich gezwungen, den Regierungen und der Schweiz gegenüber diese Mitteilungen zu dementieren.³⁶

36. Am 5. Oktober 1847 schickte Palmerston folgende Instruktion an Peel: „As certain erroneous statements have appeared in the public journals, purposing to give an account of what passed at the interview between the Earl of Minto and M. Ochsenbein, I have to instruct you, whenever the matter may be mentioned, to say that Lord Minto made no communication whatever as to what England would or would not do in the event of any foreign Powers interfering by force of arms in the internal affairs of Switzerland. The British Government has reserved to itself unfettered freedom to act as it may think fit on such occasion, if it should unfortunately happen“. — Switzerland F. O. 100/51, XXVI (abgedruckt in: corr. rel., S. 174). — Diese Instruktion für Peel wurde auch an die Gesandten bei den Großmächten geschickt;

Eine Festlegung Palmerstons wäre gleichbedeutend gewesen mit einer politischen Neutralisation, während die ganze Stärke seiner Position in den Verhandlungen gerade auf der mehr oder weniger großen Ungewißheit seiner endgültigen Stellungnahme beruhte, einer Ungewißheit, die er virtuos festzuhalten verstand, bis der entscheidende Augenblick vorbei war. — Die Sorge vor einer Mißdeutung seiner Absichten in gewissen Kreisen der Schweiz hat Palmerston seit dieser Zeit nicht mehr verlassen, und er versuchte immer wieder, durch ernste Mahnungen und entschiedene Ablehnung die Hoffnung auf eine militärische Hilfe von Seiten Großbritanniens zu zerstören.

Die englische öffentliche Meinung war der Sache der Radikalen in der Schweiz wenig günstig gesinnt, soweit sie überhaupt ein Interesse für die Schweizer Angelegenheit und die Vorgänge hatte. Der Name „Radicals“ hatte in England keinen guten Ton, im englischen Sprachgebrauch war er die Bezeichnung für eine extreme politische Einstellung, die den Schweizer Verhältnissen nicht entsprach. Man neigte eher dem Sonderbund zu, da man in den Radikalen Bekämpfer des Christentums zu sehen glaubte; die Berichte, die englische Zeitungen über die Schweiz brachten, stammten meist aus konservativen französischen Blättern (*Journal des Débats*).³⁷ Eine Ausnahme machten die „7 Briefe über die schweizerische Politik“, die der Historiker George Grote in der Zeit vom 4. September bis zum 16. Oktober 1847 im „Spectator“ veröffentlichte. Grote hatte im Spätsommer des Jahres 1847 die Schweiz bereist, wo ihn die Ver-

France F. O. 27/776, 11. Okt. 1847 — Austria F. O. 7/335, 12. Okt. 1847 — Prussia F. O. 64/271, 12. Okt. 1847 — Russia F. O. 65/332, 9. Okt. 1847. vgl. dazu die Berichte von Peel und Ponsonby (Corr. rel., S. 183 u. 200) und Palmerstons Rückantwort an Peel (Corr. rel., S. 187). — Peel machte Palmerstons Instruktion auf einem Diner bekannt, das die Berner Regierung ihm zu Ehren gab.

37. vgl. den Brief von George Grote an den St. Galler Landamman J. Mathias Hungerbühler, vom 15. Sept. 1847. „Il règne ici une grande ignorance touchant la question suisse; il n'est que trop vraisemblable que moi-même je ne la connaisse que très imparfaitement, mais mes compatriotes n'en savent presque rien.“ Johannes Dierauer, *St. Gallische Analekten*. XVII. Aus der Sonderbundszeit. St. Gallen 1910, S. 6 f. u. 13. —

Als konservative engl. Auffassung vergl.: Edward Bickersteth, M. A. — *The present crisis in Switzerland and the Events which led to it*. London 1848.

hältnisse aus dem Grunde so sehr interessierten, weil er eine Parallele zu den Zuständen im alten Griechenland zu finden glaubte. Seine Berichte, die ein großes Verständnis der wirklichen Tatsachen verrieten, waren entschieden der Sache der Radikalen günstig;³⁸ es läßt sich nicht nachweisen, ob Palmerston sie gelesen hat.

In zwei Instruktionen vom 29. Oktober 1847 versuchte Palmerston nochmals, Ochsenbein und die Tagsatzung zum Frieden zu mahnen. Er war bereits unterrichtet, daß die außerordentliche Tagsatzung zusammengetreten war, und daß sie als letzten Vermittlungsversuch Bundeskommissare in die Orte des Sonderbundes entsandt hatte, die die Kantone zur Aufgabe ihrer Sonderallianz bewegen sollten, daß die Tagsatzung an die sieben Orte eine Proklamation erlassen und General Dufour zum Oberstkommandierenden über die Schweizerischen Truppen ernannt hatte.³⁹ Beide Instruktionen Palmerstons waren in sehr ernstem und dringlichem Ton gehalten. Die erste Instruktion warnte den Vorort vor jedem übereilten Schritt, und es wurden alle nachteiligen Folgen aufgezählt, die eine aggressive Handlung haben könnte: Der Sonderbund sei zwar ungesetzlich, er sei aber nie aggressiv gewesen, und zu übereiltem Vorgehen scheine keine Notwendigkeit vorzuliegen. Ein Bürgerkrieg sei für jedes Land eine der schlimmsten Strafen; nur zu leicht führe er zu fremder Intervention und damit zu einem permanenten fremden Einfluß in internen Angelegenheiten. Wolle die

38. George Grote: Seven Letters concerning the Politics of Switzerland.

Die Briefe wurden Ende Oktober 1847 in Buchform herausgegeben, in einer neuen Auflage im Jahre 1876. Der zweiten Auflage ist ein Brief Grotes angeschlossen, den er am 31. Dezember 1847 an Alexis de Tocqueville geschrieben hatte, und in welchem Grote seiner Befriedigung über den glücklichen Abschluß des Schweizer Kampfes Ausdruck gab. Grote, der sonst kein Anhänger Palmerstons war, rechtfertigte hier Palmerstons Politik in jeder Weise.

Bunsen berichtete über den Erfolg der Briefe Grotes im Zusammenhang mit einer Erläuterung seines Vorgehens: „Zugleich habe ich geglaubt Rücksicht nehmen zu müssen auf ein Buch, das hier einen großen Eindruck gemacht hat, und von allen Staatsmännern sehr studiert worden ist: Herrn Grote's Briefe über die Schweiz.“ G. St. A. A. A. IA Bm 3 XI. Bericht vom 14. November 1847.

39. Peels Berichte vom 18., 19., 22. Oktober 1847. Corr. rel., S. 189 f.

Tagsatzung einen vollen Erfolg erreichen, dann müsse sie die sieben Orte erobern. Ob das aber eine zum Voraus sichere Sache sei? Sie möge an sich ungewiß sein, sie sei aber dann ganz unsicher, wenn der Sonderbund fremde Hilfe erhalte. Bei einem Mißerfolg hätte die Tagsatzung als Angreifer ihre starke Position der anderen Partei gegenüber verloren. Das freundschaftliche Interesse Englands gebiete ihm, diese Warnungen auszusprechen. — Palmerston schien der Kraft der Radikalen doch nicht so völlig sicher zu sein. — Die zweite Instruktion gibt die Antwort auf die Frage, warum Palmerston den Kriegsausbruch hinauszögern wollte: Der Versuch Mintos, den Papst zu einer versöhnlichen Handlung zu bewegen, würde durch einen Angriff illusorisch gemacht; der Papst könnte nichts mehr tun, da der Krieg ja ein Krieg von Protestanten gegen Katholiken wäre. Und irgendein Schritt des Papstes zur Rückrufung der Jesuiten wäre dann gleichbedeutend mit einer Preisgabe der katholischen Interessen in der Schweiz.⁴⁰

Die Tagsatzung konnte bei der Lage der Dinge nicht nach Palmerstons Vorschlag handeln. Peel erhielt die Instruktionen am 3. November, am Vormittag des 4. November war er bei Ochsenbein. Der Präsident lehnte das Argument des Religionskrieges ab: Solothurn, Tessin und St. Gallen seien mehrheitlich katholisch und doch auf Seiten der Tagsatzung. Die Bundespartei kämpfe für ein Prinzip, für die Aufrechterhaltung der Unverletzlichkeit des Bundespaktes. Die Vermittlungsversuche beim Papste würden vergeblich sein, Lord Minto werde darin den gleichen Mißerfolg haben wie Sardinien. Die Dinge seien dazu auch schon viel zu weit gediehen, die Schuld der Herausforderung liege nicht bei der Tagsatzung. Als Peel auf die Gefahr einer fremden Intervention hinwies, antwortete Ochsenbein nach Peels Bericht: „let it come; if our forces are defeated,

40. Switzerland F. O. 100/51, XXX u. XXXII. — Corr. rel., S. 195 f.

(Peel hatte um diese Zeit auch einen Zusammenstoß mit einer Wache gehabt, wie früher Morier. Palmerston erklärte sich mit der erhaltenen Satisfaktion zufrieden; er gab Peel ausführliche Verhaltensmaßregeln, damit ihm das kein zweites Mal passiere. Auch aus dieser Nebensächlichkeit ist leicht festzustellen, wie sehr es Palmerston darauf ankam, keine Verstimmung wachsen zu lassen. Switzerland F. O. 100/51, XXXI. Palmerston an Peel, 29. Oktober 1847.)

we may no longer be a nation; but, for my own part, I would rather that we should cease to exist as a nation, than remain in the position we have so long and ignominiously held.“⁴¹

Palmerstons Versuche waren erfolglos geblieben. Am Nachmittag dieses 4. Novembers wurde der Beschluß in der Tagsatzung gefaßt, die Auflösung des Sonderbundes mit Waffengewalt durchzuführen. Palmerston erfuhr diesen Beschluß am 9. November.⁴² Am 15. November teilte ihm der Schweizerische Generalkonsul in London mit, der Vorort habe ihn mit der Mitteilung beauftragt, daß die Schweizerische Confoederation entschlossen sei, ihre internen Angelegenheiten allein zu regeln, und daß sie jede fremde Intervention sehr bestimmt zurückweisen würde.⁴³

Mit dem Augenblick, da der Kriegeausbruch gewiß war, handelte es sich für Palmerston darum, das Eingreifen der fremden Mächte zu hindern, damit die Schweiz ihre Angelegenheit selbst erledigen konnte. Er glaubte immer noch, daß Ausweisung der Jesuiten und Auflösung des Sonderbundes den Streitfall beendigen würden. Sein Interesse ruhte daher auf ganz anderen Dingen als das Interesse Metternichs, der besser erkannte, worum es in diesem Kampfe ging; der Unterschied in der Beurteilung sollte sich noch als sehr wesentlich herausstellen, er ermöglichte auch den spezifischen Ablauf, den die Verhandlungen zwischen den Mächten nun nahmen.

Drittes Kapitel.

Das Eingreifen Palmerstons.

Am gleichen Tage, da Palmerston von dem Beschluß der Tagsatzung zum Kriege erfuhr, erhielt er von Broglie den Entwurf zu einer identischen Note der Mächte an die Eidgenossenschaft, den Guizot ausgearbeitet hatte.

Palmerston hatte am 29. Oktober ein letztes Mal vergeblich versucht, den Sturm zu beschwören. Die Situation in Europa

41. Peels Bericht vom 4. November 1847. Corr. rel., S. 213 f.

42. Zweiter Bericht Peels vom 4. November 1847. Corr. rel., S. 214.

43. J. L. Prevost an Palmerston ,15. November 1847. Switzerland F. O. 100/54.

hatte sich verdüstert. In Spanien war unter Narvaez die Reaktion wieder zur Macht gekommen und behauptete sich; sie war gleichbedeutend mit dem Schwinden des englischen Einflusses, und Palmerston sah hierin einen Herd neuer zukünftiger Unruhen. In Italien war die Erregung und Auflehnung gegen die alten Gewalten ständig im Wachsen; seit der Besetzung und Okkupation von Ferrara erwartete man täglich den Ausbruch einer revolutionären Bewegung gegen Österreich. Schon im September hatten in Mailand Meutereien stattgefunden. Der Papst wandte sich scharf gegen das österreichische Vorgehen; der französische Gesandte, Rossi, versprach ihm die Unterstützung Frankreichs, und Karl Albert von Sardinien bekannte sich zum ersten Male deutlich für eine nationale italienische Politik, im Gegensatz zu der Vormachtstellung Habsburgs. Guizot war gezwungen, mit Palmerston gegen die österreichische Politik zu protestieren. Metternich trat zwar den Rückzug an — (am 18. Dezember 1847 wurde die Stadt Ferrara definitiv von den österreichischen Truppen geräumt) — aber die Vorgänge hatten Palmerston deutlich genug gezeigt, daß die Allianz Österreich—Frankreich eine Schein-Allianz war, die bei dem ersten ernsthaften Zusammenstoß der einander widerstrebenden Interessen auseinanderbersten mußte. Von da bis zum Krieg gegeneinander war dann nur ein kurzer Schritt, und der konnte in dieser aufgeregten Atmosphäre leicht durch ein Aufeinanderplatzen in der Schweiz herbeigeführt werden. — Was Palmerston im Augenblick wollte, nämlich durch Reformen Revolutionen und Kriegen vorbeugen, das hat er in Italien ebensowenig erreicht wie in der Schweiz, er kam mit seinen Vorschlägen überall viel zu spät. In Italien, wie in der Schweiz, war das Volk überzeugt, daß Palmerston zur radikalen Sache stünde; auch die Italiener glaubten, daß England gewillt sei, für sie in den Krieg zu ziehen, und in diesem Sinne feierten sie Palmerston und seinen Abgesandten Minto als ihre Befreier.

Der 29. Oktober 1847 ist der entscheidende Tag für Palmerstons Politik in der Schweiz, der Tag, an dem er sich entschließt, den Faden des Spieles selber in die Hände zu nehmen. — An diesem Tage sandte er die beiden Instruktionen an Peel, deren Tenor viel besorgter und eindringlicher war als früher. Bis

zu diesem Zeitpunkt war den Ereignissen gegenüber eine gewisse Distanz immer fühlbar gewesen: man hatte sich nur ungern in eine Angelegenheit gemischt, an der man im Grunde nur sehr wenig interessiert war.

Broglie hatte seit dem zweiten Gespräch, das er mit Palmerston über die Schweizer Angelegenheit gehabt hatte, versucht, auf dem Umwege über den preußischen Gesandten Bunsen mit Palmerston in Fühlung zu bleiben und ihn zu einer Entschließung in dieser Sache zu veranlassen.¹ Bisher ohne Erfolg. Noch am 30. Oktober berichtete Broglie an Guizot, Bunsen sei ohne Hoffnung; Palmerston, der „lion blessé, pas traitable“, verharre in seiner ablehnenden Haltung; er werfe Preußen, Österreich und Frankreich „des projets démesurés“ vor. Am Abend des gleichen Tages, berichtete Broglie am 1. November, sei Bunsen zu ihm gekommen und habe ihm das Folgende mitgeteilt: „Je quitte Lord Palmerston; je l'ai trouvé très préoccupé de la collision qui s'approche en Suisse. Il demande si l'on ne pourrait pas encore prévenir l'effusion du sang par une démarche collective des grandes puissances et il m'a invité à m'en entretenir avec vous.“²

Bunsen hatte versucht, Palmerston zu einem Eingreifen in der Schweizer Angelegenheit zu veranlassen, indem er ihm vor-

1. Bunsen stand persönlich in guten Beziehungen zu Palmerston und wurde darum als Vermittler von Broglie herangezogen. Obschon er ein konservativer Mann war, durch gemeinsame religiöse Interessen mit Friedrich Wilhelm IV. verbunden, hatte Bunsen doch eine bemerkenswert unvoreingenommene und den Tatsachen entsprechende Auffassung von der Bedeutung der Vorgänge in der Schweiz. Seine Auffassung, die auf der Erfahrung vieler Jahre beruhte, die er in der Schweiz verlebt hatte, hat er auch während des Neuenburger Handels aufrecht erhalten. Für das Preußen unter Friedrich Wilhelm IV. aber war Bunsens politische Einstellung zu liberal; er wurde von Österreich und besonders von Rußland stark angefeindet, weil man ihn im Fahrwasser der liberalen engl. Politik glaubte, und es berührt einen eigenartig, wenn man in einem Briefe des russischen Kanzlers Nesselrode liest: „... Ce Bunsen s'agit beaucoup trop à Londres. N'est il pas singulier que sur ce terrain les ministres de Prusse deviennent toujours intrigants et remuants? C'était le cas de Bülow, et Bunsen marche complètement sur ses traces.“ (Nesselrode an Meyendorff, den russ. Gesandten in Berlin. Lettres et papiers du Chancelier Comte de Nesselrode, 1760—1856. Paris, IX, 16. Nov. 1847).

2. Thureau-Dangin, a. a. O., VII, S. 186 f. Broglies Berichte an Guizot vom 30. Oktober und 1. November 1847.

stellte, daß es Großbritanniens Pflicht sei, für die Erhaltung des Friedens zu sorgen. Am 30. Oktober hatte er seine entscheidende Unterhaltung mit Palmerston, der sich zunächst sehr reserviert zeigte. Bunsen berichtete darüber am 1. November: „J'ai essayé“, me dit-il, „de le faire depuis quatre mois, ici et à Paris: mais la France a pris fait et cause pour les Jésuites, ce que je ne peux pas faire, et a toujours l'arrière-pensée de l'intervention pour elle et pour l'Autriche, expédient que je crois plus dangereux et plus pernicieux que tout le mal qui peut arriver. Il vaut mieux que les partis vident eux-mêmes leur querelle („it is better that they should fight it out“). Cependant, si vous m'indiquiez un moyen qui ne soit pas en contradiction avec les deux principes que je pose, je suis prêt à agir comme le Gouvernement de Prusse le désirera.“ Palmerston habe dann von der Jesuitenfrage geäußert, daß es wünschenswert wäre, daß Preußen und Großbritannien sich in Rom um ihre Zurückziehung aus Luzern bemühten. Als Bunsen zweifelte, ob die protestantischen Mächte in Rom Erfolg haben würden, habe Palmerston geantwortet: „Vous savez que l'Autriche ne le fera jamais à moins qu'elle ne soit entraînée par la France: et la France, au lieu de l'entraîner suit la même marche pour lui plaire, et pour ses desseins à elle. Toutes les deux elles veulent l'intervention et les jésuites — soyez en sûr. Si cependant vous voulez en parler au Duc de Broglie, je vous autorise à lui dire que je me joindrai encore à cette heure à des propositions acceptables, quant à une démarche uniforme de la part de toutes les Puissances. Je vous promets d'avance que je ferai tout ce que vous pouvez désirer. Je ne le cède à personne dans le désir de prévenir une guerre civile.“

Von dieser Unterredung gab Bunsen Broglie sofort Mitteilung. Broglie wollte mit Palmerston über die Sache erst sprechen, wenn er Instruktionen aus Paris habe. Er zeigte sich zunächst noch skeptisch und glaubte, daß man unter Umständen zu spät komme, aber Bunsen riet ihm, die neuen Dispositionen des Foreign Office unbedingt ernst zu nehmen.³

„C'est notre politique qui devient une politique européenne“ hatte Guizot triumphierend an Broglie geschrieben, als er im

3. Bunsens Bericht vom 1. November 1847. G. St. A. A. A. I A Bm 3 X.

August Palmerstons Bereitwilligkeit zu erkennen glaubte.⁴ Nun schien der große Augenblick für ihn gekommen zu sein, und er schien nun seine große Rolle als Mittler zwischen den Mächten spielen zu können.

Metternich hatte am 7. Oktober zu militärischen Demonstrationen an der Schweizer Grenze geraten; die Tagsatzung würde dadurch gezwungen, ihre Kräfte zu dezentralisieren (dies entsprach einem Einfall von Bois-le-Comte).⁵ Ende Oktober zählte Metternich die Maßnahmen auf, die Österreich getroffen hatte, und beklagte sich darüber, daß Frankreich untätig geblieben sei und so den Eindruck von Uneinigkeit zwischen den beiden Mächten erweckt habe.⁶ Zur gleichen Zeit gab Metternich den Kantonen des Sonderbundes die schriftliche Zusicherung: es sei Österreichs Ansicht, daß die sieben Kantone an einem Ausbruch der Feindseligkeiten nicht schuld seien; auf sie würde keine Verantwortung dafür fallen:⁷ „Cette guerre est une guerre de religion et de principes, et l'histoire ne fournit pas un pareil exemple d'une aussi complète négation des bases de l'ordre social de la part d'hommes revêtus du pouvoir.“⁸

Bei der Aktivität Metternichs war Guizot froh über die Anfrage, die aus London kam. Am 4. November schrieb er an Broglie, der Kriegausbruch stehe bevor und die Mächte würden sich zu einer Mediations-Rolle gezwungen sehen. Im Unterschied zu früher glaubte er nicht mehr zuwarten zu dürfen, bis der Hilferuf aus der Schweiz komme, da dann eine unparteiliche Stellungnahme nicht mehr möglich sei. Er kündete zugleich das Projekt einer Note an, das er ausarbeitete und das folgende Punkte enthalten sollte: Religiöse Fragen sollen an den Papst verwiesen, und ein Mediationsangebot der Mächte soll für alle

4. Thureau-Dangin, a. a. O., VII, S. 184.

5. Metternich an Apponyi, 7. Okt. 1847. Metternich, a. a. O., VII, S. 484.

6. Metternich an Apponyi, 31. Okt. 1847. Metternich, a. a. O., VII, S. 485 f.

7. Kaisersfeld an den Kriegsrat der sieben Kantone. — Metternich, a. a. O., VII, S. 488 f. — Das Schreiben ist eine Antwort auf die Mitteilung des Sonderbundes vom 31. Oktober 1847.

8. Metternich an Lützow (Rom), 7. Nov. 1847. Metternich, a. a. O., VII, S. 489.

politischen Fragen formuliert werden, die auf einer Konferenz entschieden werden. Die Schweiz würde, falls sie die Vermittlung zurückweisen sollte, als nicht mehr existierend und die Mächte als ihrer Verpflichtungen ledig betrachtet werden.⁹ Diese Ankündigung schickte Guizot am 4. November auch an die anderen Bevollmächtigten. Er bezweifelte, daß man noch zeitig genug komme, um den Beginn des Krieges zu verhindern. „Mais il y aura quelque chose à faire pour l'arrêter.“ Am 7. November hatte Guizot eine Unterredung mit Normanby, dem er nochmals beteuerte, daß Frankreich eine bewaffnete Intervention nicht wünsche („dislike“); ein Einzelvorgehen sei nutzlos, Lord Palmerston sei aber anscheinend ernstlich mit der Sache beschäftigt, man erhoffe darum ein gutes Resultat dieses Schrittes. Normanby betonte, daß Palmerston bereit sei, alles zur Vermeidung des Krieges zu tun, obschon seiner Ansicht nach der Vorort im Rechte sei.¹⁰ Am 7. und 8. November schickte Guizot sein Projekt einer identischen Note an die vier Mächte; es entsprach im Ganzen der Ankündigung und hatte folgenden Inhalt:¹¹

Die Mächte haben vergeblich versucht, durch gute Ratschläge den Kriegeausbruch in der Schweiz zu verhindern. Die Eidgenossenschaft besteht heute nur noch dem Namen nach und die Mächte sind berechtigt, diese Tatsache zu prüfen. Sie können die Eidgenossenschaft für aufgelöst und sich selbst ihrer Verpflichtungen entbunden erklären; ihr Recht dazu fußt:

- a) auf der Mitarbeit an der Verfassung von 1815,
- b) auf der Gebietserweiterung, die der Schweiz zugestanden wurde,
- c) auf der Garantie der Neutralität.¹²

Die Mächte wollen trotz des bereits Geschehenen einen letzten Versuch machen; sollte er scheitern, dann werden sie nur noch die Pflichten wahrnehmen, die die Regie-

9. Corr. rel., S. 210 f.

10. Normanby an Palmerston, 8. November 1847. Corr. rel., S. 211 f.

11. Das Projekt ist abgedruckt in: Guizot, a. a. O., VIII, S. 476 f. und: Corr. rel., S. 214 f. vergl. Metternich, a. a. O., VII, S. 492 (Anmerkung).

12. vergl. dazu oben, I. Teil, 1. Kapitel.

rungen ihren Ländern gegenüber und die die Länder unter sich als Glieder der europäischen Familie haben.

Die beiden kriegsführenden Parteien werden eingeladen:

- I. die Feindseligkeiten sofort zu unterbrechen,
- II. die religiösen Fragen gemeinsam dem Papste zur Entscheidung vorzulegen,
- III. für die politischen Fragen die Mediation der fünf Mächte anzunehmen. Die Mächte würden mit Delegierten der 22 Kantone auf einer Konferenz zusammenkommen, wo man über die Beseitigung der gegenwärtigen Krise und über allfällige Änderungen in der Verfassung beschließen würde, damit solche Krisen in der Zukunft unmöglich wären.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Note von einer Eidgenossenschaft, die gerade in diesem Kampfe nicht zuletzt auch für ihre Unabhängigkeit vom Ausland kämpfte, nie hätte angenommen werden können, ohne daß sie sich damit zugleich ihrer Souveränität begeben hätte. Abgesehen von diesem Prinzipiellen, stellte eine solche Note eine eindeutige Begünstigung des Sonderbundes dar, indem sie ihn der Tagsatzung gleichstellte, und indem sie die religiösen Fragen dem Papste zur Entscheidung überlassen wollte. Die Vertretung der Eidgenossenschaft durch Einzelvertreter der 22 Kantone hätte den Bund an sich illusorisch gemacht.

Preußen hatte zu der am 4. November erfolgten Ankündigung des Entwurfes am 10. November, Österreich am 11. seine Zustimmung gegeben, und beide Staaten bürgten zugleich für Rußland, dessen Antwort erst später eintreffen konnte. Als das Projekt vom 7. November aber dann wirklich eintraf, war selbst diese Note für Metternich nicht befriedigend. Er wollte nichts wissen von der Trennung in religiöse und politische Fragen und fand es höchst überflüssig, von einer Revision des Paktes jetzt zu sprechen, ja zuzugeben, daß die Mächte dabei mithelfen wollen. Guizot habe eine primitive Ansicht über die betreffenden Punkte, aber Österreich wolle der Wichtigkeit der Sache wegen seinen Standpunkt unterordnen. Metternich befürchtete das

Dazwischentreten Palmerstons, und er drängte darum Apponyi, Guizot möge so rasch als möglich den endgültigen Text der Note ihm bekannt geben.¹³

Am 6. November überbrachte Broglie Palmerston das Schreiben, in welchem Guizot am 4. November seinen Entwurf zu einer identischen Note angekündigt hatte; Palmerston erhob gleich zu Beginn Einsprüche, und Broglie fand ihn „très récalcitrant“. Er schrieb am gleichen Tage an Guizot, daß er glaube, Palmerston in Perplexität und Besorgtheit zurückgelassen zu haben; er habe ihm gesagt, Frankreich hätte jetzt die Gelegenheit, für 1840¹⁴ Rache zu nehmen, wenn es so heimtückisch wäre, wie die englischen Zeitungen es glauben machen wollten. Jede Differenz zwischen Frankreich und England, so meinte Broglie, sei aber ein großes Unglück für beide Länder und bestimmt eine große Gefahr für den Frieden der Welt. — Am 9. November berichtete Broglie, daß er den Guizot'schen Entwurf vom 7. November Palmerston nach Windsor nachgeschickt habe. Palmerston und Russell planten, einen Gegenentwurf aufzustellen und ihn Broglie zu übergeben. Premier und Außenminister hätten noch am 6. miteinander über den Plan Guizots gesprochen; im Grunde sei man mit dem Vorschlag einverstanden, man befürchte nur, daß man im Gefolge Frankreichs in das Lager des Sonderbundes gezogen werden und so seine Mittlerstellung verlieren könnte. Broglie, den Guizot eben noch zur Eile gemahnt hatte,¹⁵ schrieb, Palmerston werde erst morgen von Windsor zurück sein: „Je n'ai point encore de ses nouvelles, et quelle que soit votre juste impatience, je ne crois pas qu'il faille se montrer pressé. Il faut le laisser devant la per-

13. Metternich an Apponyi, 15. November 1847. Metternich, a. a. O., VII, S. 490 f.

14. Am 15. Juli 1840 wurde in London die Quadrupel-Allianz (England, Rußland, Preußen, Österreich) abgeschlossen zum Schutze der Türkei, mit der Spitze gegen Mehemed Ali (Ägypten) und Frankreich. Mehemed Ali mußte Syrien räumen und in Frankreich rief die diplomatische Niederlage große Erregung hervor. Im Herbst erfolgte dann die Regierungsbildung durch Guizot (vorher Thiers).

15. „Si on veut traîner, coupez court à toute tentative de ce genre. C'est un devoir et une nécessité de se décider et d'agir.“ Thureau-Dangin, a. a. O., VII, S. 190.

spective d'un engagement à quatre, conclu sans-lui et par sa faute. C'est là ce qui peut le décider."¹⁶

Der Plan zu einem Gegenprojekt muß schon in der ersten Unterhaltung zwischen Palmerston und Russell am 6. November gefaßt worden sein. Am 9. November erhielt Palmerston Guizots Entwurf und am folgenden Tage hatte er eine Zusammenkunft mit Stratford Canning, dem Botschafter in Konstantinopel, in der man die Schweizer Frage besprach. Canning, der die dortigen Verhältnisse aus seiner früheren Amtszeit in diesem Lande gut kannte, arbeitete ein Memorandum aus über die Schweiz und Schweizer Tagesfragen, das er Palmerston am 12. November zuschickte; es diente als Grundlage zu dem Gegenprojekt Palmerstons.¹⁷ — Am 15. November erhielt Palmerston die Nachricht, daß Preußen mit Guizots Vorschlag einverstanden sei; am 16. November traf der Bericht Peels von dem Angriff auf Freiburg ein.¹⁸ Palmerston ersah aus dem Bericht aus Berlin, daß es Zeit war, Guizot das Gegenprojekt zu übersenden; er konnte das nun am 16. November um so leichter tun, als er jetzt wußte, daß die kriegerische Auseinandersetzung in der Schweiz in vollem Gange war und hoffentlich bald zu einem entscheidenden Resultat führen würde. Die Instruktion an Normanby vom 16. November 1847 war wichtig, da sie den

16. Broglies Schreiben an Guizot vom 6. und 9. November 1847, — vergl.: Guizot, a. a. O., VIII, S. 481 f.

17. Cannings ausführliches Memorandum ist im Anschluß an die Unterredung und mit Bezugnahme darauf ausgearbeitet worden. Es spricht sich für eine Vermittlungsaktion der Mächte aus auf Grund der Verträge von 1815; auf keinen Fall dürfe diese Aktion aber dahin führen, daß irgend eine der fünf Mächte eine der beiden kriegführenden Parteien direkt oder indirekt unterstütze. Mit allen Mitteln müsse versucht werden, vom Papst die Rückrufung der Jesuiten zu erlangen und eine separate bewaffnete Intervention müsse, falls die Vermittlung fehlschlagen sollte, auf jeden Fall verhindert werden. Die Fernhaltung des fremden Einflusses von der Schweiz sei wichtig im Interesse des europäischen Friedens.

Im Übrigen ist es interessant, daß dieses Memorandum, das zum großen Teil ja einfach eine Formulierung von Palmerstons allgemeinen politischen Ansichten für diesen speziellen Fall darstellt, sich gegen eine Revision der Verfassung in zentralistischem Sinne wandte, da sie den Schweizer Verhältnissen nicht entsprechen würde und zu große Kosten mit sich brächte. — Switzerland F. O. 100/54 various.

18. Howards (Berlin) Bericht vom 11. November 1847 und Peels Bericht vom 11. November 1847, in: Corr. rel., S. 226.

Mächten das Recht absprach, sich ihrer Bindungen gegenüber der Eidgenossenschaft entledigen zu können, ohne daß eine Kombination von schwerwiegenden Gründen vorliege: Der Streit gehe um die Jesuiten und den Sonderbund. Die Gesellschaft Jesu habe einen doppelten Charakter: als religiöse Institution sei sie zu dem Zwecke der Bekämpfung des Protestantismus gegründet worden und stifte darum Zwietracht in einem Lande gemischter Konfession — als politische Macht tendiere sie auf eine Gewaltherrschaft zu und sei den Rechten des Volkes feindlich. Aus diesem Grunde seien die Jesuiten in Frankreich bekämpft worden und die britische Regierung müsse zugeben, daß die Klage der Majorität in der Schweiz auf Tatsachen beruhe. Als Ausgangspunkt für einen Vorschlag der fünf Mächte an die beiden Parteien sollte darum die Entfernung der Jesuiten genommen werden. Sei dies erreicht, dann hätte die Tagsatzung keinen Grund mehr, eine formelle Erklärung zu verweigern, daß sie in Zukunft von allen Angriffen auf die sieben Kantone sich fernhalten, und daß sie das Prinzip der separaten Souveränität der verbündeten Kantone als Grundlage des Bundespaktes unangetastet lassen wolle. Nach Abgabe dieser Erklärung würden die sieben Kantone ihren Sonderbund auflösen, da sein Weiterbestehen ja zwecklos geworden wäre; „but when that separate union shall have been thus, in a formal manner, dissolved, there will remain no further question of present and practical difference between the majority and the minority of the cantons.“ Eine Ablehnung des Vermittlungsangebotes dürfe aber nicht als Grundlage für eine bewaffnete Intervention in die internen Angelegenheiten der Schweiz genommen werden. Würde das Angebot angenommen, dann wäre London der gegebene Ort für eine Konferenz zur Beilegung aller Streitigkeiten. „But Her Majesty's Government would wish the functions of such a Conference to be confined to the settlement of the present differences, and Her Majesty's Government would be unwilling to engage in negotiations for the purpose of determining what alterations should be made in the Federal Compact. The Constitution of the Confederation provides the means for making such improvements as circumstances and the altered state of things may from time to time render expedient in the Federal

Compact.“ Es sei nicht Sache der fremden Mächte, in dieser Frage zu intervenieren, umsomehr als eine solche Intervention kaum angenommen würde; sie würde auch die Konferenz in einem Maße verlängern, das den Mediations-Mächten sehr un-gelegen sein könnte.¹⁹

Zugleich mit der Abschrift dieser Instruktion Palmerstons erhielt Guizot am 18. November von Normanby das englische Gegenprojekt; der Entwurf Palmerstons hatte folgenden Inhalt.²⁰

Die Mächte haben mit dem tiefsten Bedauern den Beginn des Bürgerkriegs in der Schweiz verfolgt. Auf Grund ihrer Mitwirkung bei den Verträgen von 1815 bieten sie aus freundschaftlichen Motiven der Schweiz ihre Mediation an mit dem Ziel, Frieden und Eintracht unter den Kantonen wiederherzustellen. Wird die Vermittlung angenommen, dann soll sofort ein Waffenstillstand eintreten; alsdann wird eine Konferenz in London zusammentreten, auf der jede der fünf Mächte, die Tagsatzung und der Sonderbund durch je einen Delegierten vertreten sein werden.

Die Grundlage der Verhandlungen soll die Beseitigung der beiderseitigen Klagen bilden; bei der Tagsatzung scheinen das die Jesuiten und der Sonderbund zu sein, auf Seiten der sieben Kantone die Angriffe der Freischaren und die angebliche Absicht der Tagsatzung, die Separat-Souveränität der einzelnen Kantone zu verletzen.

Zur Wiederherstellung des Friedens würden daher folgende Bedingungen gestellt:

1. Die Jesuiten sollen unter gebührender Entschädigung vom Gebiet der Eidgenossenschaft zurückgezogen werden.
2. Die Tagsatzung soll auf alle Feindseligkeiten gegen die sieben Kantone verzichten, die Kantone gegen die Freischaren sichern und das Prinzip der Kantonal-Souveränität formell als Grundlage des Bundes anerkennen.

19. Palmerston an Normanby, 16. November 1847, in: *Corr. rel.*, S. 227 f.

20. Palmerstons „Draft of identic Note“ ist abgedruckt in: *Corr. rel.*, S. 230 f. Guizot, a. a. O., VIII, S. 483 f.

3. Die sieben Kantone lösen alsdann ihren Sonderbund auf.
4. Beide Parteien entlassen ihre Truppen und nehmen den friedlichen Verkehr wieder auf.

Den Entwurf Palmerstons konnte Guizot nicht annehmen, da dieser seiner Auffassung nach einseitig die Interessen der Radikalen vertrat und deshalb seine eigene Politik durchkreuzte. Ein solches Mediationsangebot wäre aber auch für die Parteien in der Schweiz nutzlos gewesen. Keine der beiden Parteien hätte die Mediation annehmen können. Palmerston beurteilte die Situation in der Schweiz eben objektiv unrichtig und seine Anschauungen stellen den Vertretern, die England in der Schweiz hatte und gehabt hatte, kein gutes Zeugnis für ihre Beobachtung aus. Die Jesuitenfrage traf nicht den Kern des Konflikts; grundsätzlich fehlte ja gerade das, was Palmerston in seiner Instruktion an Normanby als bestehend bezeichnet hatte: die Verfassung hatte keinen Revisionsparagrafen, eine Revision war nicht vorgesehen und darum mußte sie jetzt mit Waffengewalt erzwungen werden. Die Tagsatzung konnte unmöglich das Prinzip der Kantonal-Souveränität als oberstes Gesetz anerkennen, nachdem sie eben zu den Waffen gegriffen hatte, um die Überordnung des Bundesbegriffes ein für allemal zu sichern; der Entwurf Palmerstons hätte darum nicht nur vom Sonderbund, sondern auch von der Tagsatzung abgelehnt werden müssen, wenn die Note in dieser Form den Parteien überreicht worden wäre.

Broglie hatte sofort am 16. November Einwände erhoben, als er das englische Projekt kennen lernte. Sein Bericht an Guizot klang sehr resigniert; er zweifelte daran, ob es einen Sinn habe, in dieser Sache mit England zusammenzugehen und wollte die Verantwortung für dieses Unternehmen nicht selber tragen.²¹ Die Lage sah für Palmerston im Augenblick schlecht

21. Broglies Bericht an Guizot, vom 16. November 1847. „En résumé, nous sommes, je crois, placés dans ce dilemme: ou l'action à cinq, par voie de persuasion exclusivement, toute menace disparaissant momentanément, sauf à renaître si la médiation echoue; ou l'action à quatre, par voie de menace exclusivement, toute persuasion étant de pure forme. Lequel des deux partis sera le plus efficace? Je n'oserai le dire; cela dépend de bien des hommes et de bien des événements. J'attendrai vos instructions.“ —

aus; die eben erst aufgenommene neue Verbindung Paris—London schien die Belastung nicht aushalten zu können. Mit der Weigerung Guizots, auf die Erörterung solcher Vorschläge einzugehen, wären alle Pläne Palmerstons ins Wasser gefallen, denn nur von Paris aus konnte er die anderen Mächte vor übereilten Schritten zurückhalten. Es war ein kühnes Spiel, doch erwies sich Palmerstons Spekulation schließlich doch als richtig: Guizot wagte es angesichts der Stimmung in Frankreich nicht, den dünnen Faden selber durchzureißen, so unangenehm der Entwurf ihn auch überraschte; er mußte sich für das Zusammengehen mit England entscheiden, das allein ihm seine Stelle in der europäischen Zusammenarbeit garantieren konnte, während er sonst der Trabant der Ostmächte geworden wäre und sein Land gegen sich aufgebracht hätte. Palmerston gewann dadurch erneut Zeit, worum es ihm vor allem zu tun war, denn die Einigung angesichts zwei so grundverschiedener Projekte erforderte eingehende Unterhandlungen.

Der französische Ministerrat beschloß, das englische Gegenprojekt in Erwägung zu ziehen und nur einige Modifikationen der Abfassung zu verlangen. Guizot benachrichtigte Broglie am 18. November von dem Beschluß,²² am 19. erfolgte die Instruktion in diesem Sinne. Die Modifikationen, die Broglie bei Palmerston durchsetzen sollte, betrafen die folgenden Punkte des englischen Entwurfes:

- a) Die Kantone des Sonderbundes müssen der Demarche beistimmen, die beim Papste unternommen werden soll; erst dann soll dieser Schritt Gültigkeit haben.

vgl.: Guizot, a. a. O., VIII, S. 486. — Nach reiflicher Überlegung der mißlichen Lage kam Broglie zu dem gleichen Resultat wie Guizot, denn in einem vertraulichen Brief vom 18. November 1847 schrieb er diesem: „L'Angleterre écartée, nous sommes un contre trois dans la médiation. Une fois la médiation rejetée, et elle le sera certainement, il faut faire quelque chose, et nous sommes à la discrétion de l'Autriche. Voilà mon inquiétude. Il dépend de M. de Metternich, en envoyant un bataillon dans le Tessin ou à Schaffhouse, de nous faire occuper Lausanne. Or, cela est grave“. Thureau-Dangin, a. a. O., VII, S. 191.

22. „Je suis bien aise de donner cette preuve de fait que je mette toujours le même prix à l'entente avec l'Angleterre, et que je n'ai pas le moindre envie de son isolement.“ Thureau-Dangin, a. a. O., VII, S. 194.

- b) Der Bundespakt darf nur bei formeller und einstimmiger Zustimmung aller 22 Kantone geändert werden.
- c) Die Mediations-Mächte reservieren sich ihre Rechte voll und ganz, wie sie ihren Interessen und den Umständen entsprechend ihnen zustehen.
- d) Bezüglich des Ortes der Konferenz hat Frankreich weder Vorschläge noch Einwände (gegen London) zu machen. Die anderen Mächte könnten Baden oder Neuchâtel vorziehen.

Broglie wurde wieder ersucht, mit größtmöglicher Beschleunigung auf einen Abschluß hinzuarbeiten, denn die Verhandlungen, die Benachrichtigung der anderen Mächte und ihre Zustimmung würden an sich schon eine beunruhigende Verzögerung mit sich bringen.²³

In seiner Unterredung mit Normanby am 18. November, als dieser ihm Palmerstons Entwurf und Instruktion vorlas, hatte Guizot sich im Prinzip mit dem englischen Vorschlag einverstanden erklärt:²⁴ er sehe keine wesentlichen Schwierigkeiten, die ihn abhalten könnten, dem Projekte beizustimmen. Eine Änderung der Verfassung sei allerdings nur bei Einstimmigkeit aller 22 Kantone möglich. Niemand könne eine bewaffnete Intervention mehr verabscheuen als er, und Frankreich denke von sich aus nicht daran; sie könnte der französischen Regierung aber aufgezwungen werden, z. B. wenn eine andere Macht darin voranginge. In der Jesuitenfrage schien Guizot den englischen Standpunkt anerkennen zu wollen, als Normanby ihn an seinen eigenen Vorschlag aus dem Jahre 1845 erinnerte, worin Guizot die Rückziehung der Jesuiten durch den Papst als wünschenswert bezeichnet hatte.²⁵

Palmerston hielt in seiner Instruktion vom 19. November an Normanby, die Normanbys Bericht vom Vortage beantwortete, an der Bedingung fest, daß der Papst zur Revokation des Ordens veranlaßt werden solle; gleichzeitig verlangte er erneut, beziehend auf Guizots Bemerkung wegen einer eventuellen be-

23. vergl.: Guizot, a. a. O., VIII, S. 486 f.

24. Im Ministerrat war vor allem Désages gegen eine Zusammenarbeit mit England.

25. Normanbys Bericht vom 18. November 1847. Corr. rel., S. 234 f.

waffneten Intervention, daß eine Ablehnung des Mediations-Angebots der Mächte durch die Eidgenossenschaft nicht als Grund für eine solche bewaffnete Intervention genommen werden dürfe.²⁶ Am gleichen Tage hatte Palmerston das Schreiben erhalten, in dem die Schweizer Regierung den Gesandten der Mächte davon Mitteilung machte, daß die Minorität des Bundes mit Gewalt zur Anerkennung des Bundespaktes gezwungen werden müsse, und daß jede fremde Einmischung in diese interne Angelegenheit zurückgewiesen werden würde; zugleich erfuhr Palmerston, daß Freiburg kapituliert hatte und aufhörte, ein Mitglied des Sonderbundes zu sein.²⁷ Palmerston blieb hartnäckig in der Jesuiten-Frage, weil er voraussah, daß die Tagsetzung nach diesem Erfolg zum Nachgeben noch weniger bereit sein würde als zuvor; aus dieser Erwartung heraus versuchte er auch, der gemeinsam geplanten Aktion auf alle Fälle die gefährliche Spitze abzubrechen, damit sie nicht zu einem kriegesischen Eingreifen der Mächte führen konnte.

Am 20. November unterhandelte Broglie dann mit Palmerston über die Modifikationen, die an dem englischen Vorschlag vorgenommen werden sollten. Er berichtete noch am gleichen Tage an Guizot, daß folgende Entschliebung gefaßt worden sei:

- I. „Que les sept cantons du Sonderbund s'adresseront au Saint-Siège pour lui demander s'il ne convient pas, dans l'intérêt de la paix et de la religion, d'interdire à l'ordre des jésuites tout établissement sur le territoire de la confédération helvétique.“
- II. „Que la diète, confirmant ses declarations précédentes, prendra l'engagement: 1. de ne porter aucune atteinte à l'indépendance ni à la souveraineté des cantons, telle qu'elle est garantie par le pacte fédéral; 2. d'accorder, à l'avenir, une protection efficace aux cantons qui seraient menacés par une invasion de corps francs; 3. et de n'admettre, s'il y a lieu, dans le pacte fédéral, aucun article nouveau sans l'assentiment de tous les membres de la confédération.“

26. Palmerston an Normanby, 19. November 1847. Corr. rel., S. 236.

27. Peels Berichte vom 14. November 1847. Corr. rel., S. 233.

Die beiden Paragraphen sollten an die Stelle der betreffenden Paragraphen in der englischen Note treten. Palmerston hatte Broglies Bericht von der Unterredung und den Wortlaut der Entschließung gebilligt. Es wurde noch festgehalten, daß eine Ablehnung seitens der Eidgenossenschaft für die Mächte nicht als Grund zum bewaffneten Einschreiten genommen werden dürfe; die Mächte reservierten sich aber ihre Rechte.

Palmerston hatte der neuen Fassung unter der Voraussetzung zugestimmt, daß die Königin und das Kabinett damit einverstanden sein würden. Auf der anderen Seite reservierte Broglie für Guizot das Recht, vor der Abfassung der endgültigen Form der Note die Vorschläge Metternichs zu berücksichtigen.²⁸

Es war an sich wenig wahrscheinlich, daß Königin und Kabinett Palmerston an einer Einigung mit Frankreich hätten hindern wollen; das Einholen ihrer Zustimmung zu der neuen Fassung der Note bedeutete aber für Palmerston wiederum eine Möglichkeit zu einer Hinausschiebung der endgültigen Abfassung. Der Wunsch, die ganze Sache so lange als möglich hinauszuziehen, mußte bei ihm täglich größer werden, denn die Möglichkeit einer Annahme der Mediation wurde von Tag zu Tag geringer. Am 21. November erhielt er den Bericht Peels vom 15. November. Nach diesem Bericht sah die Lage für die Tagsatzung sehr hoffnungsvoll aus; ihre Sache hatte durch den Fall Freiburgs einen großen Auftrieb bekommen, man wollte den ersten Erfolg möglichst rasch ausnützen und richtete nun den entscheidenden Angriff auf Luzern.²⁹ Am 22. November erhielt Palmerston wenig hoffnungsvolle Nachricht von Minto aus Rom. Der Papst wollte nichts Entscheidendes unternehmen, um die katholischen Orte nicht vor den Kopf zu stoßen. Im aller günstigsten Fall wäre vielleicht eine Entfernung der Jesuiten aus Luzern möglich, doch würde das für die Tagsatzung nie befriedigend sein.³⁰

Guizot, seiner hohen Verantwortung bewußt, versuchte, den Ostmächten das Projekt Palmerstons schmackhaft zu machen.

28. Broglies Bericht an Guizot, vom 20. November 1847: Corr. rel. S. 237 f. Guizot, a. a. O., VIII, S. 489 f.

29. Peels Bericht vom 15. November 1847. Corr. rel., S. 341 f.

30. Mintos Bericht vom 13. November 1847. Corr. rel., S. 245.

— Am 19. November schrieb er nach Wien, Berlin und Petersburg: Lord Palmerston gebe sein Prinzip auf, indem er beide Parteien in der Schweiz gleich behandle, — ein schwerer Schlag für die Radikalen. Wenn die Mediation fehlschlage, seien die fünf Mächte frei in ihrem Entschluß; aber man werde auf alle Fälle den ersten Schritt gemeinsam getan haben.³¹

Die drei Mächte zeigten allerdings gar nicht die Begeisterung über diese gemeinsame Aktion, wie Guizot glaubte erhoffen zu dürfen; die Empörung über Palmerstons Verhalten war besonders groß bei Metternich, der den Ausbruch der Revolution in Italien mit jedem Tage erwartete und gern die Schweizer Wirren dazu benützt hätte, die radikale Bewegung im Anbeginn abzutöten. Doch bevor die Antwort der Regierungen auf den englischen Entwurf eingetroffen war, hatte Guizot durch sein Handeln die Lage schon entschieden. Seine Aktivität erreichte in diesen Tagen ihren Höhepunkt und nahm die Form einer nervösen Hast an. Er hielt am 24. November eine Versammlung mit den Botschaften Österreichs, Preußens und Rußlands ab, und es gelang ihm, Apponyi und Arnim dazu zu überreden, daß sie es im Namen Österreichs und Preußens auf sich nahmen, den Vertretern ihrer Regierungen in der Schweiz die Note zu übersenden, sobald die endgültige Fassung in London fertiggestellt und von Großbritannien und Frankreich angenommen sein würde. Der Gesandte Rußlands erklärte sich persönlich einverstanden; er müsse aber die Instruktionen aus Petersburg abwarten. In seiner Instruktion vom 24. November drang Guizot in Broglie, die Note in der abgemachten Form so rasch als möglich fertig zu stellen, da die Vertreter Österreichs und Preußens bereits zugestimmt hätten, damit England zusammen mit den anderen Mächten diese Note der Tagsatzung und dem Sonderbund überreiche.³²

Am 26. November wurde die Endredaktion der identischen Note zwischen Broglie und Palmerston vereinbart. Broglie hatte drei Stunden lang zu kämpfen, da Palmerston immer wieder Einwände machte; vor allem schien ihm das Prinzip der Ent-

31. vergl.: Thureau-Dangin, a. a. O., VII, S. 196.

32. Guizot, a. a. O., VIII, S. 496 f.

fernung der Jesuiten aus der Schweiz nicht scharf genug formuliert, auch fand er, daß es eine sehr starke Stellungnahme für die Sache der sieben Kantone bedeute, wenn man von einer Verfassungsänderung Einstimmigkeit verlange. Schließlich gab Palmerston aber doch nach. Die endgültige Form der Note hielt sich an den englischen Entwurf, dessen Text an den beiden Stellen durch die am 20. November getroffene Vereinbarung ersetzt wurde; daneben wurden noch folgende Punkte modifiziert: 1. Der Konferenzort bleibt späterer Verabredung vorbehalten, und 2. die Entlassung der Truppen soll erfolgen, sobald die Jesuitenfrage vollständig so entschieden ist, wie im ersten Paragraph angegeben. In dieser Form wurde die Note von Palmerston und Broglie angenommen.³³

Am Abend des gleichen Tages machte Palmerston Broglie schriftlich nochmals darauf aufmerksam, daß die englische Regierung an dem Schritt nur teilnehme „upon the clear and distinct understanding that the entire removal of the Jesuits from every part of the territory of the Confederation, is to be the necessary basis of the arrangement to be proposed to the two contending parties, for the pacification of Switzerland.“³⁴

In diesem letzten Schreiben kam es Palmerston vor allem darauf an, die Wichtigkeit der Jesuitenfrage, auch für die anderen drei Mächte nochmals besonders zu betonen. Ob er daran dachte, daß der Paragraph der Note, der von der Rückziehung der Jesuiten handelte, die Sonderbundskantone unter Umständen zwingen könnte, die Mediation abzulehnen und sich so in Gegensatz zu den Mächten zu setzen, läßt sich nicht feststellen. — Ein weiteres Hinauszögern war nicht mehr möglich, denn Broglie hatte den Text der identischen Note längst an Guizot geschickt, als er die schriftliche Mitteilung Palmerstons erhielt. Palmerston konnte es aber wagen, den Dingen jetzt ihren Lauf zu lassen, denn am gleichen Tage (26. November) hatte er erfahren, daß ein zweiter Sonderbundskanton, Zug, gefallen sei und daß

33. Corr. rel., S. 252 f. u. 260 f. Guizot, a. a. O., VIII, S. 498 f.

34. Corr. rel., S. 254, 264, 269. Guizot, a. a. O., VIII, S. 501 f. Palmerston an Broglie 26. November 1847. Broglie an Palmerston 29. November 1847. Palmerston an Broglie 1. Dezember 1847.

der Angriff auf Luzern menschlichem Ermessen nach in kürzester Frist erfolgreich sein und den Kampf entscheiden werde.³⁵

Das Spiel Palmerstons war höchst gefährlich geworden. Er hatte alles auf eine Karte gesetzt; seine Sache stand und fiel mit dem Sieg oder dem Mißerfolg der Tagsatzung. Es brauchte gar keine Niederlage der Tagsatzung zu sein, denn wenn es nur zu einer Mediation der fünf Mächte kam, dann war Palmerston nicht mehr frei in seiner Aktionsfähigkeit. Die Radikalen mußten siegen, und Palmerston hatte ihnen dazu Zeit gelassen.

Palmerston hatte am 29. Oktober 1847 ein letztes Mal vergeblich versucht, den Kriegsausbruch in der Schweiz aufzuhalten.³⁶ Seine Instruktion an Peel war in einem Tone gehalten, der den Wunsch nach einer Mäßigung deutlich erkennen ließ. Die radikalen Kreise faßten aber die Stellung Palmerstons anders auf. Der Friedenswille Palmerstons war ehrlich, denn er entsprach ja seinen Interessen; die Instruktion aber nahm sehr eingehend Bezug auf die Fragen, die sich durch die Möglichkeit eines Kriegsausbruchs erhoben. Palmerston war nicht mehr so ganz davon überzeugt, daß der Krieg sich vermeiden lassen würde. Er deutete darum an, worauf es für die Radikalen vor allen ankommen werde, wenn es wirklich zu Feindseligkeiten kommen sollte. Das Übel, das verhütet werden müsse, sei die nur zu wahrscheinliche Intervention der fremden Mächte, die die Schweiz für immer unter fremden Einfluß bringen würde. Und die benachbarten Mächte, die den sieben Kantonen schon mit Waffen, Munition und anderen Kriegsmitteln zu Hilfe gekommen seien, würden den Sonderbund bestimmt noch auf eine viel entschiedenere Weise unterstützen, wenn sie von ihm um aktiven Beistand angerufen würden. Im Falle einer solchen fremden Intervention würde es um die Sache der Radikalen sehr schlecht stehen; wären sie geschlagen, würde alle Schuld auf sie fallen, da sie den Krieg begonnen hätten. Nur durch den Sieg, durch die Eroberung der sieben Kantone, könnten sie ihrer Sache überhaupt zum Erfolg verhelfen; die Möglichkeit eines solchen Sieges könnte ja schon angesichts der Gegend und der Bewohner

35. Peels Bericht vom 22. November 1847. Corr. rel., S. 254 f.

36. siehe Seite 90 f.

dieser Kantone leicht angezweifelt werden, ein Sieg sei aber ausgeschlossen, wenn es zur fremden Intervention komme.

Diese Instruktion enthielt also keine praktischen Ratschläge. Ebenso wenig war ein Hinweis, im Interesse einer schnellen Entscheidung rasch handeln zu müssen, klar ausgesprochen. Die Konsequenz aber, die Ochsenbein und die Tagsatzung daraus zu ziehen hatten, war folgende: die Radikalen mußten, wenn sie den Krieg schon wagten, unbedingt siegen, und zwar bevor die Mächte Zeit gefunden hatten, eine bewaffnete Intervention von sich aus oder auf ein Hilfesuch des Sonderbundes hin in Gang zu setzen. Wenn Palmerston in seiner zweiten Instruktion vom gleichen Tag mitteilte, daß Lord Minto dahin instruiert werde, in Rom mit dem Papste zu unterhandeln, damit dieser die Jesuiten aus der Schweiz zurückrufe, dann bestand für die Tagsatzung die Hoffnung, daß Palmerston versuchen werde, die Mächte von einem Schritt gegen die Schweiz abzuhalten, solange die Unterhandlungen in Rom nicht beendet waren.³⁷

Am 17. November 1847 schickte Palmerston an Peel, „for your confidential information“, vier Aktenstücke, die sich auf die geplante gemeinsame Aktion der fünf Mächte bezogen, und zwar:

Guizots Instruktion an Broglie, vom 4. November,

Guizots Entwurf einer identischen Note,

37. In die Zeit zwischen den Instruktionen vom 29. Oktober und denjenigen vom 17. November 1847 fiel nur ein wichtiger Schritt, den Palmerston in der Neuenburger Frage tat, am 16. November, der später behandelt wird (vgl. S. 126 ff.). Die übrige Korrespondenz von London nach Bern betraf Dinge geringerer Wichtigkeit oder Instruktionen über politische Vorgänge in anderen Ländern. Palmerston erhielt etliche Angebote von Leuten, die als „mediator“ in die Schweiz geschickt werden wollten; im August war schon eine solche Anfrage aus Zürich gekommen, in der Sir Robert Peel (Vater) als Vermittler vorgeschlagen wurde. Wichtiger waren Beschwerden kirchlicher Organe, in denen über die Behandlung und die Gefahr, denen Kirchen und Sekten in der Schweiz ausgesetzt seien, geklagt und um Abhilfe ersucht wurde. Die Sorge für diese Institutionen ist immer ein beliebtes Gebiet engl. Sentimentalität gewesen, die Gesuche wurden von Palmerston aber alle abschlägig beschieden mit dem Hinweis, daß diese Angelegenheiten eine interne Frage der Schweiz seien. Peel wurde jedoch instruiert, persönlich und privat zu tun, was in seiner Macht stehe, um solchen Klagen abzuhelpen.

Palmerstons Instruktion an Normanby vom 16. November und Palmerstons Entwurf einer identischen Note.³⁸

In einem „Private“ markierten Brief unter dem gleichen Datum kam Palmerston auf die beiden letzten Stücke zu sprechen:

„My dear Sir, I send you the Despatch and Draft of Note which I have sent to Paris in answer to the French proposals about a mediating conference on Swiss Affairs.

It would not be consistent with good faith that I should instruct or authorize you to make to the Diet any overture from England to this effect, nor indeed any communications of our intentions in any formal manner, but you might sound Mr. Ochsenbein as to whether the Diet would be disposed to agree to such an arrangement as is sketched out in my Draft of note, supposing such a proposition were to be made by the Five Powers, and if you should happen to meet anybody connected with the Sonderbund, which however I presume you are not at present likely to do, you might sound them to the same effect, but in either case you should throw out the idea as your own, and not as one which you have been instructed to propose.

You will of course keep well with Bois-le-Comte, and work in concert with him in any matter in which his assistance may be useful; but it is well you should know that he is one of the most artful and cunning and intriguing of the French Diplomats, and that you should not place any more confidence in him than may be useful for your own purposes.

He reports in his Despatches to Mr. Guizot details of what you have said, or are by him represented to have said on Swiss Affairs, in order that those reports of his may be sent to Broglie to be read to me as the expression of your views and opinions about Switzerland.

I do not know that anything so reported by him is at all at variance with anything which you have stated in your Despatches to me, and I would not have you take any notice of what I am now saying to you: I merely mention it that you

38. Switzerland, F. O. 100/51 XXXVIII to Peel, F. O. 17. November 1847, confidential.

may not place more confidence than necessary in your Colleague. (Nachschrift:) If the Diet take Friburg and make themselves afterwards masters, bad weather and want of money will probably suspend further operations, and both parties may be in a better mood for amicable arrangement of their differences.“³⁹

Dieser Brief Palmerstons ist neben der Instruktion vom 29. Oktober 1847 das einzige Dokument in den Akten des Public Record Office in London, das als Beleg für die These in Frage kommen könnte, die in den Berichten über die damaligen Vorgänge auftaucht: Palmerston hätte Peel dahingehend instruiert, er solle General Dufour veranlassen, den Krieg möglichst rasch zum entscheidenden Abschluß zu bringen, da Palmerston die Mächte nicht mehr länger hinhalten könne.⁴⁰ Man hat gerade in dieser ihm unterschobenen Handlung „Palmerstons Infamie“ zu erkennen geglaubt und deshalb dieser Frage eine Bedeutung zugemessen, die ihr für den tatsächlichen Ablauf der Geschehnisse nicht zukommt. Abgesehen davon, daß die militärische Lage im fraglichen Augenblick (23. November) bereits endgültig entschieden war, ist der Vorwurf, den man Palmerston bisher gemacht hat, in dieser pointierten Form bestimmt unhaltbar: es ist nicht nachzuweisen, daß Palmerston versucht hat, durch Instruktion seines Geschäftsträgers den Ablauf der kriegerischen Ereignisse in der angegebenen Richtung zu beeinflussen, soweit eine solche Tendenz als eine bewußt ausgesprochene erwartet werden könnte. Daß die Tendenz, im Ernstfalle den Krieg zu einem raschen eindeutigen Erfolg der Radikalen zu führen, aber ganz in der Richtung von Palmerstons Politik lag, wenn sie auch nicht ausgesprochen wurde, das hat schon die Untersuchung der Instruktion vom 29. Oktober ergeben.

39. F. O. 100/51 XXXIX to Peel, F. O. 17. Nov. 1847. Private.

40. Es wäre ja immerhin denkbar, daß bei den Privatakten Palmerstons oder Peels später noch ein Aktenstück gefunden werden könnte das sich auf diese Frage bezieht und bisher unbekannt war, und daß man dadurch noch deutlicheren Einblick in Einzelheiten erhielte. Daß ein solches Stück vorhanden ist, scheint mir aber sehr unwahrscheinlich zu sein, wenigstens soweit es Palmerstons Tätigkeit betrifft, denn die jetzt vorliegenden Aktenstücke reichen zur Erklärung aller Vorgänge vollkommen aus.

Der Weg von London nach Bern dauerte zur damaligen Zeit vier bis fünf Tage; Peel muß die neuen Instruktionen Palmerstons also am 21. oder 22. November erhalten haben. Im Zusammenhang mit einer Schilderung der augenblicklichen Lage von Luzern berichtete Bois-le-Comte am 24. November an Guizot: „M. Peel a dit hier à l'ambassade qu'il avait envoyé quelqu'un à Lucerne. Il paraît très-embarrassé depuis quelque jours. Son langage est redevenu comme aux premiers temps. On pensait qu'il avait envoyé à Lucerne, non pas à la ville, mais au quartier général de l'armée, pour prévenir le général Dufour et lui conseiller de presser les choses. J'apprends par Neuchâtel que, le 21, un courrier anglais a traversé la ville, se rendant à Berne. M. Peel, auquel je communique à peu près tout ce que je reçois et ce que je fais, s'est bien gardé d'en rien dire à l'ambassade, et c'est à la suite de la réception de ce courrier qu'il a fait, au quartier du général Dufour, l'envoi dont il a parlé à mon attaché, M. de Massignac. Il faut qu'il y ait quelque chose de faux au fond de toute la situation prise par la cour de Londres pour qu'un caractère vrai et généreux, comme celui de M. Peel ne puisse cependant inspirer à personne de sécurité.“⁴¹

Hier liegt der Ausgangspunkt der irrtümlichen Interpretation von Palmerstons Politik. — Bois-le-Comte, dessen Spionagesystem ausgezeichnet funktionierte, wußte, daß Peel neue Instruktionen erhalten hatte. Er bemerkte, daß Peel verwirrt zu sein schien und es fiel ihm auf, daß die Vertrauensseligkeit seines jungen englischen Kollegen mit einem Male weg war. Da Bois-le-Comte den Schlüssel zu diesen Erscheinungen nicht in der Hand hatte, mußte er vermuten, daß die englische Politik voll dunkler Pläne sei und daß Palmerston Peel beauftragt habe, Dufour zu höchster Eile zu mahnen. — Die Zurückhaltung und Schweigsamkeit Peels erklären sich zur Genüge aus den erhaltenen Instruktionen: einmal aus der Tatsache, daß diese Instruktionen streng vertraulich und privat waren, und dann aus den Ratschlägen, die Palmerston Peel inbezug auf seinen Verkehr mit Bois-le-Comte gegeben hatte.

41. Bois-le-Comte an Guizot, 24. November 1847. — Guizot, a. a. O., VIII, S. 505 f.

Man glaubte in der französischen Gesandtschaft an das Doppelspiel Palmerstons, — Guizot hat es als historische Tatsache in seine Memoiren aufgenommen,⁴² — und wollte von Peel die Bestätigung haben, daß von englischer Seite versucht worden sei, in dem angegebenen Sinne auf Dufour einzuwirken. Da Bois-le-Comte selbst nicht in Bern war, beauftragte er seinen Attaché Massignac mit dieser wichtigen Angelegenheit. Am 29. November berichtete ihm Massignac, daß Peel in Gegenwart des spanischen Gesandten, Zayas, alles zugegeben habe: „Eh bien, c'est vrai, dit-il alors, j'ai fait dire au général Dufour d'en finir vite.“⁴³ Die folgende Sachlage schien somit klar gegeben: Peel hatte nach Empfang der Instruktionen am 23. November den Geistlichen der englischen Gesandtschaft zu Dufour geschickt, um den Auftrag Palmerstons auszuführen. Und diese

42. „Ce fut la conviction générale, acceptée depuis comme un fait certain par les historiens suisses les mieux informés.“ — Guizot, a. a. O., VIII, S. 506.

43. Guizot, a. a. O., VIII, S. 508. Der preußische Gesandte, v. Sydow, berichtete am 30. November über Peel aus Neuenburg, wohin er sich seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten zurückgezogen hatte, während sein österreichischer Kollege nach Bregenz gegangen war und der russische sich gar bis nach Frankfurt begeben hatte: „Auch erscheint das als ganz sicher, daß er (der junge Peel) bemüht gewesen, den General Dufour zur Beschleunigung der Einnahme von Luzern und der Überwältigung der kleinen Kantone anzutreiben, damit durch vollendete Tatsachen eine Dazwischenkunft der Kontinentalmächte unnötig würde. Dagegen fehlt es mir an Beweisen für die verschiedentlich gemachte Angabe, daß er in gleichem Sinne auch auf ein paar Mitglieder des Wallisischen Staatsrathes eingewirkt, und hierdurch zu der Entschließung des Staatsrathes beigetragen habe, durch welche General von Kalberratten verhindert worden, dem Befehl des Generals von Salis gemäß, am 13. d. M. anzugreifen und dadurch Freyburg Luft zu machen.“

Man sieht, daß damals um Peels Tätigkeit heftig kombiniert wurde. Am 13. Januar 1848 berichtete Sydow dann über die oben erwähnte Szene auf Grund eines an ihn gerichteten Briefes von Bois-le-Comte, der sich jetzt in Basel aufhielt: Bois-le-Comte hätte immer noch Zweifeln Raum gegeben und wollte Klarheit schaffen. „Auf seine Weisung hat deshalb kürzlich Graf Massignac, in Gegenwart des spanischen Gesandten Zayas und dessen Legations-Sekretärs La Quadra, den jungen Peel nochmals geradezu gefragt, was es hiermit auf sich habe, und der Letztere hat, sich des gelungenen Coup rühmend, die fragliche Sendung an General Dufour und deren Absicht ohne Rückhalt zugegeben.“

Sydows Berichte vom 30. November 1847 G. St. A. A. A. I A Bm 3 XII und vom 13. Januar 1848 G. St. A. A. A. I A Bm 17 I.

Instruktion hatte Palmerston für den Augenblick gegeben, in dem die Verhandlungen in London beendet waren und die identische Note endlich übergeben werden konnte, weil er eben wollte, daß der Krieg zu der Zeit, wo die Noten überreicht werden würden, schon zu Ende sei, damit eine Mediation zwecklos bliebe.

Der Gedankengang scheint sich lückenlos in Palmerstons politische Pläne und Ziele einzupassen; und doch ist die Vermutung unbegründet, daß Palmerston Peel zu seinem Schritt veranlaßt habe. Peels Vorgehen ist anders zu erklären.

Peel war in Bern, wie früher festgestellt, dem Einfluß der Radikalen verfallen und hatte sich mit ihrer Sache identifiziert. Das Eintreten für die Sache der Radikalen entsprach der einfachen und geraden Jugendlichkeit des Engländers, da ja auch Palmerstons Gesinnung der Tagsatzung gegenüber freundlich war. Erleichtert wurde ihm die parteiische Einstellung dadurch, daß die Gesandten der drei Ostmächte sich von Bern weggewandt hatten, als dieses 1847 Vorort wurde, und anderwärts residierten, und ferner dadurch, daß Bois-le-Comte, der als einziger Gesandter der fünf Mächte außer Peel noch seine Residenz in Bern hatte, die meiste Zeit auf Reisen durch die verschiedenen Kantone war. Palmerstons Instruktionen vom 17. November und der Entwurf der identischen Note trafen Peel völlig unvorbereitet. Er durchschaute Palmerstons Politik und diplomatisches Vorgehen nicht; hatte er doch bisher geglaubt, daß Palmerston der durchschlagende Erfolg der radikalen Sache erwünscht sei. In diesem Sinne hatte er auch bisher gehandelt, und nun sollte er diese identische Note, die seiner Auffassung nach der bisherigen Politik schärfstens widersprach, bei den Radikalen vertreten. Er hielt es für ausgeschlossen, daß die Radikalen einen solchen Kompromißvorschlag nach ihren bisherigen Erfolgen auch nur in ernstliche Erwägung ziehen würden, obschon dieser Kompromiß für sie ja bedeutend günstiger war, als der Entwurf Guizots, den Palmerston doch wohl mit der Absicht mitgeschickt hatte, um Peel über die wirklichen Ziele der anderen Mächte zu unterrichten. Unter diesen Umständen mußte Peel den Radikalen als Wortbrüchiger erscheinen. — Bois-le-Comte bemerkte am 24. November richtig, daß Peel seit einigen Tagen völlig ver-

wirrt zu sein scheine. In der gleichen Unterredung, in der er gegenüber Massignac und Zayas zugab, Dufour gemahnt zu haben, bemerkte Peel: „Aucun cabinet de l'Europe, excepté celui d' Angleterre, n'a compris les affaires de Suisse, et Lord Palmerston a cessé de les comprendre lorsqu'il a approuvé la note identique.“⁴⁴ Der französische Gesandte berichtete am 2. Dezember an Guizot, daß Peel sich Massignac gegenüber über Palmerstons Spiel beklagt habe: „il lui a dit: je ne comprends pas Lord Palmerston, et si je pouvais montrer ses dépêches, on ne le comprendrait pas plus que moi. Je ne veux pas remettre la note qu'on m'enverra. Je donnerai ma démission plutôt que de le faire. Le puis- je donc quand je viens de faire une visite à Ochsenbein dans un sens tout opposé? Vous comprenez bien que je ne me suis pas lié avec des gens comme les radicaux par amitié pour eux; mais la guerre est finie, et l'on me fait jouer dans tout cela un rôle qui me blesse beaucoup.“⁴⁵

Vermutlich aus diesem Dilemma heraus hat Peel am 23. November den Geistlichen aus eigener Initiative in das Quartier des Generals der Bundestruppen geschickt. Er konnte mit Recht annehmen, daß er im Sinne der bisher von England verfolgten Politik handle, wenn er dazu beitrug, der Schweiz die Mediation der fünf Mächte zu ersparen. Peel hatte keinen Auftrag von Palmerston, der dahin gelaute hätte. Inwieweit aber Palmerston selber mit einem derartigen Schritte Peels gerechnet hatte, als er ihm die Instruktionen mit den Entwürfen der Note übersandte und ihm erklärte, daß seine bisherigen Äußerungen ganz im Sinne der britischen Regierung gewesen seien, und ob Palmerston erwartet hatte, daß die Kenntnis von der Vorbereitung dieser Note die Radikalen dazu anspornen würde, den Kampf möglichst rasch zu entscheiden, das läßt sich allerdings nicht mit Sicherheit feststellen. Wenn Greer glaubt annehmen zu können, daß Palmerston vielleicht auch eine geheime Instruktion an Peel geschickt habe, die bisher unbekannt geblieben sei,⁴⁶

44. Guizot, a. a. O., VIII, S. 507.

45. Guizot, a. a. O., VIII, S. 510, vgl. Thureau-Dangin, a. a. O., VII, S. 198 f.

46. „Peut-être aussi Palmerston écrivit-il une dépêche secrète à Peel qui est demeurée sous séquestre ou inconnue.“ — Greer, a. a. O., S. 154.

dann ist dagegen einzuwenden, daß sich das Vorgehen Peels aus den vorhandenen Akten vollständig erklären läßt. Die Annahme einer geheimen Instruktion ist darum unnötig, und auch ungerechtfertigt, denn Palmerston hätte wohl gar nicht gewagt, Peel eine solche Instruktion zu übersenden, wenn er ihn zugleich vor allzu großer Vertraulichkeit den Vertretern anderer Mächte gegenüber warnen mußte. Vor allem liegt aber keine Unterlage dafür vor, daß Palmerston in der Schweiz ein doppeltes Spiel getrieben hätte, und eine solche Instruktion, wie die vermutete, würde dem Charakter seiner Aktion nicht entsprochen haben. Daß aber eine solche Auffassung von Palmerstons politischem Vorgehen in der Schweiz bei den anderen Mächten überhaupt Boden gewinnen konnte, dazu hat nicht zuletzt der junge Peel durch seine unüberlegte und unbeherrschte Redeweise selbst mit beigetragen.

Peels Aktion hätte an sich wenig bedeutet neben den Intrigen eines Bois-le-Comte, der in dieser Zeit in der Schweiz herumgereist war und die Kantone des Sonderbundes mit allen Mitteln zu bereden suchte, in ihrem bewaffneten Widerstand gegen die Tagsatzung auszuharren, indem er ihnen die baldige aktive Hilfe der Großmächte in Aussicht stellte,⁴⁷ ein Vorgehen, von dem Bois-le-Comte dem preußischen Gesandten gegenüber erklärte, daß er darin Schritt für Schritt den Instruktionen seines Hofes gefolgt sei. Peels Handlung gewann ihr Gewicht dadurch, daß er Erfolg gehabt zu haben schien, — denn Luzern wurde tatsächlich rasch zur Kapitulation gezwungen und begrub damit alle Hoffnungen des Sonderbundes, — während sein französischer Kollege alle seine Anstrengungen vergeblich gemacht hatte, und dann wollte man in der Person und Handlung seines Ver-

47. Der preußische Gesandte v. Sydow berichtete am 18. Januar 1848: er habe „begründete Nachrichten über die Sendungen, welche Graf Bois-le-Comte im Monat November nach dem Wallis und nach Luzern gemacht hat, um, während der unglücklichen Verhandlungen mit Großbritannien die Schutzbunds-Cantone zu längerem Widerstande aufzumuntern, damit die Dazwischenkunft der Mächte ihnen noch zugute komme.“ G. St. A. AA. I A Bm 17 I.

Bois-le-Comte äußerte sich in einem Schreiben an Sydow vom 10. Dezember 1847 verzeifelt über Palmerstons Verzögerungstaktik: „Chaque jour de retard de Lord Palmerston coûtait un membre du Sonderbund.“ Sydows Bericht vom 11. Dezember 1847. G. St. A. A. A. I A Bm 3 XIII.

treters Lord Palmerston persönlich treffen, dessen Integrität man nun mit Recht anzweifeln zu können glaubte.

Peels Ansehen sank bei den Mächten und ihren Vertretern in diesen Tagen sehr, und man könnte vielleicht sogar eine gewisse Distanzierung Palmerstons gegen seinen Geschäftsträger herauslesen, wenn Bunsen in seiner früher erwähnten Rechtfertigung seiner Politik auch auf Peels Verhalten zu sprechen kam und schrieb, die ihm erteilten Instruktionen (Bunsen meinte diejenigen vom 29. Oktober 1847) ließen über die englischen Absichten ja keine Zweifel, aber „was dieser schwache und leichtsinnige junge Mann darüber hinaus dort gesagt und geschwatzt hat, kann ich natürlich hier nicht erfahren.“⁴⁸ Bois-le-Comte meinte noch einen besonderen persönlichen Grund zur Verstimmung gegen Peel zu haben. Er glaubte nämlich, daß Peel bei der Tagsatzung und bei ihrem General die Ausstellung eines Geleitsbriefes hintertrieben habe, den Bois-le-Comte für einen Gesandtschaftssekretär angefordert hatte, damit dieser trotz des Kriegszustandes mit einer Mitteilung seiner Regierung sicher nach Luzern gelangen könne.⁴⁹ Die Ablehnung erfolgte

48. vgl. Seite 40 f. G. St. A. A. A. I A Bb 16. 17. 20. 21.

49. Der preußische Gesandte, der wie Bois-le-Comte noch anlässlich des Zusammenstoßes mit der Wache Peels männliches und ehrenhaftes Auftreten gerühmt hatte, (vgl. Seite 91, Anm. 40) berichtete jetzt über ihn: „Der junge Peel ist noch ohne Weisungen. — Allein, nach allen mir zukommenden Berner Nachrichten, hat er sich in diesen Tagen, während Graf Bois-le-Comte wegen des *sauf-conduit* unterhandelte, dermaßen tactlos und verkehrt benommen, daß auf ein einverständiges Handeln mit ihm kaum zu rechnen, eine wirkliche Änderung der Absichten Lord Palmerstons (wie Graf Bois-le-Comte sie noch vor wenigen Tagen pries) kaum vorauszusetzen ist. Ein zuverlässiger Berner Correspondent sagt mir u. a.: „Je sais par une confidence (ou par une indiscretion) que Mr. Peel s'est donné, du moins en apparence, beaucoup de mouvement que le *sauf-conduit* ne fût accordé. Il fesoit savoir au Général que le but pour lequel on le demandoit étoit de faire dire au Sonderbund de tenir bon à Lucerne, ne fut-ce que trois ou quatre jours, que 100.000 françois étoient prêts à franchir la frontière“ etc. So arbeiten hier die Vertreter der Mächte einander in die Hand.“ —

Sydows Bericht aus Neuenburg, 18. November 1847. G. St. A. A. A. I A. Bm 3 XII.

Es ist an dieser Stelle wohl zu beachten, daß dieser Bericht aus Neuenburg 3—4 Tage vor dem Zeitpunkt abgefaßt worden ist, da der englische Kurier mit den wichtigen neuen Instruktionen Palmerstons in Bern eintraf. Peel hatte also bereits, wie oben behauptet worden ist, eine extreme,

aus leicht erklärlichen Gründen, da man kein Interesse daran hatte, die Verbindung des Sonderbundes mit den Mächten noch zu begünstigen.

Man begründete die Ablehnung mit dem Abbruch der Beziehungen zum Sonderbund, unter dem Hinweis, daß der Ausnahmezustand nur wenige Tage dauern werde. Bois-le-Comte zog sich auf diese abschlägige Antwort hin unter Protest am 17. November nach Basel zurück, mit der falschen Behauptung, daß er bei den 25 Kantonen einzeln beglaubigt sei und darum jederzeit das Recht haben müsse, mit jedem Kanton einzeln zu verkehren.

General Dufour erwähnt in seiner Geschichte des Sonderbundskrieges den Besuch des englischen Geistlichen, der am 23. November zu ihm gekommen sei, „pour voir les choses de près et ne transmettre que des nouvelles certaines.“ Er habe ihn aber zur Umkehr veranlaßt, da keine fremde Person inmitten des Generalstabes geduldet werden könnte. „On ne mentionne ce fait que pour répondre aux allégations de quelque feuilles étrangères sur la prétendue influence qu'aurait exercée Lord Palmerston sur le général de la Confédération pour précipiter les événements. Celui-ci n'a eu aucun rapport, direct ou indirect, avec le ministre britannique, non plus qu'avec aucun agent diplomatique accrédité en Suisse. Il n'aurait pas permis qu'on s'ingérât d'une manière quelconque dans ses affaires; et ses plans, il ne les confiait à personne.“⁵⁰

Der englische Geistliche war entweder gar nicht zur Entledigung seines Auftrages gekommen oder er hatte sich davon über-

mit der Sache der Radikalen auf Gedeih und Verderb verbundene, Stellung eingenommen, und die Verstimmung zwischen ihm und den Vertretern der anderen Mächte, insbesondere mit Bois-le-Comte, bestand bereits. Die Vorgänge sind nur später von Bois-le-Comte bewußt anders wiedergegeben worden, als er von dem „caractère vrai et généreux“ sprach, weil Bois-le-Comte durch die Entlastung Peels Lord Palmerston selbst belasten wollte.

Sydow wiederholte diese Anklage in seinem Bericht vom 30. November 1847: „Allein es unterliegt, nach den mir gestern aufs Neue mitgeteilten Äußerungen eines konservativen Mitgliedes des Eidgenössischen Kriegsrathes, keinem Zweifel, daß der junge Peel gegen die Erteilung eines saufconduit für den nach Luzern zu sendenden Gesandtschafts-Beamten aufs Eifrigste intriguiert hat.“ G. St. A. A. A. I A Bm 3 XII.

50. Général G.-H. Dufour, Campagne du Sonderbund. Neuchâtel, Genève et Paris 1876 (2me éd.), S. 144 f.

zeugt, daß eine Mahnung nicht mehr nötig war. da man mit dem sicheren Erfolg der Bundesarmee schon in den nächsten Tagen rechnete.

Die Entwicklung der militärischen Aktionen in der Schweiz hatte sich sehr rasch vollzogen. Als im Kanton St. Gallen, wo beide Parteien sich die Wage hielten. Unruhen ausgebrochen waren, hatte die Tagsatzung am 24. Oktober 50.000 Mann und am 29. Oktober schließlich die Reserven einberufen. Das Bundesheer stellte sich so auf ca. 100.000 Mann. Nachdem am 4. November die Auflösung des Sonderbundes mit Waffengewalt beschlossen worden war, begann am 10. November der Aufmarsch gegen Freiburg. Das Gebiet des Sonderbundes zerfiel in drei Teile; das Wallis war nur durch einen Gebirgsübergang mit dem zentralen Block (Urkantone, Luzern, Zug) verbunden, Freiburg lag eingeschlossen zwischen Berner und Waadtländer Gebiet. Man wollte so rasch als möglich Freiburg erobern und dann gegen Luzern vorgehen. Mit Rücksicht auf die gespannte Stimmung im ganzen Lande war ein erster Erfolg äußerst wichtig. Die Bezwingung Luzerns mußte den Kampf entscheiden, denn nach dem Fall Luzerns, das das politische Haupt des Sonderbundes war, konnten sich die inneren Kantone und auch das Wallis nicht mehr lange halten.

Freiburg wurde durch ein Scheinmanöver getäuscht. Am 12. November war der Aufmarsch vollzogen und am Morgen des 13. November erfolgte die Aufforderung zur Übergabe. Nach Ablauf des eingeräumten Waffenstillstandes ergab sich Freiburg am 14. November dem Oberbefehlshaber der Bundesarmee. Dieser rasche Erfolg hob Stimmung und Zuversicht im eidgenössischen Lager. Mit Ausnahme eines kurzen Vorstosses der Urner in den Kanton Tessin waren die Unternehmungen der Sonderbundstruppen im Großen erfolglos geblieben, und die Aktion der Urner war für die Entscheidung ohne Belang. Die Bundestruppen wurden von Freiburg nach dem Osten nachgezogen und der Angriff auf Luzern am 19. und 20. November vorbereitet. Am 21. kapitulierte Zug als zweiter Sonderbundskanton. Der Ring der Truppen um Luzern zog sich am 22. immer enger, so daß am folgenden Tage der konzentrische Angriff erfolgen konnte, der für die Bundestruppen überall sieg-

reich verlief. Am 24. November, 1 Uhr mittags, zog Dufour in Luzern ein. Die Kapitulationen der restlichen Orte des Sonderbundes erfolgten in den anschließenden Tagen, und zwar am 25. Ob- und Nidwalden, am 26. Schwyz, am 27. Uri und am 29. November das Wallis. Damit waren die Jesuiten aus der Schweiz verbannt, und der Krieg war abgeschlossen.

Die Kantone wurden vorübergehend militärisch besetzt; am 1. Januar 1848 standen noch gegen 12.000 Mann in Waffen. In den besetzten Kantonen wurden neue Regierungen gewählt, was nicht überall ohne Unruhen abging. Die Kriegskosten in Höhe von 6,140,266 Schweizer Franken wurden den Sonderbundskantonen auferlegt, im Jahre 1852 sind ihnen aber die noch ausstehenden 3,340,000 Schweizer Franken erlassen worden. Die eidgenössische Armee verlor 78 Tote und 260 Verwundete, die Armee der Sonderbundskantone 50 Tote und 175 Verwundete.

Viertes Kapitel.

Die Mission Cannings und das Ende des Sonderbundes.

Mit der Überreichung der identischen Note, die am 26. November in ihrer endgültigen Form redigiert worden war, hatte Palmerston Sir Stratford Canning beauftragt. Seit dem Auftauchen von Guizots Entwurf war Palmerston mit Canning in ständigem Gedankenaustausch über die Schweizer Angelegenheit geblieben. Er hatte ihn wohl schon von Anfang an dazu ansehen, die Note sowohl der Tagsatzung wie dem Sonderbund zu überreichen, wenn es überhaupt dazu kommen sollte. Denn Peel hatte sich zu sehr exponiert. Palmerston brauchte in der Schweiz jetzt einen unbelasteten Vertreter, der politisches Ansehen genoß und geschickt und erfahren war, einen Mann der geeignet schien, zwischen den Parteien zu vermitteln. In einer Instruktion vom 28. November wurde Peel die Entsendung und Beauftragung von Canning mitgeteilt.¹

Palmerston hatte gehofft, daß die Schweizer Frage sich ohne die Einmischung der fremden Mächte würde regeln lassen. Seit

1. Switzerland F. O. 100/51 XLIII Palmerston an Peel, 28. Nov. 1847.

er aber der Überreichung einer Note in aller Form zugestimmt hatte, bestand dafür keine Hoffnung mehr: die erste Phase der gemeinsamen Aktion der Mächte war abgeschlossen. Palmerston hatte, wie es zunächst schien, nachgeben müssen und seine Sache stand im Augenblick nicht günstig. Die Gefahr einer bewaffneten Intervention der Mächte mit all den von England befürchteten Folgen schien in bedrohliche Nähe gerückt, und Palmerston sah sich gezwungen, alle Intensität und Kunst aufzubieten, um den Zusammenprall zu verhindern. Vor allem mußte es nun für ihn darauf ankommen, die Tagsatzung vor Unvorsichtigkeiten und Herausforderung der Mächte zurückzuhalten und überall als Dämpfer zu wirken; dies wurde um so dringlicher, als die Neuenburger Frage den Mächten den ersehnten Vorwand zu bieten schien, unter dem Schein des Rechtes sich einzumischen.²

Das Beglaubigungsschreiben für Stratford Canning war datiert vom 26. November, die Instruktionen Palmerstons vom 27. und 28. November 1847; dazu waren Abschriften aller wichtigen Aktenstücke zur Politik des Jahres 1847 beigefügt, die die Schweiz und die Mächte betrafen. Die Instruktion³ nahm Bezug

2. Neuenburg war durch die Umwandlungen von 1814/15 in einen wahrhaft widernatürlichen Zustand geraten. Es war aus einem zugewandten Orte der Eidgenossenschaft, mit der es seit der Reformationszeit in enger Beziehung stand, als Kanton der Schweiz eingegliedert worden, blieb aber trotzdem preußisches Fürstentum, — der König von Preußen war seit 1707 Fürst von Neuenburg, — ohne daß durch die Vereinigungsurkunde dieses Doppelverhältnis und seine inneren Widersprüche irgendwie geklärt worden wären. Jede Tendenz zur Zentralisierung innerhalb der Eidgenossenschaft mußte natürlicherweise auf den schärfsten Widerstand der royalistischen Kreise Neuenburgs stoßen. Die Doppelbindung, die mit der Neuenburger Revolution im März 1848 und der Einführung der neuen Bundesverfassung im gleichen Jahre völlig unhaltbar geworden war, wurde erst im Jahre 1857 nach langwierigen Verhandlungen und vorübergehender Kriegsgefahr durch den Verzicht Friedrich Wilhelms IV. auf Neuenburg, an dem er aus persönlichen und dynastischen Motiven sehr gehangen hatte, gelöst.

3. Corr. rel. No. 203. S. 258. 27. Nov. 1847.

Zur Mission Cannings folgende Nummern im P. R. O.:

Switzerland F. O. 100/55 1847 Nov.-Dec. Canning — 56 1848 Jan.-Feb. Canning, Special-Mission.

Stratford Canning Papers (Nachlaß) — F. O. 352/30, 1846/47 — 31, 1848 — 51, Drafts 1843/49 — 57, 1847—1849, — 62, Miscellaneous — 63, Switzerland, memoirs etc.

darauf, daß Canning in letzter Zeit in ständiger persönlicher Verbindung mit Palmerston gestanden hatte und die ganze Korrespondenz kannte. Canning sollte die Note, die auf dem englischen Vorschlag vom 16. November beruhte und den gleichen Zweck wie diese Instruktion hatte, in Bern überreichen, aber erst, wenn er sich vorher in Paris davon überzeugt hatte, daß die Vertreter der anderen Mächte dasselbe taten. Beiden Parteien in der Schweiz sollte eine Kopie der Note überreicht werden und Canning sollte dabei sein Möglichstes tun, um die Annahme der Vorschläge der Note zu erreichen. Sollte es aber möglich sein, daß zwischen der Tagsatzung und dem Sonderbund, oder den noch im Sonderbunde verharrenden Kantonen, auf Grund irgendwelcher anderer Bedingungen eine Übereinstimmung herbeigeführt würde, dann sollte Canning das mit allen Mitteln unterstützen, und zwar womöglich im Verein mit den Vertretern der anderen Mächte, mit denen zusammen alsdann ein Protokoll aufgestellt werden sollte. „But if on your arrival at Berne you should find the Diet completely successful and the Sonderbund reduced and entirely dissolved, there will of course no longer be any occasion for any offer of mediation, and you will not present any note.“ Canning sollte, falls eine Überreichung der Note unzweckmäßig geworden wäre, noch kurze Zeit in Bern bleiben, um nachher in London genauen Bericht über die Lage geben zu können. Mit allen Mitteln sollte er Gegensätze auszugleichen versuchen und besonders die siegreiche Partei vor einem Mißbrauch ihres Erfolges warnen und sie daran erinnern, daß jede Verfassungsänderung rechtlich nur durch Beistimmung aller Kantone möglich wäre.

In einem „Private“ gekennzeichneten Brief an Canning vom folgenden Tage (28. November) sprach Palmerston sich deutlicher aus: Broglie sehe seine (Cannings) Mission ungern:⁴

4. F. O. 352/30. ... „Broglie evidently took no Pleasure in your mission and Guizot may try to detain you at Paris; but you will do well, I think, not to dally in Capua, but to proceed onwards to Berne. I ascribe Broglie's dislike to your going to two Motifs, first perhaps he did not like that you should have an opportunity of finding out at Paris by communication with Appony, Arnim and Kisselef that he had some what overstated to me the degree of their acquiescence in the Drafts of Note as settled between him and me; but secondly and chiefly he may not have

„We heard last night that Lucerne had surrendered; of course a new Government will be established there, and that govt. will expel the Jesuits as has been done at Freiburg — so far so good; all this simplifies matters very much, and leaves us all less to do. Notwithstanding all that Broglie says about the impossibility of penetrating into the smaller cantons of the Sonderbund, I should think it probable that when Lucerne has been reduced, they would be disposed to surrender“. — Der Fall Luzerns war für Palmerstons Politik eine große Erleichterung. Er stärkte ihn in der Hoffnung, daß in der Schweiz alles zur Ruhe und zum Frieden kommen würde, ehe die fremden Mächte eingreifen konnten. Nur so konnte der drohende Zusammenstoß wirklich mit Sicherheit vermieden werden. Vom englischen Standpunkt aus war es selbstverständlich, daß mit dem Augenblick, wo der Sonderbund aufgelöst war und die Tagsatzung alle ihr widerstrebenden Bewegungen hatte unterdrücken können, für die Mächte der Grund zum Einschreiten nicht mehr vorhanden, und damit die Abgabe dieser Note zwecklos geworden war. Die Schweiz hörte damit auf, ein Unruheherd zu sein, und alles, was den Großmächten zu tun blieb, war, durch ihren wohlmeinenden Rat dafür zu sorgen, daß unnötige Härten vermieden und keine übereilten Entschlüsse gefaßt wurden.

Soweit sah die Lage für Palmerston im Augenblick also durchaus hoffnungsvoll aus. Er riet Canning im gleichen Briefe, als Aufenthaltsort Bern zu wählen und seine Kollegen wenn möglich zu veranlassen, auch nach Bern zu kommen.⁵ Hinter diesem

fancied the prospect that you would be at Berne. While Bois le Comte has chosen to banish himself from thence, and cannot get back again without some considerable difficulty. Broglie hinted that Bois le Comte must have an apology to enable him to get back, but it seems to me that Dufour was quite right and fully justified in not allowing Bois le Comte to hold communication with a Place which Dufour was just on the point of attacking; and there is no truth in the assertion that Bois le Comte is accredited to each separate Canton, for by the Federal Compact the Directory is the organ of the Confederation as to its Foreign Relations. — However if when you get to Berne you can help to make up matters between the Diet and Bois le Comte it would be well to do so.“ vgl. Seite 119f.

5. „One difficulty you will have to encounter will be the obstacles to communication with your Colleagues which their scattered condition will

Rat, die Vertreter der anderen Mächte nach Bern zu ziehen, lag natürlich der polisische Gedanke, sie in die Nähe der Tagsatzung zu bringen, denn, wenn sie nun in Bern einzogen, nachdem sie Ende 1846 demonstrativ in Zürich verblieben waren und beim Ausbruch der Feindseligkeiten das Gebiet der radikalen Mehrheit verlassen hatten, so hätte das bedeutet, daß man die Regierung des augenblicklichen Vorortes wieder als Vertretung des gesamten Bundes erachtete.

Palmerston glaubte in diesem Augenblick, daß die Lage weitgehend geklärt wäre und der endgültigen Befriedung entgegengehe. Er hatte deutlich herausgeföhlt, daß Guizot, dessen Stellung in Frankreich täglich schwächer wurde, unter allen Umständen einen bewaffneten Konflikt jetzt zu vermeiden wünschte. Aus diesem Gefühl der Sicherheit heraus gab Palmerston den Plan einer Konferenz auf und damit die Aktion aus den Händen. Gleichzeitig war aber in der Neuenburger Frage, die nun akut zu werden schien, eine neue Schwierigkeit aufgetaucht: am gleichen 28. November hatte Palmerston nämlich eine Unterredung mit dem preußischen Botschafter über diese Angelegenheit gehabt. Unter Einverständnis des britischen Außenministers faßte Bunsen am Abend des gleichen Tages den preußischen Standpunkt in der Rechtsfrage und in der Frage der der Schweiz gegenüber zu verfolgenden Politik in ein Memorandum und ein Begleitschreiben zusammen, welche er Palmerston in einer zweiten Unterredung am folgenden Tage überreichte.⁶

Der Neuenburger royalistisch gesinnte Staatsrat hatte als Regierung eines protestantischen Landes zwar nicht gemeinsame Sache mit der katholischen Allianz machen können, er hatte aber der Politik und den Maßnahmen der radikalen Mehrheit der Tagsatzung von je her einen passiven Widerstand entgegengesetzt und sich geweigert, im Sonderbundskrieg der

create. But they ought to come to you at Berne instead of your running after them else where. Till the mediation is accepted no Conference can of course take place, and therefore your place till then would clearly be Berne or the seat of the Sonderbund. If mediation should be accepted Berne might still be the most convenient place for finishing the matters; and clearly there is nothing now for which a conference in London could be required."

6. Corr. rel. No. 204, S. 261 f. — vgl. Seite 187 und Seite 192 ff.

Tagsatzung sein Truppenkontingent zur Verfügung zu stellen.⁷ Die Regierung des Kantons versuchte ihren Beschluß, in dieser inneren Auseinandersetzung neutral bleiben zu wollen, damit zu begründen, daß nach dem Bundespakt von 1815 drei Viertel aller Stimmen der Tagsatzung für den Beschluß eines Krieges notwendig seien. Friedrich Wilhelm IV., dessen Einmischung in die Beziehungen zwischen dem Kanton Neuenburg und der Bundesregierung eine Verletzung des Bundespaktes, der Vereinigungsurkunde vom 19. Mai 1815, sowie des Erlasses Friedrich-Wilhelms III. vom 18. Juni 1814, — nach denen dem preußischen König weder eine Ratifikation noch eine Sanktion dieser Beziehungen zustand, — darstellte, sanktionierte den Beschluß der Neuenburger Regierung in einem Manifest vom 19. November 1847. Der König drückte in dem Manifest, das als Note an die 25 Kantone gesandt wurde, die Erwartung aus, daß die strenge Neutralität Neuenburgs durch die Kantone und die Truppenführer respektiert werde, und kündigte Neuenburg als Tagungsort der kommenden Konferenz an. Die Note schloß mit der Drohung, man würde eine Verletzung der Neutralität „als einen Friedensbruch und als einen gegen den König von Preußen verübten Akt der Feindseligkeit“ betrachten.⁸

7. Von Neuenburg war, wie von den anderen Kantonen, eine Geldsumme (46 000 Franken) erhoben worden, die zur Deckung der Kriegskosten dienen sollte. Die Regierung versuchte auf Veranlassung des preußischen Gouverneurs, des Generals der Infanterie von Pfuel, die Zahlung dieser Summe so lange als möglich hinauszuschieben. Pfuel berichtete darüber am 21. November an den König: „Vorgestern ist wieder Neuenburg gemahnt worden, sein Geldcontingent zu zahlen; — wir werden, um Zeit zu gewinnen, zögern, so lange es immer geht, und dann, wenn es nicht mehr geht, unter dem Titel eines Darlehns, versprechen, Geld anzuschaffen, — wodurch wieder Zeit gewonnen wird. — Geradezu abschlagen würde uns unmittelbar Gewaltmaßregeln zuziehen“.

Am 27. November berichtete Pfuel, daß die Summe als zinstragendes Darlehen nun doch an die Federalkasse bezahlt worden sei; was den König zu der Randbemerkung veranlaßte: „Ich will den Beschluß „die Zahlung zu leisten“ nicht tadeln. Dennoch scheint mir's, es wäre die Sache auf andere Weise ebenso gut abzumachen gewesen, wenn man erklärt hätte: man weigere sich durchaus nicht, die Summe zu zahlen, wolle aber erst das Resultat der Conferenz abwarten.“ — G. St. A. A. A. I A Bm 13 I u. II.

8. Sydow übersandte den Kantonen das Manifest mit einem Begleit-schreiben vom 26. November. Die Kantonsregierungen lehnten aber im Prinzip eine Stellungnahme ab, da der Verkehr mit dem Ausland in poli-

Die Empörung gegenüber Neuenburg wurde durch dieses Manifest in den Kreisen der radikalen Mehrheit, — und zu ihr traten jetzt auch die neuen Regierungen in den besiegten Kantonen des Sonderbundes, — ins Unermeßliche gesteigert. Man betrachtete die regierenden Männer in Neuenburg als Landesverräter. Und war schon vorher der Wunsch nach einer militärischen Okkupation des renitenten Kantons vielerorts ausgesprochen worden, so wurde er jetzt, durch die Einmischung Friedrich Wilhelms ausgelöst, die man im Vollgefühl des errungenen Sieges als Beleidigung und Geringschätzung empfand, zu einem äußerst wirkungsvollen Agitationsmittel der Radikalen.

Die allgemeine Stimmung in der Schweiz begann damals. infolge des raschen und relativ unblutig errungenen Erfolges der Tagsatzung und infolge der Aufdeckung der landesverräterischen Beziehungen des Sonderbundes zum feindlichen Ausland, sich sehr rasch den bisher nur von den Radikalen verfolgten Interessen zuzuwenden, so daß der preußische Gesandte in einem Berichte vom 11. Dezember das durch die Politik der Mächte geschaffene Resultat beklagte: „Die Konservativen in Bern und in Zürich schließen sich jetzt den Radikalen an in der scharfen Zurückweisung jeder ausländischen Intervention.“⁹

Durch die Zuspitzung, die die Neuenburger Frage durch das Manifest Friedrich Wilhelms IV. und durch die immer schärferen Okkupationsdrohungen der Radikalen erfahren hatte, war sie aus einer staatsrechtlichen zu einer eminent politischen, ja zu einer reinen Machtfrage geworden, denn der König von Preußen drohte, alle ihm zugänglichen Mittel aufbieten zu wollen, um sein persönliches und dynastisches Recht in Neuenburg zu wahren, falls die Tagsatzung es wagen sollte, Neuenburg wegen seiner Beistandsverweigerung anzugreifen. Auf Veranlassung Bunsens wandte sich der König darum an England um Beistand in

tischen Fragen der Bundesregierung allein zustehe. G. St. A. A. A. I A Bm 3 XII.

9. Sydows Bericht vom 11. Dezember 1847. G. St. A. A. A. I A Bm 3 XIII. Sydow hatte die durch den Sonderbundskrieg geschaffene Lage schon am 7. Dezember als hoffnungslos angesehen, für den Fall einer verbalen Intervention: die Tagsatzung werde bald eine radikale Mehrheit von 19—20 Stimmen haben, statt 12^{2/2}, und den Mächten werde also eine homogene Schweiz antworten. G. St. A. A. A. I A Bm 3 XII.

dieser schwierigen Frage. Bunsen schilderte in seinem Schreiben an Palmerston vom 28. November 1847 die Entschlossenheit des Königs, mit allen Mitteln, selbst mit denen der Gewalt sein Recht wahren und seine treuen Neuenburger schützen zu wollen: „Mais il désire, et il espère qu'il ne sera pas obligé de recourir à des mesures extrêmes. Il espère surtout, que le Gouvernement Britannique voudra user de l'influence dont il jouit auprès de la Diète, pour obtenir d'elle des déclarations non-équivoques et rassurantes, c'est-à-dire une reconnaissance explicite du droit que Neuchâtel avait de s'abstenir d'une participation à la guerre civile qui maintenant désole la Suisse. Ce sont donc les bons offices du Gouvernement de Sa Majesté Britannique que le Roi réclame en cette occasion, fort des rapports intimes qui unissent les deux Gouvernements, et fort de la justice de sa cause, et de l'intérêt général de l'Europe pour le maintien de ce droit.“

Palmerston griff die willkommene Gelegenheit, sich den preußischen König zu verpflichten, sogleich auf und instruierte Canning noch am 28. November in diesem Sinne, indem er ihm Weisungen bezüglich seines Verhaltens in der Schweiz gab, die seiner Auffassung nach genügen sollten, den Konflikt friedlich beizulegen.¹⁰

Bunsen verfolgte mit der Einbeziehung Englands in die Neuenburger Frage bewußt eine neue und seiner Ansicht nach konstruktive preußische Politik. Er hatte den Plan zu dieser Politik bereits im Februar 1847 in zwei Geheimberichten entwickelt. In einem ersten Geheimbericht vom 12. Februar setzte er auseinander, Baron Hummelauer sei aus Wien nach London gekommen, um den Anschluß Englands an eine Allianz Österreich—Rußland im Geheimen vorzubereiten, mit der Spitze

10. „The King of Prussia is very anxious that Neuchatel should be the seat of conference, obviously because he thinks that such arrangement would afford security to his canton. There could be no great objection to your all of you finishing your work there but I should think you would find Berne much more convenient; upon this however we must have full discretion, at all events you will use your best endeavours to prevail on the Diet to respect the Neutrality of Neuchatel and to leave that little canton alone and not to make themselves an enemy of the King of Prussia without necessity or advantage by attacking his pet principality.“
vgl. Anm. 4 und 5, und Seite 132 ff.

gegen Frankreich und Preußen, das man seit dem Entschluß des Königs, die Stände seines Reiches zu einer allgemeinen Versammlung zu vereinigen, im französischen Fahrwasser glaube. Österreich habe England auch seine Vermittlung beim Papste angeboten inbezug auf Verhandlungen in der irischen Frage. Hummelauer habe am 29. Januar seine Denkschrift präsentiert, und in Wien hoffe man, auch Hannover, Bayern, Sachsen und Württemberg gegen Preußen mobil machen zu können. — In einem zweiten Geheimbericht vom 18. Februar entwickelte Bunsen dann seinen Plan einer Allianz Preußen—England, für den Fall, daß Preußen im Sinne des königlichen Patentens vom 3. Februar 1847 in seiner Politik „constitutionell und gesamtdeutsch“ bleibe. England und Preußen hätten dann nicht nur den Deutschen Bund, sondern auch die Kleinstaaten auf ihrer Seite, so Belgien, Holland, die Schweiz, Dänemark und Schweden.¹¹ Diese Politik, an der Bunsen auch in der Folgezeit festhielt, brachte ihm nicht nur die erbitterte Feindschaft Wiens und Petersburgs ein, sie führte auch zu einer von steigendem Mißtrauen getragenen Spannung in dem Verkehr Bunsens mit Canitz und dem König.

Joseph Maria von Radowitz, der mit der Vertretung Preußens auf der geplanten Konferenz betraut worden war,¹² hatte sich nach Wien begeben, um mit Metternich zusammen das Programm dieser Konferenz zu besprechen und gemeinsame Richtlinien für ein späteres Vorgehen gegen die Schweiz zu vereinbaren. In einem Briefe an Canitz vom 26. November 1847 wies er auf das tiefe Mißtrauen der Wiener Kreise gegen die preußische Politik in der Schweizer Sache hin. „Allerdings habe ich zu gleicher Zeit vorgefunden, Fürst Metternich war ziemlich geneigt, vorauszusetzen, daß unser Hof durch seine besondere Zuneigung zur englischen Allianz sich wohl verleiten lassen könnte, den Einflüsterungen Lord Palmerston's so weit Gehör zu geben, daß man ihm freie Hand ließe, seinen schlimmen Weg zu gehen. Die Ursache dieses regen Verdachtes war leicht zu erkennen. Man hat aus London und Paris Nachrichten über

11. G. St. A. A. A. I A Bb 16. 17. 20. 21.

12. vgl. Seite 136 f.

die Art und Weise, wie Bunsen und Arnim¹³ sich in der letztverflossenen Zeit ausgesprochen haben, und glaubt hierin nicht bloß keine Übereinstimmung mit den offiziellen Äußerungen unseres Hofes, sondern stets einen eigentlichen Wiederhall der Palmerston'schen Gedanken zu finden. Es ist dies unter Anderem einer von den Gründen, weshalb Metternich nicht bloß gegen die Verlegung der Konferenz nach London, sondern auch gegen jede Vollmacht ist, die den Gesandten in Paris zur direkten Teilnahme in der Schweitzer Sache gegeben werden könnte.¹⁴ Ich habe mich natürlich darauf beschränkt, jeden solchen Argwohn in Bezug auf unsere Regierung auf das bündigste und entschiedenste zurückzuweisen, und kann unbedenklich versichern, daß dies gelungen ist. Nach den Schritten, die der König gethan, wovon mein hiesiger Aufenthalt stets Zeugnis ablegt, fällt ein Verdacht dieser Art von selbst weg. Aber ich darf doch nicht unterlassen, so widerwärtig mir eine solche Art Anklage auch ist, hervorzuheben, daß eine sehr ernste Weisung an die beiden Betheiligten, unter Darlegung des Systemes des Königs in der Schweitzer Frage, wohl nöthig sein kann.“ Wenn auch Canitz dazu schon viel beigetragen hätte, so wäre eine grundsätzliche abschließende Beteuerung über die Gesinnungen am Berliner Hofe noch nötig.¹⁵

Bunsen war von Canitz des öfteren getadelt worden, weil er nicht mit dem nötigen Nachdruck versucht hätte, Lord Palmerston von der Richtigkeit der preußischen Politik insgesamt und speziell in der Frage der Neuenburger Neutralität zu überzeugen. Der preußische Gesandte wies diese Vorwürfe in einem Schrei-

13. Der preußische Gesandte in Paris v. Arnim vertrat in der Schweizer Frage die Auffassung, daß Preußen und Neuenburg nicht Partei ergreifen, sondern sich als Vermittler zwischen den Mächten und den streitenden Kantonen halten sollten. Infolgedessen versuchte er auch in Paris zur Mäßigung zu reden, worin er dem persönlichen Wunsche des französischen Königs entgegenkam: „Le Prince de Metternich devait savoir que le Roi Louis-Philippe est personnellement opposé à toute espèce d'intervention dans les affaires Suisses.“ Arnim sah in der jüngstvergangenen Politik Guizots eine Gefahr für die innere Lage Frankreichs und die Sicherheit der Regierung, die sich nach seiner Auffassung schon allzusehr exponiert hatte.

Arnim's Berichte vom 20. Oktober 1847 G. St. A. A. A. I A B m 3 X — vom 22. Oktober 1847 G. St. A. A. A. I A B m 13 I — vom 2. November 1847 G. St. A. A. A. I A B m 3 X.

14. vgl. Seite 137, Anm. 27a.

15. G. St. A. A. A. I A B m 15.

ben vom 25. November zurück.¹⁶ In einem Immediatbericht vom 27. November, in welchem er die Mission Sir Stratford Cannings nach der Schweiz ankündigte, machte Bunsen geltend, daß er persönlich in einem Gespräch Russell und Palmerston in ihrer Absicht, Canning in einer Spezialmission nach der Schweiz zu schicken, eindringlich bestärkt habe: „J'ai toujours cru que la mission spéciale de Sir Stratford Canning était non-seulement dans l'intérêt général de la politique de Votre Majesté, mais en particulier dans celui de l'affaire délicate de la Principauté de Neuchâtel. — J'ai donc non-seulement fait tout en mon pouvoir afin que cette mission ait lieu, mais j'ai cru devoir en profiter, aussitôt que le projet de cette mission était assuré.“ Bunsen berichtet weiter, Canning werde über Neuenburg reisen, und dort mit dem Gouverneur und der Regierung Fühlung nehmen, zu welchem Zwecke er ihm zwei vertrauliche Briefe an Pfuël und den Neuenburger Staatsrath Calame mitgeben würde, und schließt: „Sir Stratford Canning personnellement fera tous les efforts pour meriter les suffrages de Votre Majesté.“ Canning werde drei Tage in Paris bleiben und in acht Tagen in Neuenburg sein.¹⁷

Am 28. November berichtete Bunsen, daß das britische Kabinett bereit sei, in der Schweiz zwei kriegsführende Parteien anzuerkennen. Diese Anerkennung würde aber mit dem Ende des Sonderbundes automatisch aufhören. „Mais en tout cas, le point de départ du Cabinet britannique est la légalité des actes de la Diète, autant que ces actes sont formellement conformes au pacte fédéral.“ Er habe bisher erreichen können, daß Peel und Canning in-

16. „Wenn also Ew. Excellenz, wie Hochdieselben sich auszudrücken belieben, in meinem Berichte vom 16 ten „keine Spur einer Berücksichtigung dieser Verhältnisse finden“, so möchte gerade umgekehrt aus dem Vorliegenden hervorgehen, daß mir die Verhältnisse Neuenburgs nahe an's Herz gegangen sind und ich es mir habe angelegen sein lassen, alles zu erwirken, was in meinen Kräften stand.“ Bunsen berichtet weiter, daß Palmerston dringend zu Frieden und Verständigung mit der Tagessatzung rate, im übrigen aber durchaus eine Kräftigung Preußens wünsche; dagegen, so berichtet er weiter, würde Frankreich einen Mißerfolg Preußens in der Neuenburger Frage nicht ungern sehen, weil dadurch das Ansehen des preußischen Königs gemindert würde. G. St. A. A. A. I A Bm 13 I.

17. G. St. A. A. A. I A Bm 13 II.

struiert würden, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mäßigend auf die erregten Gemüter der Radikalen einzuwirken. Mit Canning selbst habe er die Neuenburger Frage diskutiert.¹⁸

Am folgenden Tag überreichte Bunsen das Memorandum mit dem Begleitschreiben. Palmerston sah die Hauptgefahr in der Neuenburger Frage darin, daß die Regierung den ihr auferlegten Kriegskostenbeitrag nicht zahlen wollte.¹⁹ Er lehnte Bunsens Deutung des Artikels VIII des Bundespaktes ab: die geforderte $\frac{3}{4}$ -Mehrheit für einen Kriegsbeschluß beziehe sich nur auf einen Krieg mit dem Ausland, die Tagsatzung werde darum den Standpunkt Neuenburgs nie anerkennen können. Er betonte immer wieder, daß der Bundespakt auch für Neuenburg unbedingt verbindlich und daher Neuenburg zur pflichtgemäßen Zahlung seines Beitrages anzuhalten sei. Bunsen berichtet dann weiter, daß Palmerston sich befriedigend über das Memorandum und das Begleitschreiben geäußert habe. Beide Dokumente würden sofort an Canning geschickt werden. Er, Bunsen, werde Arnim und Sydow die englische Stellungnahme zu der Kriegskostenfrage mitteilen.²⁰

Diese zweite Unterredung mit Bunsen veranlaßte Palmerston zu einer neuen Instruierung Cannings, der inzwischen bereits London verlassen hatte und nach Paris gefahren war. Er wies noch eindringlicher auf die Gefahr hin, die der Schweiz aus einer unklugen Verschärfung dieser Streitfrage erwachsen könnte.²¹

18. G. St. A. A. A. I A Bm 13 II.

19. vgl. Seite 127, Anm. 7.

20. Bunsens Bericht vom 29. November 1847. G. St. A. A. A. I A Bm 13 II.

21. „... J have to instruct your Excellency to make any use of that letter and of the memorandum which it incloses which you may think advisable for the purpose of dissuading the Diet from taking any severe or hostile measure against the canton of Neuchâtel. But it appears to Her Majesty's Government that an argument still stronger and more practical than those contained in the memorandum is to be found in the consideration that it would be very impolitic in the Diet to take without necessity any steps which would render the King of Prussia hostile to them; for of course Austria and Russia would sympathize with Prussia (bis hier: Corr. rel. Nr. 210, S. 266) and as the tendencies of those Powers are already sufficiently adverse to the Cause of the Diet it would be unwise in the Diet to afford them any additional cause of ill will.“ F. O. 100/55 Canning No. 10 confidential.

Gleichzeitig konnte Bunsen am 30. November nach Berlin melden, daß Palmerston ihn versichert habe, Canning sei nochmals angewiesen worden, die Tagsatzung von jedem feindseligen Schritt gegenüber Neuenburg abzuhalten. Sein Memorandum und das Begleitschreiben seien zur Grundlage dieser neuen Instruktion gemacht und mit ihr zusammen an den Gesandten geschickt worden. Der Ausgangspunkt für die britische Aktion bleibe allerdings unverändert der Wortlaut des Paktes. Die königliche Sanktion sei kein Beweis für Palmerston, daß die Handlungsweise Neuenburgs dem Pakte gemäß sei: „Je ne peux pas l'engager d'agir dans l'intérêt de Votre Majesté d'après des principes qu'il ne reconnaît pas.“²²

Palmerston wurde durch die Zuspitzung der Neuenburger Frage stark beeindruckt. Das erwies sich immer klarer, als er die Nachricht vom Ende des Bürgerkrieges erhielt. Obschon Canning nun in der Instruktion vom 1. Dezember 1847 definitiv angewiesen wurde, die identische Note der Mächte an die beiden kriegführenden Parteien nicht mehr zu überreichen, und obschon seine Mission dadurch ihren ursprünglichen Zweck verloren hatte, wies ihn Palmerston doch an, in die Schweiz zu fahren: Im Kabinett wäre man sich, auf die Nachricht vom Ende des Krieges hin, zunächst unschlüssig gewesen, ob die Mission überhaupt noch einen Zweck hätte. Schließlich wäre man aber zu der Überzeugung gekommen, daß eine Anwesenheit Cannings für eine Woche oder zehn Tage in Bern zweckdienlich wäre, denn die Zeit nach einem Siege wäre oft gekennzeichnet durch Exzesse; eine „desinteressierte Freundschaft“ müßte sich darum grade jetzt bewähren. Die Tagsatzung sollte deshalb lieber die Unvollkommenheit des Bundespaktes hinnehmen und nicht durch einen Vertragsbruch ihrerseits eine fremde Intervention, österreichische oder französische Truppenkonzentrationen oder eine Handelsblockade heraufbeschwören. Canning sollte in allen

22. Bunsen beklagte sich gleichzeitig, daß er von Berlin aus schlecht instruiert werde. Er sei nicht informiert über die Argumente, mit denen Neuenburg seinen Standpunkt begründe, und er wisse nichts über die Antwort Neuenburgs auf die Argumente des Vororts, die er aus Peels Berichten kenne. G. St. A. A. A., I A Bm 13 II. Corr. rel. No. 211, S. 267; No. 216, S. 273,

Dingen zur Vernunft reden, in seinen Ratschlägen aber stets als der Vertreter einer freundlich gesinnten Macht auftreten — im Gegensatz zu den Vertretern der anderen Mächte.²³

Der weitere Verlauf der Schweizer Geschehnisse beunruhigte Palmerston, denn die Radikalen zeigten nach ihrem Siege nicht die Mäßigung, die er von ihnen als Vertretern eines liberalen Prinzips erwartet hatte. Palmerston war jetzt nicht mehr frei, wie zu Beginn der Auseinandersetzung der Mächte; er stand und fiel mit der Sache der Tagsatzung, da er auf ihre Karte alles gesetzt hatte, selbst gegen einen Widerstand im eigenen Lande. Zudem hatte er durch die Ablehnung der Übergabe der Note die Initiative aus den Händen gegeben. Der Schwerpunkt lag nun wieder in Paris. Der Sieg der Tagsatzung war zwar ein Sieg Palmerstons, aber ein nachträgliches Einschreiten der Mächte mußte ihn heute noch empfindlicher treffen, als vor Beginn seiner Aktion, da er seine taktisch-politischen Mittel in der Annahme, daß der Zwist geschlichtet wäre, aus den Händen gegeben hatte und nur noch durch gute Ratschläge in Bern in die Vorgänge eingreifen konnte.

Die Neuenburger Frage gewann nunmehr für ihn an Wichtigkeit. Abgesehen davon, daß er durch seine Ratschläge neue Unruhen verhindern und den Frieden erhalten konnte, wollte er die Leitung der preußischen Politik, wenn auch nur vorübergehend, für seine Anschauungen interessieren. Gelang es ihm, die Tagsatzung von einer aggressiven Politik gegen Neuenburg abzuhalten und einigermaßen annehmbare Bedingungen für Neuenburg zu erreichen, dann hatte er sich den preußischen Hof zu Dank verpflichtet. Jedenfalls war aber Preußen in seiner Handlungsfreiheit so lange gehemmt, als die Bemühungen Palmerstons und Cannings andauerten und die Tagsatzung einen Angriff auf Neuenburg nicht unternahm. Preußen konnte sich während dieser Zeit an einer aggressiven Politik gegen die Schweiz nicht beteiligen, ohne das Resultat des Vermittelungsversuches ernsthaft zu gefährden. Damit wäre es Palmerston doch noch gelungen, die ihm feindliche Front der anderen Mächte zu lockern: Jetzt hing alles von dem diplomatischen

23. Corr. rel. No. 212, S. 267 f.

Geschick Stratford Cannings und der Besonnenheit der Tagsetzung ab, ob seine Politik auch das zweite Mal erfolgreich sein sollte. In Wien und in Petersburg sah man in dieser durch Bunsen eingeleiteten neuen Aktion den Beweis für seine dem konservativen Prinzip feindliche liberale Orientierung.²⁴

Während Bunsen in London die britische Unterstützung für die preußischen Interessen in Neuenburg zu erwirken suchte, bereitete man in Berlin und in Wien den Plan der Konferenz vor, die zusammentreten sollte, sobald die beiden kriegführenden Parteien in der Schweiz die Note angenommen hätten. Metternich hatte keine Zeit verlieren wollen, da eine Intervention möglichst rasch erfolgen mußte, wenn sie Erfolg haben sollte. Aus dieser Überlegung hatte er den Guizotschen Entwurf der Note im Prinzip angenommen. Am 15. November schickte er dem österreichischen Botschafter in Paris eine Instruktion mit den Änderungen, die er an dem Entwurf angebracht wissen wollte.²⁵ Als in Berlin bekannt geworden war, daß Metternich den Entwurf angenommen hatte, fertigte man am 19. November die Instruktion für Radowitzens Mission nach Wien aus. General von Radowitz war am 14. November mit der Vertretung Preußens auf der geplanten Konferenz betraut und in Berlin durch den König und durch Canitz von dem preußischen Standpunkt unterrichtet worden; mit Metternich zusammen sollte er diese Konferenz vorbereiten. In der Instruktion vom 19. November waren die preußischen Wünsche im Einzelnen aufgezählt: darin schlug Preußen Neuenburg als Konferenzort vor. Die Teilnahme Groß-

24. vgl. Meyendorffs Schreiben an Nesselrode vom 10. 12. („28. 11.“) 1847 in Otto Hoetzsch, Peter von Meyendorff. Ein russischer Diplomat an den Höfen von Berlin und Wien. Politischer und privater Briefwechsel 1826—1863, Berlin 1923. II, S. 208 ff. — (Zu Bunsen). Neben Rankes Ausgabe des Briefwechsels Friedrich Wilhelms IV., vgl. — Friedrich Nippold, Christian Karl Josias, Freiherr von Bunsen. Aus seinen Briefen und nach eigener Erinnerung geschildert von seiner Witwe. 3 Bde. Leipzig 1868/71—II S. 372 ff. — ferner Willy Andreas: Die russische Diplomatie und die Politik Friedrich Wilhelms IV von Preußen; in Abhandlungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Jahrgang 1926, Phil.-hist. Klasse No. 6. — Karl Haenchen, Revolutionsbriefe 1848, Leipzig 1930, S. 17 ff.

25. Metternich wünschte Unterdrückung der Stelle über eine Revision des Bundespaktes, ebenso mißbilligte er aus politischen Gründen die Trennung in religiöse und politische Fragen. Vgl. Metternich, a. a. O., VII, S. 490 ff.

britanniens hielt es zwar für erwünscht, aber nicht für eine notwendige Bedingung, hingegen sollte der Deutsche Bund unbedingt mitbeteiligt werden. In Berlin fürchtete man, daß der Radikalismus die noch widerstrebenden Regierungen überwinde. „In diesem Falle werden die Mächte zum Schwerte greifen müssen, denn sie würden sich bankrott erklären, wenn sie den gemachten Versuch aufgeben, wenn der triumphierende Radikalismus ihn zurückweist.“ Die Einzelheiten für den Einmarsch sollten besprochen werden. Schließlich wurde in den vertraulichen Zusätzen nochmals die Frage der Einbeziehung des Deutschen Bundes erörtert: „Nimmt die Schweizer Sache eine ernsthafte Wendung, so wird sie uns die Wege für die deutschen Angelegenheiten anbahnen, im glücklichen Fall als ein vorhandener Erfolg, im unglücklichen wird die Veranlassung nicht fehlen, die dringende Notwendigkeit geltend zu machen.“²⁶

Am 24. November begannen die Beratungen mit Metternich in Wien.²⁷ Metternich erwartete mit Ungeduld die endgültige Fassung der Note. Am 26. November schickte er an Apponyi eine Instruktion, nachdem er das englische Gegenprojekt erhalten hatte und sofort entschlossen war, diesen Text nicht anzunehmen, da die Jesuitenfrage in der englischen Auffassung zu einer Schlinge für den Sonderbund zu werden drohte.^{27a} In einer folgenden zweiten Instruktion vom 26. und einer weiteren vom 29. November teilte er Apponyi die Bedingungen mit, die die

26. G. St. A. A. A. I A Bm 15.

27. vgl. Seite 130 f.

27a. Radowitz berichtete am 26. November 1847 aus Wien von dem Eintreffen des englischen Gegenprojekts: „Der Staatskanzler wurde durch diese Mitteilung sehr unangenehm überrascht und aufgeregt. Die Besorgnis, daß man in Paris von der selbst gestellten Basis sich entferne und sie den englischen Ansichten opfere, hatte sich seiner vollkommen bemächtigt. Es trat momentan ein Zustand von Ärger und Ratlosigkeit hier ein, der eigentlich darauf hinaus lief, die Möglichkeit eines ersten Einschreitens in die Schweizer Sachen ganz aufzugeben und die Dinge geschehen zu lassen..... Den Guizotschen Vorschlag, die Gesandten der drei Mächte in Paris für definitive Redaction der identischen Note und deren directer Absendung nach der Schweiz zu autorisieren, lehnt Fürst Metternich ab. Er ist zu sehr von Mißtrauen erfüllt, um eine solche Befugnis in Paris walten zu lassen.“ Radowitz berichtet dann weiter, daß er Metternich veranlaßt habe, die Pläne einer Intervention nicht fallen zu lassen. G. St. A. A. A. I A Bm 15.

österreichische Regierung inbezug auf Abfassung der Note stellen müsse, ohne deren Erfüllung sie sich an dem Schritt der Mächte nicht beteiligen könne:

Die Jesuitenfrage dürfe nicht in den Text aufgenommen werden, die Mächte müßten der Minderheit der Kantone eine Garantie gegen jede Ungesetzlichkeit geben, die Mächte behielten sich ihre Handlungsfreiheit vor; die Konferenz sollte nicht in London, sondern in Neuchâtel stattfinden, die neue Kantons-Regierungen dürfen erst nach Räumung der besetzten Kantone gewählt werden, schließlich sollten neben den beiden Parteien auch die neutralen Orte besonders vertreten sein.²⁸

Metternich kam aber mit seinen Forderungen zu spät. Guizot hatte bereits das englische Gegenprojekt im Prinzip angenommen, (12 Stunden bevor er die Metternichschen Änderungen zu seinem eigenen Entwurf erhielt). Am 26. November war, als der Staatskanzler seine ablehnende Instruktion über das englische Gegenprojekt schrieb, die zwischen London und Paris vereinbarte Fassung bereits angenommen worden.

Sollte die identische Note trotz der Verzögerung ihrer Abfassung jetzt doch noch Erfolg haben, dann mußte sie so rasch als möglich überreicht werden. Um jede neue Verzögerung zu vermeiden, hatte Metternich in seiner Instruktion vom 15. November Apponyi ermächtigt, den österreichischen Botschafter in London, Dietrichstein, davon zu unterrichten, daß das österreichische Kabinett der Fassung zustimmen werde, die Guizot als endgültige annehme. Metternich, der in diesem Augenblick noch nichts von einem englischen Gegenprojekt wußte, war darum bestürzt und verärgert, als er die definitive Fassung zu Gesicht bekam und dabei erfuhr, daß Kaisersfeld sie mit überreicht hatte.²⁹ Die Note war zuerst von Bois-le-Comte mit dem Datum des 30. November nach Bern und an die Regierung des Wallis, als letztem noch nicht unterworfenem Sonderbundsort geschickt worden (in Wirklichkeit hatte Wallis schon am 29. November

28. Metternich, a. a. O., VII, S. 493 ff.

29. Metternichs Schreiben an Apponyi v. 12. Dezember 1847. — Metternich, a. a. O., VII, S. 511 ff.

kapituliert). Am 3. und 7. Dezember folgten ihm der österreichische und der preußische Gesandte, deren Noten das gleiche Datum des 30. November 1847 trugen.

Am 1. Dezember hatte Palmerston Canning definitiv instruiert, die Note nicht zu übergeben.³⁰ Als Canning am 4. Dezember in Paris Guizot und den Vertretern Österreichs, Preußens und Rußlands mitteilte, daß die englische Regierung im Hinblick auf den Abschluß des Bürgerkrieges in der Schweiz die Überreichung der Note als nicht mehr opportun erachte und ihn deshalb in diesem Sinne instruiert habe, wirkte diese Überraschung so peinlich, daß Canning sich veranlaßt sah, sogleich beizufügen, daß dieser Entschluß keine Änderung in der Richtung der englischen Politik bedeute, daß er, Canning, vielmehr angewiesen worden sei, bei der schweizerischen Regierung auf strikte Einhaltung des Prinzips der Kantonsouveränität zu dringen und die berechtigten Interessen der unterlegenen Partei zu schützen. Guizot erwiderte, er bedauere daß die Abfassung der Note verzögert worden sei durch Gründe, die nicht in seinen Maßnahmen zu suchen seien.³¹

Die Empörung bei den europäischen Kabinetten war groß, denn man fühlte sich von Palmerston hintergangen. Dem Spiele zwischen Guizot und Palmerston waren die anderen Kabinette von Anbeginn an mit Mißtrauen gefolgt. Die englisch-französischen Besprechungen hatten zur Abfassung einer Note geführt, deren erste Guizotsche Fassung schon das Mißbehagen hauptsächlich Metternichs erregt hatte. Schließlich hatten das Wiener und das Berliner Kabinett mit zugestimmt, weil es dadurch möglich schien, auch England in die gemeinsame Front einzuordnen und so den Radikalen die einzige Stütze zu entziehen, die sie außerhalb ihres Landes hatten. Nun lag die Note in einer Form vor, die sie an sich schon zur Unwirksamkeit zu verdammen schien. Zudem hatte Lord Palmerston selbst die „Infamie“ begangen, die Front zu verlassen, nachdem er die anderen Beteiligten in ihrer Aktion festgelegt hatte.

30. vgl. Seite 134.

31. vgl. Cannings Bericht an Palmerston v. 4. Dezember 1847. — Corr. rel. No. 222/S. 276.

Metternich war in einem Zustand der größten Bestürzung, da er ja selbst Guizot die Aktion aufgedrängt hatte. Bei der inneren Schwäche der Donaumonarchie und der dauernden Gefahr eines revolutionären Ausbruches in Italien fühlte sich Metternich nicht stark genug, ohne Frankreich gegen die Schweiz vorzugehen. Für den Staatskanzler war diese Zeit darum im höchsten Maße tragisch, denn er war wohl der einzige, der völlig klar sah, wohin die Entwicklung trieb: daß die liberal-demokratischen Kräfte mit Sicherheit die Grundelemente des absolutistischen Prinzips erschüttern würden, und daß in ihrem Gefolge der neu erstarkte Nationalismus unabsehbare Gefahren für den Bestand der Habsburger Monarchie heraufbeschwören würde.

Da der Sonderbundskrieg zu dieser Zeit bereits der Vergangenheit angehörte, ernteten die Mächte mit ihrem Schritt in der breiteren Öffentlichkeit nur Spott und Hohn. Die Antwort, die die Tagsatzung am 7. Dezember an Guizot richtete, — weil Boisle-Comte die Note als erster übersandt hatte, — war in beinahe beleidigendem Tone gehalten. Die Mediation wurde abgelehnt, da sie gegenstandslos geworden sei, und die Berechtigung der Mächte zur Vermittlung und Einmischung in innerschweizerische Dinge auch prinzipiell bestritten.³² Die vier Mächte wollten diese Demütigung nicht hinnehmen, sondern entschlossen sich sofort, zu antworten.

Die Krise schien noch keineswegs überwunden zu sein. Am 2. Dezember berichtete Canning, daß Frankreich unter Umständen nicht davor zurückschrecken würde, allein vorzugehen, ob schon Louis-Philippe und das Kabinett nicht in diametralen Gegensatz zu England handeln möchten. Die Lage in der Schweiz sei, wenn auch aus erklärlichen Gründen, größtenteils durch Gewalt und Parteiregiment gekennzeichnet, was in gewisser Hinsicht gefährlich für die besten Interessen des Landes sei.³³ Am

32. Abgedr.: Corr. rel. No. 231, S. 283. Leider hatte man auf Schweizer Seite auch diesmal versäumt, die ganzen Fragen staatsrechtlich zu klären, und den Mächten so ein für alle Mal unmöglich zu machen, ihren Interventionen den Schein des Rechtes zu geben.

33. „Thirdly, there is much to warrant the opinion that with an anxious wish to secure the prolonged concurrence of Great Britain, the French Cabinet and more especially the King, attach so deep an importance

folgenden Tage war Canning noch beunruhigter: er wollte möglichst rasch nach der Schweiz abreisen,³⁴ denn Preußen schien nach seiner Auffassung der Lage in Paris Boden zu gewinnen, was die Dispositionen Palmerstons erheblich stören müßte. Canning berichtete darüber in einem Brief: „I am assured that the Council held yesterday resulted in a conclusion that the King of Prussia avoit raison in the course he had taken. That course, reasonable as it may be, wants only a splash of indiscretion in the Diet to make it thoroughly explosive. It will perhaps be thought a godsend by those who lament the cooler policy of England. At all events it tends to bring France and Prussia more cordially together, and more especially as either at once or eventually there must be question of sending troops to Neuchâtel. I have heard M. d'Arnim more than once bring out in talking privately with me the idea of borrowing assistance from France in the shape of a few regiments“. Canning meinte, der König von Preußen würde nicht zurückkönnen, die Lage würde dadurch immer bedrohlicher. Zweifellos hätte eine Mehrheit in der Tagsatzung das Recht, das Bundeskontingent von jedem Kanton wenn nötig mit Gewalt zu erzwingen, so auch

to the character and tendency of the present political mouvement in Switzerland, sympathizing strongly in that respect with Austria, that left under certain circumstances to themselves they would not shrink from the adoption of a separate course, leading perhaps, eventually to measures, if not of open intervention, at least of military precaution and virtual control. Be it cause, or pretext, the ground of this disposition is the alleged ascendancy of anarchized principles in Switzerland.“

„That the present condition of Switzerland, though referable in part to motives which it would be unjust to condemn, is to a great degree one of violence and party domination dangerous in some respects to the best interests of the country itself and calculated to place it in a false and compromising relation with the great Continental Powers, can hardly, I fear, be disputed.“ F. O. 100/55 No. 1. Canning an Palmerston, 2. Dezember 1847. (Ein anderer Teil des Berichtes ist abgedruckt in: Corr. rel., No. 218, S. 273).

34. „The transmission of the French identic Note by M. de Bois-le-Comte to the Diet and Representatives of the Sonderbund, the extreme probability, founded on news of the 29th from Lausanne, that the last member of that League has surrendered to the Federal troops, and the imminent prospects of a fresh and dangerous complication with respect to Neuchâtel concur to make me look with anxiety for the arrival of a conclusive instruction.“ F. O. 100/55 No. 2. Canning an Palmerston, Paris 3. Dez. 47. (Der vorhergehende Teil abgedruckt in: Corr. rel. No. 220, S. 275).

von Neuenburg. Deshalb käme der englischen Mitwirkung mit jedem Tag größere Bedeutung zu, denn die Schweiz müsse wieder in einen eindeutig legalen Zustand zurückgeführt werden.³⁵ Canning versuchte, Palmerston einen Tag später auf demselben Wege nochmals von dem Ernst der Lage und der Wichtigkeit der Entscheidungen, die jetzt getroffen würden, zu überzeugen.³⁶ Die Verstimmung Guizots, Apponyis und Arnims wäre deutlich zu spüren, seitdem Canning definitiv instruiert worden wäre, die Note nicht zu überreichen. Da die anderen Mächte bei dem Gedanken an eine Konferenz und die Möglichkeit einer Intervention verharreten, wäre die Gefahr groß, daß sie ohne England vorgingen. Ohne England würden sie aber bestimmt geneigt sein, zu extremen Schritten ihre Zuflucht zu nehmen, falls die Mediation nicht angenommen werden sollte.

35. F. O. 352/30 private. Canning an Palmerston, Paris 3. Dez. 47. Canning berichtete noch von seiner Audienz bei Louis-Philippe: „J had two hours and a half of the King, but J am mistaken if you will not readily forgive my omission of the details. He talked at times with great earnestness and is evidently anxious to recover lost grounds in English estimation. How far his repentance is of that kind which „forsakes sin“ J wish not presume to judge.“

36. „It is right you should know that the hints of Baron Arnim, the tone of Count Apponyi, and the looks and expressions of Guizot all concur in giving the same instruction, namely, that the Four Powers are bent on establishing a Conference with respect to Switzerland, and preparing for the adoption of strong measures in case of a necessity according to their views and principles. They are not blind to the value of English concurrence with them, and Guizot will, J think, still exert himself to obtain your participation in a Conference, nor can they be insensible to the inconvenience and in some respect to the danger also of separating their course of action from that of England. But it is nevertheless my impression that they will take up a position of their own if you hold off, and to what lengths they may eventually be tempted in that case to go it is difficult to foresee. J know not enough of my neighbours here to feel at all confident of my own impressions. The juncture, however, seems to be a critical one, in a sense far more extensive than the interests of Switzerland. Such brilliant powers as yours are well employed in working out it's time solution. My earnest hope is that you will be able to guide and, if need be, to restrain a coalition which England cannot, and indeed ought not entirely to, oppose, any more than she can run with it to the full extent of Austrian longing. — J am told that the news of the Valais having surrendered is confirmed to-day, and also that the Diet seems disposed to be reasonable about Neuchâtel. The story of the plundered Prussian Courier appears to be an invention.“
F. O. 352/30 private. Canning an Palmerston, Paris 4. Dez. 47.

Die Entrüstung über Palmerstons Politik war in diesen ersten Tagen bei den Großmächten am stärksten. Der englische Außenminister hatte noch eine kritische Zeit durchzumachen, da er nur noch wenige Trümpfe in der Hand hielt: Erstens den Erfolg der Radikalen in der Schweiz, zweitens die preußische Anfrage betreffs Unterstützung der Position in Neuenburg und schließlich das französische Anlehnsbedürfnis. Und dabei waren diese Trümpfe noch keineswegs stark und erfolgversprechend. Der Sieg der Radikalen konnte durch ihr unüberlegtes Verhalten leicht paralysiert werden. Die preußische Haltung war durchaus unsicher und nur durch einen augenscheinlichen Erfolg Cannings im Sinne der englischen Richtung zu festigen, da ja Palmerston nie damit rechnen konnte, daß sich die preußische Politik sichtbar gegen Wien und Petersburg distanzierte. Und schließlich beruhte die Anlehnung Guizots an England nicht auf absoluten politischen Sympathien, sondern auf der augenblicklichen Schwäche des französischen Kabinetts; zudem hatte Guizots Vertrauen einen harten Schlag erhalten, so daß auch hier die Möglichkeit eines Abschwenkens durchaus gegeben war. Palmerston brauchte daher Canning dringend in der Schweiz und instruierte ihn entsprechend.

Friedrich-Wilhelm IV. war entrüstet, als er die definitive Fassung der identischen Note sah. Bunsens Eifer betrachtete er mit Mißtrauen, freilich, ohne daß er ihn daran hinderte. An einen Erfolg in der Neuenburger Sache wollte er erst glauben, wenn er durch Tatsachen davon überzeugt wurde. Ein Billet an Canitz vom 2. Dezember 1847 gibt dieser Stimmung einen bedrten Ausdruck: „Hier sende ich Ihnen, bester Canitz, die wichtigen und traurigen dépêchen zurück. Die Naivität, mit der Bunsen Neuchâtel als Vereinigungs-Punkt mit keiner Silbe erwähnt, hat mich in den Zustand eines Ölgötzen mit offnem Maul versetzt. Die Spezialaufträge hingegen, die er für Neuenburg b. St. Cannings Sendung veranlaßt hat (wenn's wahr ist), haben mir Befriedigung gemacht. Der 4. Artikel ist eine Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes, der Moral und jeder Ehrlichkeit in den Bestrebungen für die Schweiz. Gott bessr' es! Vale F. W.“³⁷

37. G. St. A. A. A. I A Bb 16. 17. 20. 21

Bunsen hatte am 2. Dezember einen ministeriellen Erlaß vom 28. November zu einer Note formuliert und an Palmerston geschickt. Er suchte Neuenburgs Verhalten mit dem Argument zu rechtfertigen, daß das Fürstentum im Vergleiche zum Bundespakt die ältere Souveränität darstelle und darum im Zweifelsfalle ein Vorrecht hätte; dies entspreche einem anerkannten Prinzip des öffentlichen Rechtes. Der Note, die Klagen über die Härte und Unrechtmäßigkeit der gegenwärtigen Vorgänge in der Schweiz enthielt, war eine Erklärung der vier Bürgerstaaten des Fürstentums beigelegt, die ihre Treue zur Politik des Königs kundtun sollte.³⁸ Palmerston wies Canning, der noch in Paris war, in einem Privatbrief vom gleichen Tage erneut auf die gespannte Lage hin. Canning solle die Tagsatzung in Bern mit allen Mitteln zur Mäßigung und zur Vernunft mahnen und den Radikalen sagen, daß England niemals für sie gegen Frankreich, Österreich und Preußen in den Krieg ziehen würde, wenn sie jetzt durch ihr verfassungswidriges Verhalten eine bewaffnete Intervention dieser Mächte auslösen sollten.³⁹

Palmerston sah sich gezwungen, immer noch gegen die übersteigerten und in keiner Weise gerechtfertigten Erwartungen der radikalen Kreise in der Schweiz zu kämpfen, wie sie

38. Die beiden Berichte Bunsens vom 2. Dezember 1847. G. St. A. A. A. I A Bm 13 II.

39. „Upon full consideration J have changed the opinion which J was inclined to entertain when wrote to you the other evening in haste and J think a. my colleagues concur that it is desirable that you should still go to Berne, and J send you accordingly an instruction to that effects. J have explained this to Broglie. J have told him generally the purport of your instructions; and you will of course make a similar communication to Guizot and the other three. You will propably find yourself alone at Berne as none of the others are J believe likely to be there. There is no harm in this and your communications and advice will not have the less weight from being made by the English ministers and act in name or in concert with a Holy Alliance. Your great object must be to impress on the conquering party the good policy of not abusing their victory, and of remembering that their troops are not the only army in Europe, and that other treasuries may be better filled than theirs. Above all don't let them suppose if you find them inclined to do so, that England will go to war with France and Austria and Prussia in order to back the Swiss up in what the English Govt. itself would aknowledge to be a violation of the fundamental principle of the Federal Compact.“ F. O. 352/30 Canning, private.

Ende September durch die Mission Lord Mintos entstanden waren.⁴⁰ Wäre es jetzt wirklich zu einer bewaffneten Intervention oder einem Kriege gekommen, hätte Palmerston kaum einschreiten können. Eine bewaffnete Hilfe für eine radikalisierte Schweiz wäre für den englischen Staatsmann im eigenen Lande nie durchzusetzen gewesen; die Truppen zu einem Eingreifen hätten ihm gefehlt, und die verhängnisvollen Folgen, die eine solche Verfeindung mit allen anderen Großmächten mit sich gebracht hätte, mußten den Gedanken an eine aktive Teilnahme von allem Anfang an ausschließen. Palmerston würde durch sie gerade das geschaffen haben, was er durch seine Politik verhindern wollte, nämlich den europäischen Krieg. In der Schweiz selbst galt es nicht englische Interessen zu verfechten.

Da Palmerston nicht hätte eingreifen können, mußte ihm an der preußischen Haltung im gegenwärtigen Augenblick so viel gelegen sein. Als daher Friedrich-Wilhelm IV. der englischen Königin einen Brief politischen Inhalts schrieb, in dem er persönlich um eine Vermittlung Großbritanniens in der Neuenburger Angelegenheit bat, nahm Palmerston zwar Anstand an der für englische Verhältnisse ungebräuchlichen Art eines interdynastischen Briefverkehrs über politische Fragen, trat aber in der Audienz, in welcher Bunsen den Brief seines Königs der Queen überreichte, in Übereinstimmung mit dieser dafür ein, daß die englische Regierung Preußen in der Neuenburger Sache „de bons offices“ leiste. Palmerston erklärte sich bereit, Canning erneut in diesem Sinne zu instruieren: eine nachdrückliche Mahnung an die Tagessatzung, die von England ausgehe, sei das einzige Mittel, das eine befriedigende Lösung bringen könne. Diese sei, so teilte Bunsen in seinem Immediatbericht vom 6. Dezember 1847 mit, durch die Mission Cannings vorbereitet worden, und die englische Regierung werde dem Verlauf der Ereignisse entsprechend sich bemühen, im Rahmen des Möglichen alles zu tun, was den preußischen Wünschen entgegenkomme. Bunsen bat Palmerston, Canning dahingehend zu instruieren, daß er auf keinen Fall die Schweiz verlasse, ohne weitere Nachricht von London erhalten zu haben. „Dies hat Lord Palmerston mir

40. vgl. Seite 85 ff.

gerne zugesagt, wie ich denn überhaupt nicht genug rühmen kann, welche Bereitwilligkeit dieser Staatsmann an den Tag gelegt hat, die erhabene Willensmeinung seiner Königin zu unterstützen.“⁴¹

Palmerston schickte Canning auf diese Audienz hin noch am gleichen Tage die lakonische Instruktion: „I have to instruct your Excellency not to leave Switzerland until you shall hear from me again.“⁴²

Palmerston hatte durch sein Entgegenkommen erreicht, daß man in Berlin den Erfolg seiner Bemühungen abwarten wollte, ehe man zu neuen Maßnahmen gegen die Schweiz schritt. Radowitz, der am 17. Dezember mit den in Wien ausgearbeiteten Konferenzvorschlägen wieder in Berlin eintraf, mußte feststellen, daß der König einstweilen nicht gewillt war, mit England in der Behandlung der Schweizer Angelegenheit zu brechen, da Canning inbezug auf Neuenburg befriedigende Instruktionen erhalten habe.⁴³

Canning hatte inzwischen Paris am 4. Dezember verlassen und kam am 7. Dezember in Bern an, nachdem er die Reise in Neuenburg unterbrochen hatte, um mit der dortigen Regierungspartei Fühlung zu nehmen.⁴⁴ In Bern überreichte er sein Be-

41. G. St. A. A. A. I A Bm 13 II. Bunsen hatte den Brief seines Königs, dessen politischer Inhalt ihm bekannt war, schon am 4. Dezember erhalten und noch am gleichen Tage überreichen wollen. Da die Königin aber von London abwesend war, schickte er ihn an den Prinzgemahl. Prinz Albert wollte den Brief aber nicht annehmen, da ein politischer Meinungsaustausch zwischen Mitgliedern der englischen Dynastie und Souveränen fremder Mächte für die englische Staatsauffassung und Tradition nicht tragbar wäre. Man kam überein, den Brief in einer Audienz, zu der Palmerston zugezogen wurde, zu überreichen. Diese Audienz fand am 6. Dezember auf der Isle of Wight statt, und Bunsen setzte Prinz Albert und Palmerston anschließend an die Überreichung des Briefes die preußische Auffassung in der Neuenburger Frage auseinander. — vgl. auch: Nippold, a. a. O., II, S. 374.

42. Corr. rel. No. 223, S. 276.

43. vgl. Paul Hassel, Joseph Maria v. Radowitz, Berlin 1905. I. S. 464 ff.

44. Der preußische Gesandte v. Sydow, der mit Canning am 7. Dezember eine Unterredung gehabt hatte, berichtete am gleichen Tage darüber nach Berlin: „Es ist unmöglich edler, überhaupt wohlgesinnter zu sein und die Verhältnisse schlichter und unbefangener zu betrachten als der englische Botschafter. Deshalb wird seine Anwesenheit in der Schweiz gewiß nicht ohne nützliche Wirkung im Einzelnen bleiben, und ich glaube namentlich

glaubigungsschreiben am 9. Dezember. Er hatte bei der ersten Audienz den Eindruck, daß es schwer sein werde, Ochsenbein von der Notwendigkeit eines Nachgebens und einer gemäßigten Politik zu überzeugen. Bei den Radikalen erwarb sich Canning rasch Sympathien, schon weil die anderen Mächte eine weniger freundliche Stellung in der Schweizer Frage einnahmen als England.⁴⁵ Nichts destotrotz war die Zeit von seiner Ankunft bis zu dem Augenblick seiner Abreise für ihn eine Zeit härtesten Ringens. Durch Zureden und Drohungen hat er zwar an den Verhältnissen und an dem tatsächlichen Verlauf der Dinge nicht Wesentliches geändert, aber mit aller Anstrengung doch viele der größten Härten gemildert und dadurch erreicht, daß Fehler, vor allem in der Neuenburger Angelegenheit, die hätten zur Katastrophe führen können, unterblieben.

Der Versuch, Ochsenbein mit Bois-le-Comte auszusöhnen, blieb allerdings erfolglos; Ochsenbein trug sich sogar mit dem Gedanken, in Paris um Bois-le-Comtes Abberufung zu ersuchen. Gleich zu Beginn hatte Canning den Erfolg, daß er die Konfiskation der Neuenburgischen Staatskasse verhindern konnte.⁴⁶ Er erhielt auch die Zusicherung, daß Neuenburg nicht militärisch

mit Zuversicht hoffen zu dürfen, daß er einen mildernden, die gemäßigte Fraktion der Tagsatzung-Mehrheit stärkenden Einfluß auf die Behandlung der Neuenburgischen Angelegenheit üben werde.“ Trotz dieses guten Resultates, das er von Cannings Mission für die preußischen Interessen in Neuenburg erwartete, blieb er als Vertreter des legitimistisch-konservativen Prinzips skeptisch; denn er fuhr fort: „Aber je mehr er, ohne weiter gehen zu können, dazu beiträgt, das Ausbrechen des Radikalismus in Gewalthandlungen zu verhindern, umso mehr wird er statt dessen Sturz zu fördern, zur Befestigung von dessen Herrschaft mitwirken. Der gefährlichste Radikalismus ist, zumal für die Schweiz, der anscheinend gemäßigte, welcher seine Feindschaft gegen göttliches und menschliches Recht in eine anscheinend gesetzliche Form zu kleiden sucht.“ G. St. A. A. A. I A Bm 3 XII. Der Gouverneur Neuenburgs General v. Pfuel, mit dem Canning ebenfalls eine Unterredung hatte, hatte am 3. Dezember in einem Immediatbericht den Vorschlag gemacht: die Mächte möchten in einer Konferenz einen neuen Pakt für die Schweiz beschließen und diesen der Schweiz, wenn nötig mit Waffengewalt, aufzwingen. Neuenburg könnte dann ganz ex nexu bleiben. G. St. A. A. A. I A Bm 3 XII.

45. vgl. dazu: J. C. Kern, Politische Erinnerungen, Frauenfeld 1887. S. 38, — und den Brief des St. Galler Gesandten bei der Tagsatzung, Steiger, an den Landamman Hungerbühler in: Joh. Dierauer, St. Gall. Analekten XVII, Aus der Sonderbundzeit, St. Gallen 1910, S. 18.

46. F. O. 352/30 private. Canning an Palmerston, Bern 11. Dez. 47.

besetzt werden sollte, sondern, daß man sich mit der Zahlung einer Geldsumme begnügte.⁴⁷ Er sorgte selbst dafür, daß Neuenburg die gestellten Bedingungen annahm. Canning konnte damit einen großen Erfolg im Sinne der Palmerstonschen Politik buchen, denn die größte Gefahr, die leicht zur Intervention hätte führen können, schien dadurch vorerst abgewendet zu sein. Eine nicht unbedenkliche Gefährdung für die gespannte Lage waren die irregulären Wahlen, die unter dem Druck der radikalen Partei in den Kantonen des Sonderbundes stattfanden, und mit deren Hilfe die Radikalen ihr Ziel zu erreichen suchten. In Freiburg und Luzern kam es — so berichtete Canning — zu Gewaltmaßnahmen gegen Mitglieder der alten Regierung. Er hoffte aber, daß bis zum Ende des Jahres 1847 diese Unrechtmäßigkeiten verschwänden. Auch hoffte er, daß bis dahin alle Truppen entlassen wären, und eine allgemeine Amnestie verkündet sein würde.

Die neuen auf diese Berichte hin ergangenen Instruktionen Palmerstons enthielten nichts Neues.⁴⁸ Palmerston erklärte sich mit Cannings bisherigem Vorgehen einverstanden und riet nochmals dringend zur Mäßigung: die Tagsatzung habe in jeder Richtung einen Erfolg davon getragen, sie habe aber kein Recht, ihren Sieg durch Proskriptionen, Konfiskationen und andere Gewaltmaßnahmen weiterzuführen, sondern solle eingedenk sein, daß ein großer Teil Europas ihrer Sache feindlich gegenüberstehe und deshalb nur auf einen genehmen Grund zum Eingrei-

47. „J have reason to believe, and such is the impression of the principal Deputy of Neuchâtel, that my representations, though not so completely successfull as J could have wished, have nevertheless contributed effectually to the relief of that canton.

Instead of undergoing a military occupation, the canton is condemned by a vote of the Diet to pay 300,000 Swiss Francs, a sum equal to about 18,000 £; and although a demand of this amount will be deemed far from moderate by the authorities of Neuchâtel, J infer from the language of their Deputy that it will not be resisted.

To that gentleman J thought it right to avow my persuasion that considering the number of opinions in the Diet favourable to a much higher requisition, it would not be prudent to encounter the hazardous consequences of a refusal.“

Corr. rel. No. 240, S. 291. Canning an Palmerston, Bern 11. Dez. 47.

48. vgl. Corr. rel. No. 242, S. 292 18. Dez. 47, 243, S. 292 18. Dez. 47, 244, S. 293 18. Dez. 47, 245, S. 293 18. Dez. 47.

fen warte. Canning sei es überlassen, so lange in Bern zu verbleiben, als er seine Gegenwart dort noch für nützlich und notwendig erachte.

In dem beigegebenen Privatbrief sprach Palmerston sich sehr befriedigt über Cannings Tätigkeit aus und meinte, die Mächte wünschten zwar immer noch eine Konferenz, für die englische Regierung sei diese Frage aber erledigt. „J am glad you have been able to mitigate the hostile intentions of the Diet towards Neuchâtel and J hope the King of Prussia will have sense enough to be content with getting quit a military occupation at the Cost of a money payment. Bunsen is much pleased with the result though he thinks the sum a large one; and he hopes the arrangement will be acquiesced at in Berlin.“ Die Tagsatzung, meint Palmerston, müsse Vernunft annehmen, und Canning solle mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Abschaffung der geschilderten Übel besorgt sein.⁴⁹

In den beiden Instruktionen vom 21. Dezember 1847 wiederholte Palmerston diese Warnungen nochmals mit aller Eindringlichkeit. „The eyes of all Europe are now fixed upon the Swiss; their friends and well-wishers are anxiously hoping that no false step may be made by them; their political adversaries are earnestly watching for some plausible occasion for condemning their conduct. In this state of things enlightened patriots must surely desire to endeavour to justify the confidence of their friends, and not afford arguments to their adversaries.“⁵⁰

Während die Zeit und die allgemeinen Verhältnisse für eine Entwicklung der Lage im Sinne der englischen Auffassung arbeiteten, verschlechterten sich die Chancen für eine erfolgversprechende Aktion der anderen Mächte. Metternich hatte schon am 29. November, als er von dem Ende des Sonderbundes überzeugt war, festgestellt, daß sich die Lage für die Mächte in keiner Weise verändert hätte. Um aber den Einfluß des lästigen England auf die weiteren Verhandlungen einzuschränken, unterschied Metternich jetzt Signatarmächte und Nachbarmächte der Schweiz. Zu den letzteren rechnete er neben Österreich und

49. F. O. 352/30 private. Palmerston an Canning. 18. Dez. 47.

50. vgl. Corr. rel. No. 254, S. 302 21. Dez. 47, No. 255, S. 303 21. Dez. 47.

Frankreich auch Preußen, um bei zukünftigen Verhandlungen oder Auseinandersetzungen in dem Hohenzollernstaat ein Schwergewicht gegen Frankreich zu besitzen, falls dieses mit Österreich nicht konform gehen sollte. Die vornehmste Aufgabe dieser „puissances limitrophes“ erblickte Metternich darin, daß sie Sorge zu tragen hätten, daß sich der Radikalismus der Schweiz nicht zu einer Gefahr für die innere Sicherheit der Staaten auswüchse.⁵¹

Aber Guizot hatte eine neue identische Note als Protest gegen die Antwort der Tagsatzung ausgearbeitet und fragte bei Palmerston an, ob England gewillt sei, sich an einem neuen Schritt der Mächte zu beteiligen.⁵² Dazu war Palmerston aber nicht imstande, denn er konnte sich nicht in Widerspruch zu seinen bisherigen Handlungen und zu den Instruktionen, die er Canning gegeben hatte, setzen. Zum ersten Male kam jetzt die Deklaration der Mächte vom 20. November 1815 zur Sprache. Palmerston schickte eine Abschrift dieses Dokumentes an den englischen Botschafter in Paris Normanby und wies in seinem Schreiben vom 27. Dezember 1847 darauf hin, daß die fünf Mächte sich seinerzeit verpflichtet hätten, die Neutralität der Schweiz in jeder Weise zu achten. Auf Grund dieser wechselseitigen Verpflichtung dürfte das Territorium der Schweiz nicht durch militärische Aktionen verletzt werden. Auch sollte jeder Einmischungs- oder Beeinflussungsversuch einer fremden Macht unterbleiben, solange die Schweiz nicht selbst aggressiv gegen ihre Nachbarn vorgehe.⁵³ In einem unter dem 30. Dezember datierten Schreiben an den französischen Geschäftsträger in London Jarnac lehnte Palmerston eine Teilnahme Englands an

51. Metternich a. a. O., VII, S. 500.

52. vgl. Guizots Schreiben an Broglie vom 20. Dezember 1847, sowie den Entwurf der Note: Corr. rel. No. 257, S. 303 ff. Guizot wollte die Ablehnung der Mediation annehmen, mit Rücksicht darauf, daß der Sonderbund aufgelöst war; er protestierte aber gegen die Erklärung der Tagsatzung, daß den fremden Mächten kein Einsprucherecht zustehe. Nach seiner Auffassung war die Schweiz 1814/15 unter Beihilfe der Mächte neugebildet worden, und die Mächte hatten deshalb auch das Recht, dafür zu sorgen, daß die Verträge von 1815 eingehalten würden. Im übrigen sei dieses Mitbestimmungsrecht der Mächte nur zum Wohle der Schweiz geschaffen worden.

53. Corr. rel. No. 261, S. 306 f.

der neuen Note ab. Er betonte, daß seinerzeit England die identische Note nicht mit überreicht habe, da kein Grund mehr dazu vorgelegen habe, und deshalb auch keine Antwort der Tagsatzung erhalten habe. Um so weniger liege jetzt für England ein Anlaß zu einem neuen Schritt bei der Tagsatzung vor.⁵⁴

England hatte sich somit deutlich nochmals von den anderen Mächten distanziert. Die Front der Vier lockerte sich nun langsam immer mehr, denn Guizots Stellung wurde mit dem Fortschreiten der Ereignisse nach innen und nach außen schwächer. Man warf ihm von Seiten Österreichs und vor allem Rußlands vor, daß er durch sein eigenmächtiges Übereinkommen mit England die ganze Aktion zum Scheitern verurteilt habe. Auch stieß er mit seiner Politik innerhalb des eigenen Kabinetts auf Widerstand. Daß er die herausfordernde Antwort der Tagsatzung ungestraft hinnehmen mußte, bewies die Schwäche seiner Position.

Der preußische Hof konzentrierte sein ganzes Interesse auf die Neuenburger Frage und war im Stillen ganz zufrieden über die Ausweisung der Jesuiten. Auf preußische Initiative hin wurde die Schweizer Angelegenheit gegen den anfänglichen Widerstand Österreichs durch die beiden Großmächte in der außerordentlichen Bundestags-Sitzung vom 10. Dezember 1847 zur Sprache gebracht. Nachdem die Gesandten von ihren resp. Regierungen Instruktionen über die von Österreich und Preußen vorgebrachte Klage eingeholt hatten, wurde in der Sitzung vom 13. Januar 1848 eine Kommission gewählt, die aus den Vertretern Preußens, Bayerns, Königreich Sachsens, Badens und Dänemarks bestand. Die Kommission äußerte in der Sitzung vom 2. März 1848 durch ein Gutachten die Meinung, daß die Schweizer Angelegenheiten eine weniger bedenkliche Entwicklung, als erwartet, genommen hätten. Daraufhin wurde den Regierungen von Österreich und Preußen für ihre bisherigen Bemühungen der Dank ausgesprochen, mit der gleichzeitigen Bitte: „der Bundesversammlung

54. Corr. rel. No. 265, S. 309 f. Palmerston verteidigte das Recht der Tagsatzung, einen Kanton, der seinen Bundesverpflichtungen nicht nachkomme, mit Waffengewalt dazu zu zwingen. Die englische Regierung könne daher nicht anerkennen, daß zwischen der temporären Okkupation eines Kantons und dem Prinzip der Kantonsouveränität ein Widerspruch bestehe.

davon Kenntnis zu geben, wenn die politischen und sozialen Zustände der Schweiz sich im Laufe der Begebenheiten so gestalten sollten, daß eine dringende Besorgnis nachteiliger Einwirkung auf Deutschland sich erneuern könne.“⁵⁵

Im Bundestag hatte vor allem Bayern durch seine Erklärung vom 7. Januar 1848 sich scharf von der durch die beiden Großmächte geltend gemachten Auffassung distanziert, die in der Beeinträchtigung des Prinzips der absoluten kantonalen Souveränität eine grobe Verletzung des Bundesvertrages sah. Bayern stellte fest, daß die Ruhe der Eidgenossenschaft nur durch die Stärke des foederativen Bandes garantiert sei, und daß in der Geschichte der Schweiz eine Lockerung dieses Bandes immer auch zugleich Unruhe nach außen bedeutet habe. Die Erklärung kam zu dem folgenden Schluß: „Und auch heute noch kann der König für den Fall einer Europäischen Krisis die Bürgschaft Eidgenössischer Neutralität nicht in einem Zustande solcher Zerrissenheit, dessen Ohnmacht lockenden Einflüssen Tür und Tor öffnet, sondern lediglich in einer politischen Organisation finden, welche die einzelnen Glieder zum wirklichen disziplinierten Ganzen verbündet, isolierten Übergriffen also ein zentrales Correctiv entgegensetzt.“⁵⁶

Metternich hatte den Grafen Colloredo mit der Vertretung Österreichs auf der geplanten Konferenz beauftragt und ihm am 15. Dezember die Instruktion zugestellt, die neben den Bedingungen, die die neue Note der Mächte an die Tagsatzung enthalten sollte, auch zugleich die nötigen Zwangsmaßnahmen vorschlug, die man bei einer unbefriedigenden Antwort ergreifen wollte.⁵⁷

55. G. St. A. A. A. I A Bm 16.

56. G. St. A. A. A. I A Bm 16. Der preußische Gesandte in München v. Bernstorff berichtete am 17. Dezember 1847, daß die Abgabe der Noten an die Tagsatzung einen „unbeschreiblich ungünstigen Eindruck gemacht“ habe, und man in Münchener Regierungskreisen der Ansicht sei, die Tagsatzung könne die Note nicht annehmen, ohne Selbstmord zu begehen. G. St. A. A. A. I A Bm 3 XIII. — Man fürchtete in München, daß Frankreich aggressive Pläne gegen die Schweiz hege. Die Jesuiten, gegen die man in München damals sehr aufgebracht war, verhinderten, daß in den katholischen Regierungskreisen eine dem Sonderbund freundliche Gesinnung aufkommen konnte. vgl. dazu J. C. Bluntschli, a. a. O. II, S. 7 ff.

57. Diese Bedingungen Metternichs waren folgende:

1. Die besetzten Kantone sind ohne weitere Kontributionen sofort zu räumen,

Radowitz und Colloredo, die am 17. Dezember zusammen nach Berlin gefahren waren, kamen am 23. desselben Monats mit den nach einer Denkschrift Radowitzens vom 1. Dezember ausgearbeiteten Konferenz-Vorschlägen in Paris an, um mit Guizot Fühlung zu nehmen. Guizot hatte damals gerade eine parlamentarische Krise zu überwinden. Er legte den beiden Unterhändlern am 2. Januar 1848 den Entwurf einer neuen Note vor, die von ihnen mit Widerstreben am 4. angenommen wurde.⁵⁸

2. die betreffenden Kantone wählen alsdann ihre neuen Regierungen nach den bisherigen gesetzlichen Vorschriften,
3. die Demobilmachung hat sofort zu beginnen,
4. die Tagsatzung hat sich feierlich zu verpflichten, den Bundespakt nur durch Einstimmigkeit ändern zu wollen. —

Fällt die Antwort befriedigend aus, dann kann die Konferenz sich versammeln, um die Ausführung der Abmachungen zu überwachen. Sollte die Tagsatzung die Annahme der Bedingungen verweigern, dann soll folgende Erklärung abgegeben werden: „Que les puissances signataires de l'acte du 20 novembre 1815 regardent la Confédération comme dissoute de fait à leurs yeux, et les privilèges accordés à ce corps politique en 1815 comme suspendus jusqu'à sa reconstruction“. Das hätte also den Abbruch der Beziehungen bedeutet, und damit wäre die Metternichsche Neukonstruktion automatisch in Funktion getreten: „les Cours signataires dudit acte auraient rempli leur rôle; par contre, celui des Etats limitrophes de la Suisse commencerait.“ Diese Nachbarstaaten (Österreich, Frankreich, Sardinien und der Deutsche Bund) hätten alsdann ihre Interessen zu wahren und zu Zwangsmaßnahmen zu greifen, in progressiven Stufen:

1. Abberufung der Gesandten Sardiniens und der deutschen Staaten, nachdem Österreich und Frankreich bereits ihre Missionschefs abberufen hatten,
2. Handelsblockade,
3. Besetzung einzelner Gebiete der Schweiz: des Tessins durch Österreich, Basellands durch den Bund, des Berner Jura durch Frankreich, Genfs durch Sardinien.

Metternich, a. a. O., VII, S. 513 ff.

58. Die Note Guizots hatte folgenden Inhalt: Das Prinzip der Kantonsouveränität duldet keine Okkupation einzelner Kantone durch Truppen anderer Kantone; es muß daher im Augenblick als nicht existierend betrachtet werden. Die Schweizerische Eidgenossenschaft wird solange als außerhalb der Verträge stehend betrachtet werden, als die besetzten Kantone nicht ihre volle Freiheit wiedergewonnen haben und ohne Beeinflussung ihre neuen Regierungen wählen können. Die Rückkehr zum Friedenszustand in sämtlichen Kantonen ist die notwendige Voraussetzung der allgemeinen Freiheit und gegenseitigen Unabhängigkeit. Eine Verfassungsänderung kann nur durch einstimmige Annahme aller Kantone Gültigkeit erhalten.

Die Note Guizots enthielt substantiell die gleichen Punkte, wie Metternichs Entwurf, nur fehlte der ultimative Ton. Am 17. Januar erhielten Radowitz und Colloredo die Instruktionen, die identischen Noten zu überreichen, und am 18. Januar 1848, nach den Debatten in der Pairskammer, wurden die Noten von Guizot und den Vertretern Österreichs und Preußens nach Bern an die Tagsatzung geschickt. Rußland erklärte seine Zustimmung. Guizot bemerkte, daß das französische Kabinett kaum in der Lage sein werde, vor Mitte März eine Entscheidung über eventuell weiter zu ergreifende Maßnahmen zu treffen. Überdies zeigten die Parlamentsdebatten am Ende des Monats schlagartig, wie erschüttert Guizots Position schon war. Trotzdem erklärte er am 30. Januar im Prinzip sein Einverständnis mit den vorgeschlagenen Zwangsmaßnahmen, ohne allerdings damit eine verbindliche Erklärung abgeben zu können. Die Verhandlungen wurden am 31. Januar vertagt und sollten Mitte März wieder aufgenommen werden.

Die Antwort der Tagsatzung vom 15. Februar 1848, — „das bedeutendste Aktenstück, welches von der Diplomatie der Schweiz zur Interpretation der Neutralitätsakte geliefert wurde“,⁵⁹ war von dem Zürcher Juristen Jonas Furrer verfaßt worden. Zum ersten Male unterzog man sich jetzt der Mühe, auf die Vorwürfe nicht in sophistischer Weise, wie am 7. Dezember 1847, zu antworten, sondern die Stellung der Schweiz zu den Mächten historisch und staatsrechtlich zu klären. An Hand der Prüfung des Aktenstücks vom 20. November 1815 und des Verlaufes der seiner Abfassung vorhergegangenen Verhandlungen wurde nachgewiesen, daß der Bundesvertrag selbst nie von den Mächten garantiert, und daß an die Garantie der von der Schweiz selbst geschaffenen Neutralität keine Bedingung irgendwelcher Art geknüpft worden war, daß also den Mächten von jeher kein Einspracherecht zustand. Die Schweiz habe ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen gehalten, sie könne daher eine einseitige Rückziehung von ausdrücklichen Garantien der Staatsverträge nicht zugeben.

Infolge der immer mehr um sich greifenden Unruhen in Italien wurde das Interesse der konservativen Mächte von der

59. Paul Schweizer, a. a. O., S. 798 ff.

Schweizer Frage stetig abgelenkt.⁶⁰ Hatte Bois-le-Comte noch im Januar Guizot zur Eile gedrängt, so riet er jetzt zum Einlenken. Deshalb äußerte er sich am 17. Februar durchaus befriedigt über die Antwort der Tagsatzung und legte Guizot dringend nahe, sich mit den Verhältnissen abzufinden und seine baldige Rückkehr nach Bern zu genehmigen.⁶¹ Nach 20 Jahren hat Guizot abschließend folgendes Urteil über seine Politik im Sonderbundskrieg gefällt:⁶² „Si nous avions mieux connu les faits et mieux presenti les chances, nous aurions tenu le même langage et donné les mêmes conseils; mais nous aurions gardé l'attitude de spectateurs moins inquiets et plus patients.“

60. Rußland, das die Note der Mächte an die Schweiz vom 18. Januar gutgeheißen hatte, hatte die Beziehungen zur Schweiz durch eine Note vom 4. Februar (24. Januar) 1848 abgebrochen. Diese Note war am folgenden Tag von Freiburg i. Br. aus nach Bern geschickt worden. Sie begründete den Abbruch der Beziehungen mit der Aufhebung der Kantonsouveränität durch die Tagsatzung und erklärte, Rußland betrachte sich so lange frei von der 1815 eingegangenen Neutralitätsverpflichtung, als die Schweiz sich außerhalb der Wirksamkeit des Bundesvertrages befinde und den Revolutionären anderer Länder Asyl und Schutz gewähre. Während dieser Zeit werde Rußland den umliegenden Mächten das Recht einräumen, alle ihnen in ihrem Interesse als notwendig erscheinenden Maßnahmen gegen die Schweiz zu ergreifen. — Text der Note in: G. St. A. A. A. I A Bm. 15. —

Canitz wandte sich, als er die Antwort der Tagsatzung erhalten hatte in einem Erlaß vom 21. Februar 1848 an den preußischen Gesandten in Wien v. Arnim: „Soeben geht mir mit einem Bericht des kgl. Gesandten in der Schweiz die Antwort der Tagsatzung auf die Note vom 18. vorigen Monats ein. Sie wird gleichzeitig auch in Wien angelangt sein. Frech in ihrem Raisonement (an) der Wahrheit vorübergehend, schließt sie mit einer Erklärung, die nicht ohne Wert ist. Es ist für uns höchst interessant zu erfahren, wie dies Aktenstück im Kaiserl. Cabinet aufgenommen und beurteilt wird. Haben Ew. Exc. die Güte, sich danach zu erkundigen und das Resultat uns mitzuteilen.“

Metternich wollte sich wohl in seinen Entscheidungen vorerst nicht binden; der preußische Gesandte antwortete am 26. Februar aus Wien, daß die Note eingegangen sei: „Der Herr Fürst von Metternich sagte mir, daß, bevor er sich über dieselbe äußern wolle, er eine Mitteilung des französischen Cabinets, die ihm bereits angekündigt sei, abwarte, woraus er zugleich abnehmen werde, was dieses Cabinet nun für weitere Vorschläge mache. Wie ich habe abnehmen können, ist die Antwort der Schweiz und die darin enthaltene Ablehnung hier nicht unerwartet gewesen.“ G. St. A. A. A. I A Bm 3 XII.

61. vgl. H. Bessler, *La France et la Suisse de 1848 à 1852*, Paris 1930.

62. Guizot, a. a. O. VIII, S. 516. Guizot gestand aber zu, daß er sich in der Eignung von Bois-le-Comte getäuscht habe.

Canning blieb bis zum 27. Januar 1848 in der Schweiz. Er war bis zum letzten Augenblick bemüht, Härten zu mildern. Das Land verließ er in dem Bewußtsein, nicht allzuviel erreicht und noch viele Aufgaben ungelöst zurückgelassen zu haben.⁶³ Am 3. Februar war er wieder in Paris, wo er mit Guizot Föhlung nahm. Seine Mission endete mit dem 15. Februar, an dem Tage, an dem ihm seitens der Regierung die volle Zufriedenheit über seine erfolgreiche Tätigkeit in der Schweiz ausgesprochen wurde.

Palmerston war es zwar nicht gelungen, den preußischen König zufrieden zu stellen, — das war bei der grundsätzlichen Verschiedenheit des Ausgangspunktes als auch des Zieles, gar nicht möglich, — aber er hat doch verhindern können, daß die Tagsatzungspartei in der Schweiz durch einen unüberlegten Schritt den Mächten den Grund zum unmittelbaren Einschreiten bot. Damit hatte er sein Ziel erreicht: er hatte das Einschreiten der Mächte und dadurch den Ausbruch des Europa bedrohenden Krieges verhindert. Denn nicht mit Unrecht befürchtete Palmerston, daß bei einer praktischen Intervention der Mächte die realen Interessengegensätze der Staaten in einen allgemeinen Krieg ausarten könnten. Gleichzeitig hatte Palmerston aber auch der natürlichen Entwicklung der Schweiz, so wie er sie auffaßte, zu ihrem Rechte verholfen.

Die Revolution in Paris und die Unruhen in ganz Europa, die sich anschlossen, hatten zur Folge, daß die Zustände in der Schweiz für die großen Mächte vorübergehend jede Wichtigkeit verloren, und ermöglichten es dem Lande, in voller Freiheit und Unabhängigkeit von äußerer Beeinflussung die Revision der Bundesverfassung durchzuführen.

63. „J had a formal audience this morning to take leave of the President. My language to his Excellency was calculated to prelude any departure from his previous assurances. His answer was a confirmation of those assurances with some additional explanation as to the present state of things, and a marked expression of thankfulness for the cordial interest taken by H. M's Govt. in the pacification and welfare of Switzerland. . . . J can answer for nothing beyond the assurances which have been so repeatedly given to me by the chief Magistrate of the Swiss Confederacy. But in whatever issue they may terminate, J am unwilling to anticipate disappointment by giving way to premature and ungenerous suspicions.“ — F. O. 352/31 No. 8. Canning an Palmerston, Bern 27. Jan. 48.

**Verzeichnis der zu der vorliegenden Arbeit benützten englischen
Aktenbände aus dem P. R. O.**

F. O.	7/ 334/335	Austria
	9/ 94	Bavaria
	27/ 773—777/790/791	France
	30/ 98	Germany
	32/ 149/150	Greece
	44/ 1—5	Italy (Earl of Minto)
	63/ 640—642	Portugal
	64/ 270/271	Prussia
	65/ 331/332	Russia
	67/ 140	Sardinia
	68/ 63	Saxony
	72/ 717/718	Spain
	78/ 673—676	Turkey
	82/ 51	Wurtemberg and Baden
	95/ 714	Prince Albert
	96/ 6	F. O. Miscellaneous
	100/ 36—60	Switzerland
	352/ 30/31/51/57/62/63	Stratford Canning Papers
	356/ 29/31	Bloomfield Papers

F. O. 100 Switzerland, 36—60, enthält:

36	1840	
37	1841	
38	1842	
39	1843	
40	1844	To Morier
41		From Morier
42		Crampton, Domestic various
43	1845	To Morier
44		Jan-Apl. From Morier 1
45		May-Dec. From Morier 2
46		Crampton, Scott, Wingfield, Pictet, Foreign & domestic various
47	1846	To Morier and Peel
48		Jan-May From Morier 1
49		June-Dec From Morier 2 and Peel
50		Pictet, Domestic various
51	1847	To Morier and Peel
52		Jan-Sept From Morier and Peel 1
53		Oct-Dec From Peel 2
54		Pictet, Foreign & Domestic various
55		Nov-Dec Canning
56	1848	Jan-Feb Canning, Special Mission
57		To Peel
58—60		From Peel and Pictet, Dom. various.

Die in „Correspondence relative to the Affairs of Switzerland“, London 1847—8, abgedruckten Akten wurden sämtlich mit den Aktenbänden genau verglichen und sind nach dieser Publikation zitiert, wenn keine wichtigen Abweichungen vorliegen.

Die 1936 in London erschienene Darstellung von Herbert C. F. Bell, Lord Palmerston, zwei Bände, war mir leider erst nach Abschluß der vorliegenden Arbeit zugänglich und konnte darum nicht mehr berücksichtigt werden.

